

KB

Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND

16/17

DM 1.50

Zur Auseinander- setzung mit den ABG München

Wir drucken im Folgenden eine Stellungnahme des Zentralen Komitees der Arbeiterbasisgruppen München nach und kommentieren sie anschließend.

Ziel der Stellungnahme ist es, den ehemaligen KAB Hamburg - eine Gruppe, die jetzt im Kommunistischen Bund ist - als "trotskistisch" abzuqualifizieren. So soll ein Keil in den Kommunistischen Bund getrieben werden oder aber, sollte sich das als unmöglich erweisen, der Kommunistische Bund in seiner Gesamtheit als "trotskistisch unterwandert" diffamiert werden.

Wir sehen in der Stellungnahme des ZK der ABG deutlich die Handschrift des Tübinger "KAB/ML" (jetzt : "KAB Deutschland"! mit dem einige Genossen des KAB Hamburg bis zum Frühjahr 1970 zusammenarbeiteten und zu denen heute die ABG-Führer engen Kontakt halten. Den Methoden der Tübinger "KAB/ML"-Führer entspricht es, das Mittel der persönlichen Verleumdung ausgiebig einzusetzen und vor allem mit dem Vorwurf des Trotzkismus wild herumzuwerfen.

Offenbar handelt es sich aus der Sicht der ABG-Führer dabei um eine Flucht nach vorn. Haben doch wenigstens zwei von ihnen (darunter die Unterzeichnende der Stellungnahme, Genossin S.) noch im Herbst 1968 als Mitarbeiter des trotskistischen Zentralorgans "Was tun" gewirkt. Und sie haben einige Mühe, dies ihren neuen Freunden vom Tübinger "KAB/ML" einigermaßen plausibel zu machen.

Ungeachtet seines polemischen Charakters gibt das Münchner Papier Gelegenheit, einige Grundfragen der kommunistischen Bewegung und die Differenzen in diesen Fragen aufzuzeigen. Unser Kommentar beschränkt sich im Wesentlichen darauf, diese Differenzen zu zeigen und die Fronten zu klären. Dabei grenzen wir uns auch gegen andere Gruppierungen ab - insbesondere das Bremen-Heidelberger Zirkelblock-Unternehmen - zu denen ähnliche Differenzen bestehen.

**Zwei traurige Briefe
des NRF Heidelberg
und des KB Bremen**

**Ostverträge und
Mißtrauensvotum**
(KB-FLENSBURG + AGL-GÖTTINGEN)

Stellungnahme des Zentralen Komitees der ARBEITER-BASIS-GRUPPEN zur Gründung eines Kommunistischen Bundes durch das SALZ und den "KAB" Hamburg

Im letzten November traten der "KAB"-Hamburg und das SALZ-Hamburg mit der Gründung eines "Kommunistischen Bundes" hervor, dem sich inzwischen eine Reihe von anderen Zirkeln (vorwiegend in der Region Hamburg und in Schleswig-Holstein) angeschlossen haben. Dieser "Kommunistische Bund" soll nach Meinung seiner Initiatoren "die Organisationsform in der jetzigen Etappe der Parteischaffung (sein), wo vom Zirkelwesen schrittweise zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei übergegangen" werden soll, wie sie in ihrer Gründungserklärung schreiben ("Arbeiterzeitung" Nr. 11/12, S. 1).

Welch überaus große Bedeutung es für die revolutionäre Arbeiterbewegung insgesamt und insbesondere für die norddeutschen Gruppen hätte, wenn die Gründung dieses "Kommunistischen Bundes" dies wirklich zum Inhalt hätte, das ist klar. Würde er doch die heutigen, noch wesentlich zersplitterten kommunistischen Kräfte im norddeutschen Raum auf der Grundlage eines revolutionären Programms, und das heißt auch unter Verwirklichung der Prinzipien des demokratischen Zentralismus zusammenschließen und damit einen weiteren Beitrag leisten zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei. Würde er doch in einem viel größeren Maße, als dies je die von Natur aus beschränkten lokalen Zirkelorganisationen leisten können, die Arbeiterklasse mit vorbereiten für ihre gewaltige Aufgabe, den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen, die Diktatur des Proletariats zu errichten und das elende Ausbeutersystem abzuschaffen und die kommunistische Gesellschaft zu errichten.

Dies alles ist aber leider ganz und gar nicht der Fall bei dem neugegründeten "Kommunistischen Bund". Das beweist nicht nur schlagend die "Gründungserklärung", sondern die gesamte Politik, die bis heute der Kern der treibenden Kräfte dieses neu gegründeten "Kommunistischen Bundes" vertreten hat und vertritt. Diese Politik, die nichts anderes bezweckt, als die Verwirrung und Spaltung der Arbeiterklasse durch den Trotzkismus, stellt eine Gefahr nicht nur für die Organisationen dar, die aus der völlig richtigen Einsicht in die Notwendigkeit, die Zersplitterung der revolutionären Kräfte so schnell als möglich zu überwinden, sich diesem Bund angeschlossen haben oder anschließen wollen, weil sie sich über das wahre Wesen dieser "Führer" noch keine volle Klarheit verschafft haben, sondern auch für die marxistisch-leninistische Bewegung insgesamt.

Dieser "Kommunistische Bund" kann niemals in revolutionärer Weise die Arbeiterbewegung mit anleiten und seinen Beitrag zur Überwindung des Zirkelwesens und zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei leisten, solange dieser Zirkelbund politisch und organisatorisch mitgetragen und -bestimmt wird von kleinbürgerlichen und trotzkistischen Elementen vom Schlage der Mellenthin und Co. Denn ob wir es wirklich mit einer kommunistischen Organisation zu tun haben oder nicht, das hängt nicht nur davon ab, ob sie sich mehrheitlich aus Arbeitern zusammensetzt, sondern in erster Linie davon, wer sie führt und was der Inhalt ihrer gesamten Politik ist. Nur dieser Klasseninhalt ist maßgebend dafür, ob wir wirklich oder nur dem Namen nach eine Arbeiterorganisation vor uns haben. Unter diesem Gesichtspunkt müssen wir den "Kommunistischen Arbeiterbund" und den neugegründeten "Kommunistischen Bund" beurteilen, und wir fordern alle Organisationen auf, dies auch zu tun, insbesondere all diejenigen Zirkel, die sich vielleicht voreilig und aus Unkenntnis des wahren Wesens der "KAB"-Clique diesem "Kommunistischen Bund" angeschlossen haben oder einen Anschluß in Betracht ziehen. Wir fordern die Genossen des SALZ-Hamburg, des SALZ-Bremerhaven, des KB/ML Flensburg, des SALZ-Frankfurt und der KAG Oldenburg auf, ihre Entscheidung für diesen "Kommunistischen Bund" noch einmal gewissenhaft zu überprüfen.

Wir selber haben vor der Bildung der Aktionseinheit für die Metalltarifrunde 1971 diesem "KAB" Hamburg zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Rückblickend ist das als ein schwerwiegender Fehler zu erkennen, der großen Schaden verursacht hat und aus dem wir Kommunisten nunmehr die richtigen Lehren ziehen müssen. Denn daß die Aktionseinheit für diese Clique von Trotzkisten und Kathedermarxisten nicht den Zweck hatte, in erster Linie die Arbeit der Kommunisten in den Betrieben und in den Gewerkschaften zu verbessern und damit den Erfordernissen der Praxis besser zu entsprechen, sondern daß sie die Aktionseinheit lediglich als Plattform für ihre spalterischen Machenschaften und die Ausbreitung ihrer trotzkistischen Irrlehren mißbrauchen würden, dazu hätte es nicht die Erfahrungen der Aktionseinheit gebraucht, das war aufgrund der Geschichte dieser Leute und aufgrund ihrer Veröffentlichungen bereits vorher offenbar. Diese Mellenthin und Co. sind ja kein unbeschriebenes Blatt, sondern seit vielen Jahren bekannt in der Bewegung.

DAS ZIRKELWESEN UND DER WIEDERAUFBAU DER KP

In den letzten Jahren hat die kommunistische Bewegung in Westdeutschland und in Westberlin einen stürmischen Aufschwung genommen. Zunehmend schlossen sich in den Städten und auf dem Land junge Arbeiter mit den besten Kräften der jungen revolutionären Intelligenz zu Kampfgruppen zusammen, um begeistert von den großen Lehren des Marxismus, des Leninismus und der Maoismus-Ideen ihre ganze Kraft für das gewaltige Werk der Befreiung der Arbeiterklasse und der ganzen Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung einzusetzen.

Diese Gruppen begannen ihre Arbeit unter äußerst schwierigen Bedingungen. Die Arbeiterbewegung lag noch weitgehend danieder, der Sozialdemokratismus schien einen vollständigen Sieg unter den Massen errungen zu haben. Die Kommunistische Partei, in deren Reihen der Faschismus und der 2. Weltkrieg große Lücken geschlagen hatten und die bald nach Beendigung des 2. Weltkrieges schon wieder den wütenden Schlägen der Adenauerreaktion ausgesetzt war und aufs Schwerste auf die Probe gestellt wurde, wurde durch das Vordringen des Revisionismus innerhalb der Partei zunehmend geschwächt und so den verschärften Angriffen des Kapitals, die 1956 in dem erneuten Verbot der Kommunistischen Partei gipfelten, vollends ausgeliefert und schließlich durch den modernen Revisionismus aufgegeben und zerstört. ?

Aber diese Zirkel standen nicht ganz am Anfang und vor allem nicht alleine. Sie konnten sich von Anfang an einreihen in den revolutionären Kampf des Proletariats und der Völker der ganzen Welt gegen den Imperialismus, gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für den weltweiten Sieg der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Denn die Haupttendenz unserer Zeit heißt Revolution. Auf der anderen Seite warteten die großen Lehren des Marxismus, des Leninismus und der Maoismus-Ideen sowie die unerschöpflich reichen Erfahrungen der Geschichte der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung nur darauf, auch in unserem Land wieder von tatkräftigen Revolutionären ergriffen und unter unseren konkreten Bedingungen angewendet und zur Geltung gebracht zu werden.

Als höchstmögliche Organisationsform der Revolutionäre stand und steht unter diesen konkreten historischen Bedingungen die Herausbildung und Festigung lokaler und regionaler Zirkel auf der Tagesordnung als erster Schritt zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei. Diese Zirkel erfüllen dann ihre historisch bedingte und historisch begrenzte Funktion, wenn es ihnen gelingt, sich mehr und mehr von den Einflüssen der bürgerlichen Ideologie zu lösen und im Kampf gegen "linkes" Sektierertum und den modernen Revisionismus sowie die trotzkistischen

Abweichungen aller Art die proletarische Linie entschlossen und bedingungslos durchzusetzen und die "lebenswichtigen" Fragen der Bewegung in "unversöhnlich revolutionärem Sinn" zu entscheiden, und sofern sie alles in ihren Kräften stehende leisten, um die Voraussetzungen zu schaffen für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei. Insbesondere geschieht das dadurch, daß diese Zirkel nach ihren Kräften

1. zur Herausbildung und Durchsetzung der Elemente des Programms der Kommunistischen Partei beitragen,
2. daß sie proletarische Kader ausbilden und erziehen, aus denen die ersten Mitglieder der Kommunistischen Partei rekrutiert werden können, und daß sie,
3. durch revolutionäre Agitation und Propaganda sowie durch kommunistische Anleitung der praktischen Bewegung zur Stärkung des bewußten Elements in der Arbeiterklasse beitragen.

Wir haben das wiederholt vor der Bewegung vertreten und wir sagen es noch einmal: Ohne Erfüllung dieser Voraussetzungen, ohne die Herausbildung und Durchsetzung der Elemente des Programms der Kommunistischen Partei, ohne die Herausbildung von proletarischen Kadern, die weitestgehend die Dimitroffschen Kaderkriterien erfüllen, ohne eine reiche Entfaltung unserer praktischen Tätigkeit unter den Massen werden wir weder einen lokalen Zirkel festigen und die proletarische Linie stärken, noch werden wir einen Schritt weiter gehen können zum Aufbau regionaler Zirkel, die den demokratischen Zentralismus bereits auf höherer Stufe verwirklichen, noch gar werden wir die Schaffung des nationalen Zentrums und des zentralen Organs erfolgreich in Angriff nehmen können.

Erfüllt das Zirkelwesen einerseits eine notwendige historisch bedingte und historisch begrenzte fortschrittliche Mission, indem es den Einfluß der bürgerlichen Ideologie in den Reihen der Revolutionäre immer weiter zurückdrängt und die subjektiven Voraussetzungen für den Wiederaufbau der Partei schafft, so bietet es zugleich bürgerlichen Elementen, da die proletarische Ideologie noch nicht in ihrem ganzen Reichtum und in ihrer ganzen Kraft ausgebildet ist, die Möglichkeit, die Fehler und Mängel des Zirkelwesens als Vorteile und "Weiterentwicklungen des Marxismus-Leninismus" auszugeben, sich in den Zirkeln als Sprachrohr der bürgerlichen Ideologie breit zu machen und damit das Zirkelwesen zum Bremsklotz und zum Saboteur der revolutionären Entwicklung statt zu ihrem vorwärtstreibenden Teil zu machen.

Gerade diese Kräfte, die zumeist aus der kleinbürgerlichen Studentenrevolte hervorgegangen sind, haben es von Anfang an darauf angelegt, eine große Unsicherheit in der Frage der praktischen Schritte zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei zu verbreiten, und nicht nur in dieser Frage. Diese

Leute heucheln Begeisterung für die Sache der Arbeiterklasse, obwohl sie aufgrund ihrer Klassenherkunft für das Proletariat, für die Wissenschaft der Arbeiterklasse, den wissenschaftlichen Sozialismus, sowie für die Geschichte der Arbeiterbewegung in Wirklichkeit nichts als Widerwillen und Verachtung empfinden. Jeden Schritt voran versuchen sie daher durch kleinbürgerliche Kleinmütigkeit zu vereiteln. Hinter revolutionäristischer Wichtigkeitserei verbirgt sich oft nur schlecht der tiefe Widerwille des im Geist des Liberalismus aufgewachsenen Kleinbürgers gegen die proletarischen Prinzipien des demokratischen Zentralismus. Die Frage der Führung etwa können diese Leute nicht anders als im Sinne bürgerlichen Konkurrenzdenkens behandeln. Das ist der Humus, auf dem der Trotzkismus wuchert.

Für diejenigen Zirkel, die den Kampf gegen die bürgerliche Ideologie in den eigenen Reihen von Anfang an konsequent geführt haben, ist diese Frage der nächsten Schritte längst entschieden und je nach den konkreten Bedingungen in die Tat umgesetzt, während die kleinbürgerlichen Elemente wie die Melenthin und Co. noch immer krampfhaft versuchen, eine Allerweltsfrage daraus zu machen, um doch noch irgendwie ihre trotzkistischen Pläne ins Gespräch zu bringen.

Wir haben diese nächsten Schritte zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei ebenfalls wiederholt in die Bewegung getragen und nennen sie hier noch einmal, damit bestimmt niemand mehr sagen kann, wir hätten diese Frage nicht klipp und klar beantwortet:

- Stärkung und Ausbau der lokalen Zirkel auf der Grundlage der Lehren des Marxismus, des Leninismus und der Mao-Tse-tung-Ideen sowie der bereits erarbeiteten Elemente des Programms der wiederaufzubauenden Kommunistischen Partei.
- Wo sich in einer Region auf diesen Grundlagen ein führender Zirkel herausgebildet hat, ist es die Pflicht der weniger weit entwickelten und gefestigten Zirkel, durch Anlehnung oder organisatorischen Zusammenschluß dieses lokale Zentrum politisch und organisatorisch zu stärken und aktiv beim Aufbau eines regionalen Zirkels zu unterstützen.
- Durch verstärkte ideologische Auseinandersetzungen insbesondere zwischen den sich herausbildenden führenden Zirkel, durch verstärkte solidarische Konsultationen sowie durch Aktionseinheiten auf nationaler Ebene in wichtigen Fragen der praktischen Bewegung, müssen sich zugleich die Kräfte herausbilden und bewähren, die zu Trägern des nationalen Zentrums und des zentralen Organs werden können, als Voraussetzung für den einheitlichen planmäßigen Wiederaufbau der Partei.

Das sind die Schritte, die heute von allen Kommunisten je nach den konkreten Bedingungen an ihrem Ort oder in ihrer Region in Angriff genommen werden. Und diese Aufgaben sind heute bereits zu klar entschieden, und die revolutionären Kräfte, die sich diesen Aufgaben mit all ihrer Kraft stellen, sind bereits zu stark, als daß sie noch an der erfolgreichen Bewältigung dieser Aufgaben gehindert werden könnten von denjenigen, die wie die "linken" Sektierer von der Gruppe "Roter Morgen", der Gruppe "Rote Fahne Bochum", der Gruppe "Rote Fahne Westberlin" u. a. die Schaffung des nationalen Zentrums und des zentralen Organs in kleinbürgerlicher Ungeduld vorwegnehmen wollen, ohne die Voraussetzungen für den Wiederaufbau der Partei geschaffen zu haben, oder aber andererseits von denjenigen trotzkistischen und anarchosyndikalistischen

Cliquen, die das Zirkelwesen in Worten und Taten verherrlichen und verewigen wollen, indem sie grundlegende Bestandteile der Lehren des Marxismus, des Leninismus und der Mao-Tse-tung-Ideen verleugnen oder auf den Kopf stellen, auf das Anwachsen der spontanen Arbeiterbewegung warten und sogar die Verwirklichung des demokratischen Zentralismus unter fadenscheinigen Vorwänden auf den Stanknimmerleinstag verschieben.

Nun gibt es bürgerliche Elemente in der Zirkelbewegung, die um ihre kleinbürgerlichen Privilegien bangend und die disziplinierte Unterordnung unter die Erfordernisse des Klassenkampfes fürchtend das Vorhandensein führender Zirkel überhaupt leugnen. Die "KAB"-Clique ist als ein Musterbeispiel für das Auftreten dieser Elemente anzusehen. Stattdessen reden sie ganz offen der bürgerlichen Gleichmacherei das Wort. So wird in ihrer "Arbeiterzeitung" Nr. 11/12 die Frage der Führung im revolutionären Kampf vollständig und ausschließlich in der Sprache und in den Kategorien des Liberalismus abgehandelt. Da wird die Gleichberechtigung der einzelnen Gruppen in der Aktionseinheit kurzerhand mit Gleichheit verwechselt. Den Arbeiter-Basis-Gruppen wird vorgeworfen, daß sie die Augen nicht vor den qualitativen Unterschieden der einzelnen Gruppen zudrücken und aus dem, was sie sehen, nämlich daß sich die einzelnen Zirkel aufgrund verschiedenartiger historischer lokaler und personeller Voraussetzungen nicht gleichzeitig und nicht gleichartig entwickeln konnten, auch noch Konsequenzen ziehen zum Nutzen der revolutionären Bewegung! Diese Leute reden davon, diese von den Arbeiter-Basis-Gruppen als führend bezeichneten Zirkel hätten nichts anderes vor als die "kleineren lokalen Zirkel" als "Stützpunkte" unter sich aufzuteilen. Was diese Leute sich für Probleme ausdenken! Die revolutionären Anstrengungen von Gruppen, die Herausbildung und Durchsetzung der Elemente des Programms der Kommunistischen Partei auf nationaler Ebene voranzutreiben, werden von ihnen als "Vereinheitlichungsstudel" verstanden, in den "andere Gruppen und Organisationen ... hineingezogen würden", während die eigentliche ideologischen Auseinandersetzungen nur von den führenden Zirkeln vorangetrieben würden. Von wem denn sonst, fragt man sich! Wir wollen ja nicht 50 Parteien aufbauen, sondern eine einzige, und jeder Schritt voran zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei, wo und von wem er auch immer getan wird, ist eine Hilfe und eine Stärkung für die ganze Bewegung! Die "KAB"-Clique aber ist von einer panischen Angst besessen, es könnten Antworten auf die brennenden Fragen der revolutionären Bewegung gegeben und durchgesetzt werden, ohne daß sie diese Fortschritte verhindern, sabotieren und ins Gegenteil verkehren könnten.

Diese Leute weigern sich, einen Unterschied zwischen entwickelteren und weniger entwickelten Zirkeln zu machen und die notwendigen revolutionären Konsequenzen daraus zu ziehen. Sie reden von "Ehrgeizigem Führungsanspruch", wo es den wirklichen Kommunisten um nichts anderes gehen kann als um einen Schritt vorwärts zum Wiederaufbau der Partei und zur Stärkung der Kampfkraft der Arbeiterklasse in den sich verschärfenden Klassenkämpfen. Aber das kommt eben dabei heraus, wenn sich Kathedermarxisten fern von jeder wirklichen Bewegung auf diese ihre eigenen kleinbürgerlichen Sorgen zu übertragen versuchen.

Wie sieht das nun wirklich z. B. in unseren Organisationen aus, was diese Leute "ehrigeligen Führungs-

anspruch" nennen? Durch den aufopferungsvollen und prinzipienfesten Einsatz aller unserer Genossen ist es uns gelungen, unsere Programmatik und unsere praktische Tätigkeit ständig zu verbessern und zu erweitern und damit zunehmend Vertrauen unter den Arbeitern und anderen Werktätigen im Betrieb und im Stadtteil zu gewinnen. Was folgt daraus, daß nun immer mehr Gruppen in der Region uns als führende Kraft ansehen, sich an unserem Zentralorgan, an unserer Programmatik und an unseren praktischen Erfahrungen orientieren und feste organisatorische Verbindungen mit uns herstellen, die in den Zusammenschluß auf regionaler Ebene und auf den Grundlagen des Demokratischen Zentralismus münden müssen? Daß unsere revolutionären Pflichten sich unerhört erweitert haben und daß wir gezwungen sind, unsere Anstrengungen noch zu erhöhen, um die kommunistische Bewegung nicht aufzuhalten, sondern auf erweiterter Stufenleiter weiter mit voranzutreiben. Und das gilt genauso für jeden wirklich führenden Zirkel, der sich seiner kommunistischen Verantwortung bewußt ist.

Natürlich kann sich diese "KAB"-Clique letzten Endes auch nicht vor der schlichten sinnlichen Wahrnehmung verschließen, daß es führende Zirkel gibt. Aber selbst dann sind sie um einen Vorwand, alles wieder ins Unverbindliche zu verschieben, nicht verlegen. Geben sie doch klug und weitsichtig zu bedenken, daß diese führenden Zirkel "nichts Statisches" sind (daß also dieser Kreis relativ rasch wechseln kann) und daß die noch bestehenden Widersprüche zwischen den "theoretisch führenden Zirkeln" Gegenstand der Diskussion in der kommunistischen Presse sein müssen." ("Arbeiterzeitung" 11/12 S. 8). Selbstverständlich besteht die Möglichkeit, daß ein heute führender Zirkel durch die Schläge des Klassenfeindes oder durch Nachlassen des Kampfes und der Wachsamkeit gegen alle Einflüsse der bürgerlichen Ideologie vorübergehend geschwächt wird und seine Pflichten nicht mehr wie bisher erfüllen kann. Aber wer außer einem ausgemachten Trotzkisten, der kommunistische Führung überhaupt durch Spontaneität ersetzen will, wird daraus den Schluß ziehen, daß es von vornherein keinen Sinn hat, ein solches regionales Zentrum der Bewegung zu unterstützen und zu stärken?

Das ist überhaupt das Grundprinzip dieser Leute (nicht umsonst nennt man ja die Trotzkisten die Chamäleons der Arbeiterbewegung): Sich nur nicht festlegen, sich nur die "Freiheit der Kritik" bewahren, sich nur alle Türen offenhalten für alle Fälle, nur möglichst große Verwirrung in der Bewegung verbreiten; wenn man schon von führenden Zirkeln spricht, dann in Anführungszeichen; wenn man schon die Existenz führender Zirkel nicht verleugnen kann, dann etwas daraus machen, an das man sich nicht halten braucht usw. Wo sie die regionale Bedeutung eines Zirkels als führendes Zentrum nicht bestreiten können, wie im Fall der Arbeiter-Basis-Gruppen, da macht man ihnen flink zum Vorwurf, daß sie vielleicht noch nicht so weit entwickelt sind, um im nationalen Maßstab bereits dieselbe führende Rolle zu spielen. Da wird um die konkreten Aufgaben der Kommunisten zum gegenwärtigen Zeitpunkt herumgeredet, da werden nicht die Prinzipien des Marxismus-Leninismus in Organisationsfragen zurate gezogen, sondern stattdessen allerlei kleinbürgerliche und trotzkistische Grundsätze aufgetischt und mit "revolutionärer" Entschlossenheit verteidigt.

Natürlich legen diese Leute den größten Wert darauf, die Diskussion um ihre spalterischen und liquidatorischen Einhalte- und Täuschungsmanöver in die Betrie-

be zu tragen. Und wer wie die Arbeiter-Basis-Gruppen zu verhindern versucht, daß diese Leute ihre kleinbürgerlichen und trotzkistischen Irrlehren unter der Tarnkappe des Marxismus-Leninismus im Proletariat verbreiten, dem werfen sie dann vor, er wolle die "internen Differenzen" vor den "dummen Arbeitern" geheimhalten!

II. DIE FRAGE DER FÜHRENDEN ZIRKEL

Was steckt denn nun wirklich hinter der Frage der führenden Zirkel? Die Herausbildung der heutigen Zirkel geschah jeweils zu verschiedenen Zeitpunkten und unter verschiedenen lokalen und personellen Bedingungen, d. h. die konkreten Ausgangspositionen waren jeweils verschieden. Hier gingen hervorragende Genossen aus den Kreisen der revolutionären Intelligenz hervor (insbesondere aus der Schüler- und Studentenbewegung), die die theoretische Entwicklung und die Entfaltung der praktischen Tätigkeit rasch und konsequent vorantrieben, dort waren es Kader der ehemaligen Kommunistischen Partei oder Kerne kampfbewusster und klassenbewußter Arbeiter, die den jungen Zirkeln im Kampf gegen den modernen Revisionismus, gegen den Trotzkismus und das "linke" Sektierertum den nötigen ideologischen Halt gaben; an anderen Stellen blieben junge Gruppen ganz auf sich gestellt und mußten eben sehen, wie sie durchkamen, oder aber ihre Entwicklung wurde durch das Hineinwirken kleinbürgerlicher Elemente aufgehalten, wie sie ebenfalls in großer Zahl aus der Schüler- und Studentenbewegung hervorgingen. Wieder andere Gruppen, die erst in den Jahren 1970/71 entstanden, konnten sich bereits das von eben den führenden Zirkeln inzwischen Geleistete zunutze machen und festigten damit ihren revolutionären proletarischen Standpunkt nur umso schneller und nachdrücklicher. Leute wie die Führer des "KAB" Hamburg, die diese großartige Entwicklung in all ihren Phasen und in ihrer ganzen Lebendigkeit verfolgen konnten und die nun scheinheilig die Frage stellen, was eigentlich ein führender Zirkel sei, denen geht es ganz offensichtlich um Verschleierung und Verwirrung in diesen Fragen und nicht um Klärung. Sie zerbrechen sich angeblich den Kopf darüber, ob das mehr eine Frage der Theorie oder der Praxis sei, und am Ende können sie von ihrem kleinbürgerlichen Klassenstandpunkt aus nicht anders, als das Ganze als eine Erscheinungsform kleinbürgerlicher Geltungssucht, also mit den Worten und den Kategorien der bürgerlichen Psychologie behandeln, wie wir gesehen haben.

Führende Zirkel sind eben diejenigen, die sich in den verschiedenen Hauptfragen der Bewegung als vorantreibend erwiesen haben und erweisen, und (nicht oder!) die zugleich in ihrer revolutionären Arbeit beim jeweiligen Stand der Bewegung als vorbildlich betrachtet werden müssen. Führend sind sie eben deswegen, weil sie sich beim Erstellen und Durchsetzen der Elemente des Programms der Kommunistischen Partei im Kampf gegen die modernen Revisionisten, gegen die "linken" Sektierer und die Trotzkisten in Theorie und Praxis als führend erwiesen haben.

Die korrekte und vorbildliche Arbeit eines Zirkels übt von sich aus eine starke anleitende Wirkung auf andere Gruppen aus, deren Arbeit und Programmatik vielleicht in dieser oder jener Frage noch keinen entsprechend hohen Stand erreicht hat. Wir wissen, wie das in der Praxis aussieht: Die Zirkel sehen sich nicht in der Lage, aus eigener Kraft ein korrektes revolutionäres Programm zu erarbeiten, sie verfü-

gen über keine Schulungsprogramme und oft mangelt es ihnen an einem erfahrenen Schulungsleiter. Zunächst sind oft noch nicht einmal die nötigen technischen Einrichtungen wie Druckmaschinen vorhanden. Es ist doch nichts weniger als die revolutionäre Pflicht für einen jeden Kommunisten, daß er solchen Gruppen oder einzelnen Genossen hilft, so weit er überhaupt dazu in der Lage ist: Durch Versand eines kommunistischen Organs, durch Entsendung von Referenten und insbesondere Schulungsleitern, durch Hilfe bei der konkreten Analyse der jeweiligen lokalen Klassenkampfsituation, durch Hilfe bei der Erstellung von Agitpropmaterial usw. usf. Durch diese solidarische Hilfe kann die Entwicklung und der Aufbau dieser jungen Gruppen sehr gefördert und beschleunigt werden, vielerlei Fehler und Rückschläge können damit verhindert und die Herausbildung gefestigter lokaler proletarischer Kader, die die notwendige kommunistische Arbeit in ihrem Ort dann aus eigener Kraft und selbständig versehen können, schnell vorangetrieben werden.

Es ist Bestandteil der bürgerlichen und nicht der proletarischen Ideologie, daß jeder seine Fehler erst mal selber machen muß und daß niemand aus der Geschichte der Arbeiterbewegung oder von erfahrenen Gruppen oder Genossen etwas lernen darf.

Jeder, der wirklich am Wiederaufbau der Kommunistischen Partei mitarbeitet und nicht nur davon schwätzt, der weiß: Nicht die Fragen, die diese "KAB"-Clique aufwirft, sind bei unserer regionalen Arbeit von Bedeutung, ob wir mehr theoretisch oder mehr in der praktischen Tätigkeit führend sein sollten, sondern wie wir unsere Führungsaufgaben noch viel besser und umfangreicher als bisher erfüllen können, und zwar auf allen Gebieten! Diejenigen Gruppen, die uns aufgrund unserer fortgeschrittenen Programmatik und unserer Erfolge in der praktischen Arbeit als einen führenden Zirkel ansehen, und zwar gerade die entwickeltesten, haben längst erkannt, daß die Stärkung des regionalen Zentrums zugleich ihre eigenen Zellen stärkt und ihre gesamte revolutionäre Arbeit großartig erweitert und bereichert, und daß der Verzicht auf ihre vermeintliche Selbständigkeit ihnen erst den Vorgesmack wirklicher Selbständigkeit gebracht hat: nämlich der Selbständigkeit gegenüber den Einflüssen der bürgerlichen Ideologie.

Zugleich bedeutet der Aufbau regionaler Zirkel auf der Grundlage der Lehren des Marxismus, des Leninismus und der Maoistengedanken (und der Demokratische Zentralismus ist Bestandteil dieser Lehren!) einen wirklichen Schritt nach vorne zur Überwindung des Zirkelwesens. Wer allerdings die wirklichen Kräfte für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei sind, die das nationale Zentrum und das zentrale Organ schaffen und tragen können, um das sich dann der fortgeschrittenste, klassenbewußteste und deshalb revolutionärste Teil der Arbeiterklasse sammeln kann, das wird erst die alibeiige Zusammenarbeit der Zirkel in den verschiedensten Erscheinungsformen des Klassenkampfes erweisen. Diejenigen Leute jedoch, die diese klare Perspektive wie die "KAB"-Clique, nur dazu mißbraucht, um davon abzulenken, daß es auch beim heutigen Stand der Bewegung fortgeschrittenere Zirkel gibt, die klare revolutionäre Führungsaufgaben zu erfüllen haben, und auf der anderen Seite auch solche, die ganz bewußt die revolutionäre Bewegung zu sabotieren und zu entzweiten versuchen und zu diesem Zweck mit großem Eifer der bürgerlichen Gleichmacherei das Wort reden, der hat in Wirklichkeit nichts anderes im Sinn, als die weniger entwickelten und erfahre-

nen Zirkel in den Sumpf des Revisionismus, des "Linken" und rechten Opportunismus und des Trotzismus hinabzuzerren.

Nun gehen die Uhren in Hamburg auch nicht sehr viel anders als in München oder Stuttgart. Allenthalben sind im norddeutschen Raum revolutionäre Gruppen entstanden und entstehen noch weiter, deren Schlachtruf so wenig wie in Bayern "Selbständigkeit! Selbständigkeit!" heißt. Vielmehr haben die meisten dieser Gruppen längst eingesehen, daß sie ihre Arbeit ohne Schaffung eines regionalen kommunistischen Zentrums nur langsam und nicht entscheidend verbessern können. Für das tiefe Verlangen dieser Gruppen nach revolutionärer Einheit ist die Teilnahme einer Vielzahl dieser Gruppen an der Aktionseinheit zur Metalltarifrunde 1971 ein lebhaftes Zeugnis. Und die revolutionären Anforderungen, die von den lokalen Zirkeln im näheren und weiteren Umkreis von Hamburg an das SALZ Hamburg gestellt werden, sind bestimmt nicht kleiner als diejenigen, die an uns gestellt werden. Statt sich diesen revolutionären Führungsaufgaben zu stellen und diesen nach dem korrekten revolutionären Weg suchenden Gruppen und Genossen eine klare Perspektive zu geben zum Wiederaufbau der kommunistischen Partei, zum Sturz der Bourgeoisie und der Errichtung der Diktatur des Proletariats, tun sie sich in prinzipienloser Weise mit diesem kleinbürgerlichen "KAB"-Trotzkistenklüngel zusammen und proklamieren die Gründung eines "Kommunistischen Bundes", in welchen sie eben diesen Trotzkistenklüngel auch noch die politische Führung erschleichen lassen, indem sie das Organ dieser Leute mit neuem Namen, aber unveränderten Inhalt zum theoretischen Organ des neuen Bundes machen! Ein solcher falscher vermeintlicher Schritt nach vorne ist aber in Wirklichkeit ein Schritt zurück, da er die Voraussetzungen zur Erfüllung der revolutionären Arbeit nicht verbessert, sondern verschlechtert. Die politische Schwäche des SALZ Hamburg beruht auf dem Mangel an einer klaren programmatischen Festlegung. Diese politische Schwäche ist nicht durch prinzipienlose organisatorische Erweiterungen zu überwinden, sondern wird dadurch nur vergrößert und verewigt. Die Überwindung des Zirkelwesens ist nicht in erster Linie eine organisatorische Frage, sondern vielmehr eine Frage zunehmenden kommunistischen Bewußtseins, wie es sich am Stand der Programmatik der Kommunisten ausdrückt: Die "KAB"-Clique will mit ihrem "Kommunistischen Bund"-Manöver davon ablenken, daß organisatorische Fortschritte politische Fortschritte zur Voraussetzung haben und nicht umgekehrt!

Nach wie vor weist die "KAB"-Clique jeden Führungsanspruch weit von sich, so weit, daß sie nur noch in Anführungszeichen davon sprechen, aber nur zu dem einzigen Zweck, um sich in echt trotzkistischer Manier nur umso unbemerkter und unkontrollierter die Führung zu erschleichen. Der angebliche Anlauf zur schrittweisen Überwindung des Zirkelwesens, wie er in der Gründungserklärung in der "Arbeiterzeitung" Nr. 11/12 verkündet wird, erweist sich als so gut durchdacht, daß er bereits in Nr. 14 des inzwischen in "Unser Weg" umbenannten Organs als überholt bezeichnet wird. In Bälde soll ein neues Statut vorgelegt werden, "mit der Darlegung der bis dahin gemachten Erfahrungen". Einer dieser großartigen neuen Erfahrungen liegt uns bereits vor: Auf der ersten Konferenz der Zirkelvertreter wurde festgestellt, daß der "Kommunistische Bund" eine "aktionsfähige politische Gesamtleitung braucht. ... Die Hamburger Vertreter

sind damit beauftragt worden, hierfür Vorschläge zu erarbeiten." Den Genossen Zirkelvertretern kann man nur zurufen: "Wie wär's, wenn ihr's mal mit dem Demokratischen Zentralismus versuchen würdet und euch als erstes mal die Mühe machen würdet, dafür die organisatorischen und politischen Voraussetzungen zuschaffen!"

Aber fehlt schon in der Gründungserklärung das politische Programm, auf dem allein die Gründung eines wirklichen kommunistischen Bundes als regionaler Zirkelverband möglich ist, so muß folgerichtig natürlich auch der Demokratische Zentralismus verleugnet werden und durch "noch zu machende Erfahrungen" ersetzt werden. Genossen, da seid ihr einem echt trotzkistischen Kartenspielertrick aufgesessen: Von der Verwirklichung des Demokratischen Zentralismus auf der Grundlage eines korrekten revolutionären Programms hängt es ja gerade ab, ob Erfahrungen gesammelt werden können, ob die Elemente der Programmatik der wiederaufzubauenden Kommunistischen Partei weiterentwickelt und umfassender in die Tat umgesetzt werden können.

Eine revolutionäre Organisation kann ihre Aufgaben in keiner Weise erfüllen, das hat Lenin ein für allemal gelehrt, wenn sie nicht nach den Prinzipien des Demokratischen Zentralismus aufgebaut ist. Muß sie doch die höchstmögliche Einheit, Geschlossenheit und Disziplin verkörpern, um in den Klassenkämpfen zu bestehen, unabhängig davon, daß wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt unsere revolutionären Aufgaben nur höchst unvollständig erfüllen können und unsere Arbeit noch mit sehr vielen Mängeln behaftet ist. Aber allein der Demokratische Zentralismus bietet die Möglichkeit, diese Mängel zu überwinden und unsere revolutionären Aufgaben immer besser und vollständiger zu erfüllen. Der Demokratische Zentralismus ist die Organisationsform aller Revolutionäre, und die Prinzipien des Demokratischen Zentralismus haben wir in jeder denkbaren Situation und Phase unseres Kampfes zu unserer Richtschnur in Organisationsfragen zu machen. In weniger entwickelten revolutionären Organisationen wird eben der demokratische Zentralismus weniger reich verwirklicht werden können als in entwickelteren revolutionären Organisationen, das ist der ganze Unterschied. Das ist für Kommunisten keine Frage der "Darlegung der bis dahin gemachten Erfahrungen", sondern ein Elementarbestandteil des wissenschaftlichen Sozialismus!

Aber für die "KAB"-Clique muß stattdessen in erster Linie die organisatorische und politische Selbständigkeit der Gruppen gewährleistet bleiben, wo bliebe denn sonst die Gleichberechtigung? Als wenn die revolutionäre Gleichberechtigung anders zu garantieren wäre als durch den demokratischen Zentralismus, dessen Voraussetzung wiederum das korrekte revolutionäre Programm ist!

Und dennoch beteuern sie, "daß wir jeden 'Führungsanspruch' und damit das Hineintragen des bürgerlichen Konkurrenzdenkens in die kommunistische Bewegung für schädlich und objektiv liquidatorisch halten". Von den Erfordernissen der Klassenkämpfe, die einzig und allein das Handeln der Kommunisten bestimmen, ist hier längst nicht mehr die Rede. Hier feiert die Ideologie des Kleinbürgertums, der Liberalismus, im dünnen marxistischen Mäntelchen fröhliche Urstände, und die Herkunft solcher besorgter Gedankengänge aus dem Li-

beralismus über die Zwischenstufe der "antiautoritären" Studentenbewegung kann man auf Schritt und Tritt oft bis auf den Wortlaut genau wiedererkennen. Die kleinbürgerliche Ablehnung jeder Verantwortung für das Ganze wird als "Eintreten für die Gleichberechtigung aller" kaschiert. Daß der Demokratische Zentralismus nicht weniger, sondern mehr Gleichberechtigung, nicht weniger, sondern mehr Freiheit, nicht weniger, sondern mehr Kontrolle, nicht weniger, sondern mehr Selbständigkeit ermöglicht, daß er vielmehr Gleichberechtigung, Freiheit, Kontrolle, Selbständigkeit und auch die Freiheit der Kritik überhaupt erst ermöglicht, daß paßt natürlich nicht in die trotzkistischen Pläne dieser Leute. Sehr gut paßt es dagegen in ihre trotzkistischen Irrlehren, daß die Erstellung eines einheitlichen kommunistischen Programms äußerst gering geachtet wird. Schon die Festlegung auf dem vergleichsweise niedrigen Niveau der Plattform der Aktionseinheit 1971 war diesen Ausgeburten der "antiautoritären" Studentenbewegung unerträglich als dem Teufel das Weihwasser. Sie drückten und wanden sich und quasselten vom "allgemein 'richtigen' Aussagen, ohne Klärung und inhaltliche Füllung solcher Aussagen." "Richtig" wohl gemerkt in Anführungszeichen! ("Arbeiterzeitung" Nr. 11/12 S. 8) Ihren grenzenlosen Opportunismus versuchen diese Leute hinter solchen schlaumeierischen Gegacker zu verbergen. Aber um die Prinzipien des Demokratischen Zentralismus zu schwächen und zu sabotieren, war den Trotzkisten ja noch nie irgendein Mittel oder eine Verdrehung zu dumm.

Vollends unverhohlen drücken diese Leute ihren Abscheu vor programmatischen Festlegungen irgendwelcher Art in der Nr. 14 ihres Organs aus und führen hier die reaktionäre Seite des Zirkelwesens auch ganz offen zu ihrer Rechtfertigung an: "Die Lage der kommunistischen Bewegung in der BRD ist eben immer noch so - und darin besteht ja gerade das Zirkelwesen, daß zur kommunistischen Bewegung nur sehr allgemeine Aussagen zu machen sind, die keinen großen Wert für eine Abgrenzung haben. Gerade deshalb wird im KB-Statut die Zusammenarbeit betont. In der Zusammenarbeit muß sich ergeben, mit welchen Zirkeln wirkliche Übereinstimmung besteht." (Unser Weg Nr. 14, S. 24)

Das klingt zunächst fast wie von uns abgeschrieben. Aber wenn und wo wir von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Zirkel als Prüfstein darauf sprechen, wer die wirklichen Kräfte für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei sind, dann gehen wir selbstverständlich von der programmatischen Festlegung dieser Zirkel als Voraussetzung aus!

Wenn die "KAB"-Leute hier von Übereinstimmung reden, fragt man sich: "Übereinstimmung worin?" Doch wohl nicht in der Frage des Sturmflutwarndienstes, sondern doch wohl in Fragen der kommunistischen Programmatik. Wie aber soll diese Zusammenarbeit Übereinstimmung über etwas zustandekommen, was überhaupt nicht da ist? Liebe Genossen, in Norddeutschland, diejenigen erzopportunistischen kleinbürgerlichen Elemente, die auch in unserer Organisation klare programmatische Festlegungen, die Erarbeitung der Elemente des Programms der Kommunistischen Partei ersetzen wollten durch "Zusammenarbeit", von denen haben wir vor einem Jahr die letzten mit Schimpf und Schande aus der Organisation geworfen. Die Festlegung der Programmatik ist die Voraussetzung für die Zusammenarbeit von Kommunisten und nicht ihr Ergebnis, das sich viel-

leicht irgendwann einstellt. Die "KAB"-Leute behaupten, daß heute nur "sehr allgemeine Aussagen zu machen sind, die keinen großen Wert für eine Abgrenzung haben". Sind allgemeine Aussagen des "KAB" etwa zur KPCh, zur heutigen Sowjetunion, zum Genossen Stalin, zu den DKP-Revisionisten oder zu den Anarchisten, zu den Arbeiteraufständen in Polen oder zu den Ostverträgen zwischen dem westdeutschen und dem Sozialimperialismus usw. tatsächlich so nichtssagend, daß sie "keinen großen Wert für eine Abgrenzung haben"? Nun ja, wir werden diese Frage anhand der Standpunkte der "KAB"-Clique zu den Hauptfragen der Arbeiterbewegung zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wie sie diese Leute in ihrem Organ entwickeln und in die Bewegung tragen, im folgenden überprüfen.

Es ist ja nicht so, daß diese "KAB"-Clique nicht wüßte, was die Stunde geschlagen hat. Die wissen ganz genau, daß man sich heute kaum mehr das Vertrauen eines Zirkels erschleichen kann, wenn man sich nicht wenigstens verbal zu schrittweisen Überwindung des Zirkelwesens bekennt, und die **jaja** Trotzlisten waren ja schon immer Meister der Anpassung an die Haupttendenzen der Bewegung, die Chamäleons der Bewegung, wie gesagt, ohne deshalb ihre trotzkistischen Pläne auch nur einen Augenblick aus den Augen zu verlieren. Also betrieben sie von langer Hand die Gründung des "Kommunistischen Bundes", schon seit Anfang 1971, indem sie das Streben vieler junger Kommunisten nach revolutionärer Einheit zu ihren eigenen spalteristischen und liquidatorischen Zwecken zu mißbrauchen versuchen. Sie verabscheuen, wie gesagt, jede programmatische Festlegung, wissen aber andererseits ganz genau, daß sich heute jeder der Lächerlichkeit preisgibt, der einen so gewichtigen Schritt wie die Gründung eines "Kommunistischen Bundes" auf regionaler Ebene unternimmt, ohne seinen Standpunkt in der revolutionären Bewegung durch klare programmatische Stellungnahmen offenzulegen. Und allbereits sprechen sie selber vom "oberflächlichen Charakter" ihrer "Erklärung zur KB-Gründung". Nichts spricht indessen dafür, daß man aus dem "oberflächlichen Charakter" dieser Erklärung nicht auf den Charakter ihrer Urheber schließen dürfte. Vor allem nicht das, was sie nunmehr trotz ihres Abscheus vor kommunistischer Programmatik im folgenden zu eben dieser Programmatik mitzuteilen haben. Vielmehr legen sie hier anstelle eines Programms, das sie vor der ganzen Bewegung kenntlich machen würde als trotzkistischen Opportunistenhaufen, unter dem Titel "Zur Kommunistischen Programmatik" eine wirre Aufsatzserie vor, die eine so große Distanz zur heutigen Programmatik der Kommunisten aufweist, daß sie dem Feuilleton einer liberalen Zeitschrift vom Schlage eines "Spiegel" von ihrem "oberflächlichen Charakter" her alle Ehre machen würde. Daß hier zwischen hohlem Wortgeklapper, unverbindlichen Erwägungen, kleinbürgerlich-trotzkistischen Axiomen und unverhüllten Angriffen auf den wissenschaftlichen Sozialismus immer wieder die tiefen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus eingestreut und zum Teil sogar mehr oder weniger richtig angewendet werden, solange es um Einzelfragen geht, das macht all diese prinzipienlosen Machwerke nicht revolutionärer als das, was man in den bürgerlichen Zeitungen aufgetischt kriegt, sondern nur gefährlicher; denn diese Täuschungsmanöver könnten es den Massen erschweren, diese Trotzlistenclique auf den ersten Blick als das zu erkennen, was sie ist, nämlich eine Bastion der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse.

Das also ist das Wesen der treibenden Kräfte des

"KAB", die zwar das Ansinnen eines Führungsanspruchs nicht weit genug von sich weisen können, aber nur zu dem einzigen Zweck, um sich in echt trotzkistischer Manier nur umso unbemerkter in die Organisationen der Arbeiterklasse einzuschleichen und ihre Führung zu usurpieren und um umso unkontrollierter und verantwortungsloser ihre Verwirrungs- und Spalterfeldzug auf erweiterter Stufenleiter fortzusetzen und die Entscheidung der "lebenswichtigen Fragen" der Arbeiterbewegung in "unversöhnlich revolutionärem Sinn" nur umso wirkungsvoller zu sabotieren.

Einige Fragen an die Genossen des SALZ Hamburg des SALZ Bremerhaven, des KB-Ml. Eutin, des KB-Ml. Flensburg, des SALZ Frankfurt, der KAG Oldenburg

Genossen, wie seid ihr dazu gekommen, euch mit diesen "KAB"-Leuten einzulassen? Sicher, diese Erzoportunisten haben kein Programm, in dem sie offenlegen würden, was Geistes Kind sie sind. Aber in ihren Schriften steht es doch klipp und klar zu lesen! Warum habt ihr euch nicht die Mühe gemacht, euch von diesen Leuten abzugrenzen, bevor ihr euch mit ihnen vereinigt habt (um ein Leninwort anzuwenden, das die "KAB"-Clique so gerne im Mund führt, aber nur, wenn es darum geht, die Einheit der Revolutionäre zu liquidieren!)? Warum habt ihr diese Bannerträger des Trotzkismus nicht als das durchschaut und bekämpft, was sie sind? Immerhin stehen wir heute nicht mehr ganz am Anfang. Verirrungen und Schwankungen, die vielleicht vor einem oder zwei Jahren noch unvermeidbar waren, sind beim heutigen Stand und der gegenwärtig erreichten Reife der Bewegung durchaus vermeidbar. Immerhin liegen heute bereits eine Reihe von grundlegenden Veröffentlichungen und programmatischen Erklärungen einiger weiterentwickelter, führender Zirkel auf dem Tisch, an denen man sich zu orientieren hat, wo man selber noch keinen festen und korrekten Standpunkt entwickeln konnte. Es ist doch nichts anderes als die Pflicht eines jeden Kommunisten, sich gewissenhaft die Erfahrungen der gesamten Bewegung anzueignen und sich an denjenigen Zirkeln zu orientieren, die an der Spitze der Bewegung stehen und diese nach Kräften voranführen, und nicht an denjenigen, die wie die "KAB"-Clique hinter der kommunistischen Bewegung herrennen, um die revolutionären Organisationen zurückzuziehen, zu liquidieren und in den Sumpf des Trotzkismus hinabzuziehen.

Merkt ihr denn nicht, daß diese Bannerträger des Antileninismus nichts anderes im Sinn haben, als der revolutionären Bewegung um jeden Preis ihre kleinbürgerlichen Fesseln anzulegen? Merkt ihr denn nicht, daß Leuten vom Schlage der Mellenthin und Co. jede geistige Verengung recht ist (und darin sind diese Leute Artisten!), um sich den für sie äußerst schmerzlichen Abschied von ihren kleinbürgerlichen Träumen zu ersparen? Und daß sie ihr ganzes umfangreiches Bücherwissen zu keinem anderen Zweck gebrauchen, als um vom Wichtigsten abzulenken, nämlich der klaren und festen Entscheidung für die proletarische Politik?

Diese Taschenspieler reden viel von "Freiheit der Kritik", aber sie meinen damit nicht das marxistisch-leninistische Prinzip gleichen Namens, das seinen Ort hat im Rahmen der allgemeinen Prinzipien des Demokratischen Zentralismus, sondern sie meinen

damit nichts anderes als die Freiheit der Katheder-marxisten, die Lenin in "Was tun?" so gründlich gegeißelt hat, nämlich die Freiheit, den Marxismus-Leninismus seines Wesens zu berauben und daraus eine bürgerliche Wissenschaft zu machen.

Diese Leute leugnen mit dem Demokratischen Zentralismus letztlich jede Unterordnung unter eine revolutionäre Organisation, die sich nicht an ihrer kleinbürgerlichen Mentalität, sondern an den Erfordernissen des Klassenkampfes ausrichtet, ja sogar letzten Endes überhaupt die Notwendigkeit des Wiederaufbaus der Kommunistischen Partei. Ihr kleines, selbstherrliches, gelehrtes Ich sieht die Partei sehr als ein Hindernis an für seine "Freiheit der Kritik" statt als Überwindung seiner individuellen Begrenztheit, als Vereinigung mit den besten Kräften derjenigen Klasse, deren geschlossenem Ansturm unter Führung eben dieser Partei keine Macht in der Welt widerstehen kann. Warum habt ihr nicht die Warnungen derjenigen Genossen ernst genommen, die euch auf den kleinbürgerlichen und trotzkistischen Charakter dieser "KAB"-Clique hingewiesen haben?

Daß unter dem irreführenden und einer wirklichen proletarischen Organisation gestohlenen Namen "Kommunistischer Arbeiterbund" ein ausgemachtes Trotzlistennetz sein Unwesen treibt, das ist doch

Unser Weg

Herausgeber Druck Verlag
J. Reents Verlag Arbeiterkampf
2 Hamburg 13 Rutschbahn 35
verantwortl. Redakteur Kai Ehlers,
Verlagsadresse
presserechtlich verantwortl.
Kai Ehlers, Verlagsadresse
Auflage: 6000
Verlagskonten = Dresdner Bank,
Kto. Nr. 451 8378 J. Reents
Postscheckkonto Hamburg
240 595 J. Reents

einfach nicht zu übersehen. Da ist der Hauptartikel in "Unser Weg" Nr. 14 überschrieben mit "Propagandaoffensive der Kapitalisten". Ein Kommunist würde doch hier viel eher von einer Verdummungskampagne der Kapitalisten reden: Propaganda heißt doch für einen Kommunisten etwas ganz anderes, nämlich das Gegenteil von kapitalistischen Täuschungsmanövern. Oder ein anderer Titel: "KPD/ML" und "KPD/AO" - Zwei Modelle des Parteaufbaus". Stimmt das etwa? Bieten uns diese "linken" Sektierer Modelle des Parteaufbaus, oder nicht vielmehr das Gegenteil, nämlich Irrwege und Täuschungsmanöver, mit denen die Arbeiterklasse von ihren revolutionären historischen Aufgaben abgelenkt werden soll? Aber die "KAB"-Clique spricht von solchen Dingen lieber in der verschleiern Sprache bürgerlicher Verhaltensforscher oder Soziologen.

In gleicher Weise ist der Artikel, von dem man sich die Entlarvung der DKP-Führer als neue Sozialdemokratie und Speerspitze des Sozialimperialismus in unserem Land erwartet, ganz im Sinne der "wertneutralen" bürgerlichen Wissenschaften überschrieben mit "Die Thesen des DKP-Parteivorstandes", und entsprechend "wertneutral" ist dann auch die Arbeitsmethode und der ganze Inhalt.

Da ist im Zusammenhang mit der falschen "Zweifractionentheorie" mit professoraler Abfälligkeit von einer "Erfindung Dimitroffs" die Rede, dessen 90. Geburtstag die kommunistische Weltbewegung in diesem Jahre feiert. ("Arbeiterzeitung" Nr. 10, S. 7) Auf dieselbe Weise wird in "Revisionismuskritik 3" S. 6 das großartige Referat des Genossen Dimitroff auf dem 7. Weltkongreß als "Meilenstein des Revisionismus" verunglimpft. Es entspricht dem Erzopportunismus der "KAB"-Führer, daß sie im selben Heft einige Seiten später (S. 15/16) dasselbe großartige Referat des Genossen Dimitroff, das sie eben erst als "Meilenstein des Revisionismus" hinstellen wollten, nunmehr schnurstracks dazu verwenden, um die revisionistischen Thesen des Spartakus zu widerlegen!

Wir wollen uns nun die "allgemeinen Aussagen" der "KAB"-Clique zu den brennenden Fragen der kommunistischen Bewegung etwas näher ansehen und von unserem proletarischen Standpunkt aus durchleuchten. Dabei wird sich schnell herausstellen, ob solche "allgemeinen Aussagen" tatsächlich "keinen großen Wert für eine Abgrenzung haben", wie diese Trotzlistenbande behauptet.

V. DIE HALTUNG ZUR KP CHINA ALS PRÜFSTEIN

Die Scheu der "KAB"-Trotzkisten, in allen Fragen des Klassenkampfes klar und unzweideutig Stellung zu beziehen, macht natürlich auch vor den nationalen Grenzen nicht Halt. Natürlich können sie sich dem Augenschein nicht verschließen, daß die kommunistische Weltbewegung gespalten wurde. Auch die Spalter selbst werden richtig beim Namen genannt: Die modernen Revisionisten. Aber auf welcher Seite sie selber stehen, diese naheliegende Frage behandeln diese Wetterhähne so, als würde sie sich für sie in der Form überhaupt nicht stellen. Also stellen wir sie.

Notgedrungen wird von den "KAB"-Opportunisten die KP China in Worten als die führende Kraft in der heutigen kommunistischen Weltbewegung anerkannt. Sie wissen ganz genau, daß es ihnen sonst kaum gelingen würde, sich ins Lager der Marxisten-Leninisten einzuschleichen. In Wirklichkeit ist ihnen aber der Standpunkt der KPCh genauso verdächtig und zuwider wie das revolutionäre Wirken des großen Sohnes des bulgarischen Volkes Gen. Dimitroff oder gar die großartige und entschlossene proletarische Politik des Genossen Stalin, oder eben überhaupt alles, was nicht die Ausgeburt ihres eigenen kleinen Gehirnkastens ist. Zu diesem grenzenlosen Opportunismus schlimmster Sorte bekennen sie sich auch ganz offen: "Heute kann man getrost die Haltung zur Volksrepublik China als Prüfstein ansehen. Aber (!) die Mentalität des blinden Nachtrabs darf nicht mehr hingegenommen werden, denn sie öffnet dem Opportunismus und Revisionismus Tür und Tor!" ("Arbeiterzeitung" Nr. 6, S. 11) Zunächst denkt man, diesen Satz könnte jeder Kommunist unterschreiben. Aber man muß sich vor Augen halten, was solch ein Satz im Munde einer Trotzlistenclique bedeutet: Es geht diesen "KAB"-Leuten eben auch in ihrem Verhältnis zur KPCh wiederum nur um die "Freiheit der Kritik", wie sie sie verstehen, nämlich die Freiheit, ihre eigene kleinbürgerliche Ideologie ohne jede Einschränkung unter dem Namen des Marxismus-Leninismus ins Proletariat zu tragen. Wenn sie das "blinde Nachtraben" für schädlich erklären, so geht es diesen Leuten doch nur darum, in einem Seitenhieb die gesamte Geschichte der Arbeiterbewegung zu verhöhn, die Prinzipien des Demokratischen Zentralismus zu liquidieren, sich einen Freibrief für ihre kleinbürgerlichen Privilegien zu sichern, um schließlich auch die KPCh nach Lust und Laune durch den Sumpf ihrer "Freiheit der Kritik" zu ziehen.

Sie reden davon, daß sie die VR China als Prüfstein akzeptieren, aber nur um sich bei den Marxisten-Leninisten einzuschleichen. Was sie in Wirklichkeit von der VR China und der ruhmreichen KPCh halten, davon gibt ihre "Stalinkritik" ein lebhaftes Beispiel, wie wir noch sehen werden. Die "KAB"-Leute hätten sehr viel besser daran

ANMERKUNG

Die Münchner Genossen haben recht, wenn sie die Bezeichnung des VII. KOMINTERN-Kongreß als "Meilenstein des Revisionismus" kritisieren. Richtiger wäre es gewesen, von einem Meilenstein der Entwicklung zum modernen Revisionismus hin zu reden. Weiter ist der Fehler gemacht worden, die KPD-Politik dieser Zeit zu sehr aus der DDR-Geschichtsschreibung heraus zu interpretieren. Die Kritik der Münchner geht in ihrem moralisierenden Pathos aber am Kern der Dinge vorbei: daß nämlich in der KPD gegen den Widerstand der Massen der Partei und sogar einer Mehrheit in der Parteiführung ein rechtsopportunistischer Kurs durchgesetzt wurde. Dies steht nämlich im Widerspruch zu ihrer These vom "großen Arbeiterführer" Walter Ulbricht.

Was die genannten Fehler in der KAB-Revisionismuskritik 3 angeht, so liegt auf der Hand: wer sich zu den Dingen äußert, wird zweifellos mehr Fehler machen als jemand, der nur enthusiastisch mit Worten wie "großartig" und "begeistert" um sich wirft, ohne zur Sache zu argumentieren. "Nur Tote machen keine Fehler", wie Stalin einmal sagte.

getan, wenn sie zwar nicht "blind" und auch nicht im "Nachtrab", sondern mit sehenden Augen und selbständig den Standpunkt der KPCh zu dieser Frage erst mal durchstudiert hätten als ein großartiges Beispiel, wie Kommunisten diese schwierige Frage korrekt behandelt haben, statt sich für den "blinden Nachtrab" gegenüber den bürgerlichen Lohnschreibern zu entscheiden!

Statt die VR China gegen alle Verleumdungen und Drohungen von Seiten des Imperialismus und des Sozialimperialismus nach Kräften zu verteidigen, ist es dem "KAB"-Trotzkistenhaufen ein Herzensanliegen, an der VR China herumzukritteln. So verkünden sie dem Proletariat, "daß die chinesischen Genossen unrecht hatten, die Diskussion (gemeint ist: im Kampf gegen den modernen Revisionismus, d. Verf.) allzulange "intern" zu führen." Die "KAB"-Clique tut zwar in Worten so, als ob sie die KPCh als führende Kraft in der kommunistischen Weltbewegung anerkennen würde. Daß die chinesischen Genossen aber nicht wie die "KAB"-Clique die "Freiheit der Kritik" zum obersten Prinzip erheben, sondern sich nach den Erfordernissen und Möglichkeiten des Klassenkampfes ausrichten, das ist für diese Leute bereits Grund genug, an der korrekten und ruhmreichen KPCh öffentlich herumzukritteln. Und für ihre kurz-sichtige kleinbürgerliche Schwatzsucht wagen diese Leute es noch, Lenin und dessen schonungslosen Kampf gegen alle Formen des Opportunismus als Kronzeugen zu bemühen!

Vollend offenbaren diese Leute ihre Feindseligkeit und ihren Widerwillen gegen die KPCh in ihrem Artikel "Kein Verständnis für Einladung" ("Arbeiterzeitung" Nr. 9, S. 19), in dem sie ihrer "Freiheit der Kritik" an der KPCh die Zügel schießen lassen. Hören und Staunen wir: Es ist für diese Leute höchst zweifelhaft, "ob ausgerechnet eine Einladung an Nixon und zu diesem Zeitpunkt notwendig war." Und weiter: "Viele Kommunisten können für diese Einladung kein Verständnis aufbringen. Diese Einstellung ist wohlbegründet." Von was für einer Vielzahl von Kommunisten ist da wohl die Rede? Wir kennen nur Kommunisten, die diesen Canossagang Nixons feiern und jubeln als Ausdruck der gewaltigen Niederlage der aggressiven Politik des US-Imperialismus gegen die VR China, gegen die Völker Indochinas und Koreas, als deutliches und für alle Welt sichtbares Zeichen

ANMERKUNG

Wieder einmal sind die ABG-Führer "chinesischer als die Chinesen". Es wäre doch naheliegend, das Zögern der KP Chinas beim Bruch mit der revisionistischen SU als Ergebnis der Vorherrschaft der Linie Liu Schao tshis in Bereichen der chinesischen Politik anzusehen. Die chinesischen Genossen selbst - weit entfernt von der herumpolternden Selbstgerechtigkeit der ABG-Führer - haben später gesagt: "Wenn heute Genossen uns kritisieren, wir seien damals der Führung der KPdSU zu Unrecht entgegengekommen, dann sind wir gern bereit, diese Kritik anzunehmen." ("Polemik", S. 417)

des herannahenden endgültigen Sieges des Proletariats und der Völker der ganzen Welt über imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung, oder wie es Genosse Kim Il Sung in einem einzigen Satz treffend ausdrückte: "Die Reise Nixons in die VR China wird kein Siegeszug, sondern die Reise eines Besiegten werden!" Das Gezeter der Revisionisten und ihrer Wegbereiter über diesen großen Sieg der Weltrevolution wurde inzwischen durch die Ergebnisse dieses Canossaganges des Oberhäuptlings des US-Imperialismus der Lächerlichkeit preisgegeben.

Die "KAB"-Trotzkisten taten sich furchtbar schwer, nicht sogleich und vollhals in das Gezeter der Revisionisten einzustimmen, und mußten sich tüchtig Mut zusprechen: "Es sollte aber auch beachtet werden, daß in der Geschichte der KP China eine ganze Reihe von Kompromissen eingegangen wurde, Entscheidungen fielen, scheinbare politische Kehrtwendungen vollzogen wurden - eine Politik, die oftmals zunächst kaum verständlich erscheinen möchte (wenn? wenn die Frage erlaubt ist, d. Verf.), an deren Ende aber (für die "KAB"-Clique völlig unbegreiflicherweise, d. Verf.) die Gründung der chinesischen Volksrepublik stand. Unter diesem Gesichtspunkt wäre es heute verfrüht, über die Einladung an Nixon jetzt schon ein abschließendes Urteil zu treffen," (a. a. O.) Wir bezweifeln nicht, daß dieses "abschließende Urteil" der "KAB"-Clique nicht weniger von ihrer "Freiheit der Kritik" durchdrungen sein wird und genauso sehr ein offener Schlag gegen die korrekte proletarische Politik der VR China sein wird wie das hier zitierte konterrevolutionäre Machwerk. Aber die lächerliche Sorge der "KAB"-Clique die chinesischen Genossen ließen sich von den Imperialisten an der Nase herumführen und könnten glauben, der imperialistische Oberkriegerstreiber hätte sich über Nacht in einen "Friedensengel" verwandelt, diese überaus lächerliche und an den revisionistischen Haaren herbeigezerrte Sorge dürften sie ja jetzt wohl los sein. Oder werden sie sich zur Aufrechterhaltung ihres konterrevolutionären Standpunktes auf die von den Sozialimperialisten erfundenen angeblichen Geheimabkommen berufen? Aber so offen und klar den Standpunkt des Sozialimperialismus zu vertreten, würde natürlich dem trotzkistischen Wesen der "KAB"-Clique auch zuwiderlaufen. Bestimmen sie doch ihren Standpunkt in der gespaltenen kommunistischen Weltbewegung nach dem Spießmotto: "Der eine hat nicht ganz recht, der andere hat nicht ganz unrecht, am besten halte ich mich da raus."

Um jeden Zweifel auszuschalten: Es geht uns hier nie und nimmer darum, den "KAB"-Leuten diesen oder jenen Fehler nachzuweisen. Fehler sind bei der gegenwärtig noch großen Unvollkommenheit der Arbeit der Kommunisten unvermeidbar, von der das Zirkelwesen nur der Ausdruck ist, und diese Fehler können und müssen mit den Methoden des Marxismus-Leninismus korrigiert werden. Bei der "KAB"-Clique handelt es sich aber keineswegs um eine Reihe solcher korrigierbarer einzelner Fehler. Es geht uns vielmehr darum aufzudecken, daß sich hinter all diesen Fehlern des "KAB" ein und derselbe kleinbürgerlich-trotzkistische Standpunkt verbirgt, der seine soziale Wurzel im niedergehenden Kleinbürgertum hat und in diesem verzweiften Widerstand gegen die Angriffe der Monopolbourgeoisie auf seine tausend kleinbürgerlichen Privilegien, wie er z. B. in der Studentenrevolte offen zum Ausbruch kam. Das ist der

Boden, auf dem die Sumpfbüten des Trotzkismus gedeihen. Mit hohldröhnender Begeisterung für die historische Mission der Arbeiterklasse tamen viele von diesen Leuten nur ihre abgrundtiefe Angst und Verachtung gegenüber dem Proletariat, ohne daß sie es natürlich ganz verbergen könnten.

Wir werden auf diese Frage in anderem Zusammenhang nochmal zurückkommen müssen. Hier sei nur nochmal darauf hingewiesen, mit welchem Widerwillen und mit welcher Verachtung und mit welcher kleinbürgerlichen Selbstüberheblichkeit diese Elemente in dem oben angeführten Machwerk über den Nixon-Canossagang von der chinesischen Revolution von dem langwierigen und heldenhaften Kampf des chinesischen Volkes unter Führung der korrekten und ruhmreichen KPCh zu reden wagen.

VI. GEGEN DIE VERUNGGLIMPFGUNG DES GENOSSEN STALIN DURCH DIE "KAB"-CLIQUE

Die Trotzkisten sahen es schon immer als eine ihrer Hauptaufgaben an, die großen Führer der Arbeiterklasse mit ihrem Geifer zu besudeln und die Arbeitermassen gegen sie aufzustacheln. Die "KAB"-Clique erweist sich auch in dieser Frage als Vorkämpfer des Trotzkismus.

In ihrer "Arbeiterzeitung" Nr. 10, S. 11 steht zu lesen: "Die KPdSU hat erst recht nach dem Tode Lenins Fehler begangen, und es waren und sind unseres Wissens gerade die Revisionisten, die an diesen Fehlern eine weit über das Ziel hinausschießende, der Sache des Sozialismus schädende Kritik seit dem XX. Parteitag der KPdSU geübt haben. (Kritik des "Stalinismus"!)" Natürlich, unsere "KAB"-Clique ist ein großer und entschlossener Verfechter der "Freiheit der Kritik", aber bitte nicht übers Ziel hinausschießen!

Wird an dieser Stelle der "Stalinismus" dezent und mit Bedacht noch in Anführungszeichen gesetzt, so fällt in Nr. 14 S. 11 von "Unser Weg" auch dieses Feigenblättchen: Mit offen diffamatorischer Absicht wird hier wie in der antikommunistischen bürgerlichen und revisionistischen Presse von der "Ära des Stalinismus" gesprochen. Etwas später wird die junge marxistisch-leninistische Bewegung in Westdeutschland und in Westberlin charakterisiert als "breite Skala, vom Anarchisten bis zum Stalinisten". Auf derselben Seite äußern die Gelehrten vom "KAB", daß Stalin "bis zu seinem Tod maßlos vergöttert" wurde, wobei sie sich nunmehr ganz offen der Sprache und der Worte des Renegaten Chruschtschow bedienen! Warum und von wem Stalin so sehr verehrt wurde, nämlich vom Proletariat der Sowjetunion und vom Proletariat und den Völkern der ganzen Welt, und eben wegen seiner großartigen Verdienste um die Verteidigung der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion im Kampf gegen den Revisionismus eines Trotzkis, Bucharin, Sinowjew usw., diese Frage stellt sich diesen Herren gar nicht. Für sie als Trotzkisten ist es schon schlimm genug, daß es so war.

Und natürlich ist es auch die Meinung dieser Leute, daß "die zu Lebzeiten Stalins eingeleitete bürgerliche Restauration in der Sowjetunion" von den modernen Revisionisten lediglich auf eine "qualitativ neue Stufe" gehoben wurde. (ebenda) Hier werden welthistorische Vorgänge mit der Borniertheit bürgerlicher Geschichtsklitterer be-

schrieben, d. h. verschleiert. Diese Leute verleugnen nicht nur den Demokratischen Zentralismus als Organisationsform aller Revolutionäre, sie lenken auch davon ab, daß die Geschichte der Menschheit bisher nichts anderes war als die Geschichte von Klassenkämpfen. Die Usurpierung der Macht in Partei und Staat durch die neue und alte Bourgeoisie nach dem Tode Stalins geht für diese Leute bruchlos aus der Diktatur des Proletariats hervor, die für eine ganze Generation von Arbeitern in der ganzen Welt durch die hervorragenden revolutionären Leistungen der KPdSU unter Führung des großen Marxisten-Leninisten Genossen Stalin verkörpert wurde und für alle Zeiten verkörpert wird.

Für die Herren vom "KAB" hingegen ist die Beseitigung der Herrschaft des Proletariats und die Wiedererrichtung der Diktatur der Bourgeoisie durch die modernen Revisionisten nichts weiter als eine "qualitativ neue Stufe" der Diktatur des Proletariats. Die unerhörte Verschärfung des Klassenkampfes in der KPdSU nach dem Tode Stalins, der mit dem vorläufigen Sieg der bürgerlichen Linie und der gewaltsamen Niederrückung des Proletariats endete, ist für die "KAB"-Clique genau wie für die bürgerliche Vernebelungspresse nichts weiter als ein "Gruppenkampf", in dem sich einige Diadochen um die Nachfolge ihres Herren raufen!

Ganz folgerichtig ist auch der vorläufige Sieg der bürgerlichen Linie in einer Reihe von kommunistischen Parteien nach Stalins Tod und insbesondere nach dem XX. Parteitag und die Niederrückung der Kommunisten in diesen Parteien nicht Ausdruck von Klassenkämpfen, sondern lediglich "Ausdruck des schlechten Zustandes, in dem sich die meisten kommunistischen Parteien schon zur Zeit des XX. Parteitages befanden." Und worauf beruhte dieser "schlechte Zustand" dieser Parteien? Ist er etwa zurückzuführen auf den Kampf zweier Linien in diesen Parteien, der vorläufig mit der Niederlage der proletarischen Linie endete? Nein, weit gefehlt! Was diese Parteien "sturmreif" für den modernen Revisionismus machte, das war nach Ansicht dieser "KAB"-Clique (wie könnte es anders sein!) der Mangel an "Freiheit der Kritik"!

Die "KAB"-Clique ist der Ansicht, man solle mit der Kritik an dem Genossen Stalin nicht übers Ziel schießen. Das, was sie als das Ziel einer solchen Kritik ansehen, ist bereits erreicht, wenn sie den Nachweis geführt haben, daß die glorreiche Partei Lenins und Stalins unter der Leitung dieser großen Führer der Arbeiterbewegung nichts anderes war als der entartete Stammvater seiner entarteten Söhne, nämlich der modernen Revisionisten. Das sieht dann bei diesen Leuten so aus: "Da die Sowjetunion das erste und damals einzige sozialistische Land war, schien die Solidarität jede noch so berechtigte Kritik an der Entwicklung der Sowjetunion, an der KPdSU usw. zu verbieten. ■ gab nur zwei Lager, das kapitalistische und das sozialistische, und wer die Sowjetunion oder die KPdSU kritisierte, stand schon "auf der anderen Seite der Barrikade". Diese Methode haben die Revisionisten nicht erfunden, sondern nur verfeinert und perfektioniert." ("Unser Weg" Nr. 14, S. 11) Von Lenin und Stalin führt der gerade Weg für diese Leute nicht zu Mao-Tse-Tung, sondern zu der revisionistischen Chruschtschow-Kossygin-Breschnjew-Clique. Liebe Leute vom "KAB": es gibt auch heute nur zwei Lager, nämlich das des Proletariats, des Sozialismus und der um ihre Befreiung kämpfenden Völker auf der einen Seite, und das der Feinde der ganzen

Menschheit, der Imperialisten aller Schattierungen auf der anderen Seite. Ihr tut gerade so, als wenn es heute vier oder fünf Läger gäbe, wo ihr noch nicht recht wißt, für welches ihr euch entscheiden solltet. Nein, liebe Leute, für Kommunisten gilt auch heute: "Wer nicht dieseits der Barrikade steht, steht jenseits, ein Dazwischen gibt es nicht. Der Platz zwischen oder über den Fronten des Klassenkampfes ist nichts anderes als der Platz der bürgerlichen Kommentatoren, der "freien Kritiker", die sich in Wirklichkeit längst entschieden haben.

Ihr kennt doch "Was tun?" so gut, daß ihr es bei jeder Gelegenheit im Munde führt? Also, sehen wir uns an, was Lenin in dieser Schrift zu dieser Frage sagt: "...so kann die Frage nur so stehen: bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mitteilend gibt es hier nicht (denn eine "dritte" Ideologie hat die Menschheit nicht geschaffen, wie es überhaupt in einer Gesellschaft, die von Klassen-gegensätzen zerfleischt wird, niemals eine außerhalb der Klassen oder über den Klassen stehende Ideologie geben kann). Darum bedeutet jede Herabminderung der sozialistischen Ideologie, jedes Abschwenken von ihr zugleich eine Stärkung der bürgerlichen Ideologie."

Und das genau tut die "KAB"-Clique mit ihrer Verunglimpfung des Genossen Stalin. Halten wir dem gegenüber, wie diese wichtige Frage vom proletarischen Standpunkt aus zu behandeln ist und wie es von der korrekten und ruhmreichen KPCh in vorbildlicher und klarer Weise ausgedrückt wird: "Die Kommunistische Partei Chinas ist seit jeher der Ansicht, daß Stalin einige Fehler begangen hat. Diese Fehler haben ihren ideologischen Ursprung, sie haben auch ihrer sozialhistorischen Ursprung. Es ist notwendig, die von Stalin tatsächlich begangenen Irrtümer von einem korrekten Standpunkt aus und mit korrekten Methoden zu kritisieren, nicht aber Fehler, die ihm grundlos angeschrieben werden. Wir sind aber seit jeher gegen eine unrichtige Kritik an Stalin, die von einem falschen Standpunkt aus durch eine falsche Methode geübt wird... Die Verdienste und Fehler im Leben Stalins sind objektive historische Tatsachen. Doch sind seine Verdienste im Vergleich mit seinen Fehlern größer. In der Hauptsache hatte Stalin recht, seine Fehler sind sekundär." (2. Kommentar) Die Hauptsache, das ist eben, daß Genosse Stalin nie den Standpunkt des Proletariats verlassen hat! Wer sich das Recht anmaßt, von "Stalins Fehlern" zu reden, der muß erst mal dafür sorgen, daß über seine überragenden Verdienste keinerlei Zweifel bestehen, gerade heute, wo sein Name durch die geschlossene Front der Imperialisten und Sozialimperialisten besudelt wird und wo es gerade bei uns mit dem Namen Stalins die Sache des Proletariats zu verteidigen und hochzuhalten gilt.

Nein, diese "KAB"-Trotzkisten stellen die Dinge aufs Hinterhältigste auf den Kopf, wenn sie so tun, als wären die modernen Revisionisten mit ihrer "Kritik" an dem Genossen Stalin "übers Ziel hinausgeschossen". Es war vielmehr überhaupt nicht ihre Absicht, den Genossen Stalin zu kritisieren, sondern ihn nach seinem Tode noch zu liquidieren! Und warum? Weil er "Fehler" gemacht hat? Nein, weil er für die neue und alte Bourgeoisie der UdSSR sowie für die Bourgeoisie der ganzen Welt das Schrecklichste verkörpert, was diese Verbrecherbande sich vorstellen kann: nämlich ihren eigenen schmachvollen Untergang, das Ende ihrer Ausbeuterherrschaft, die Diktatur des Proletariats.

Aber das sowjetische Proletariat und das ganze sowjetische Volk und das Proletariat und die Völker der ganzen Welt haben erfolgreich dafür gesorgt, daß diese Pläne der Bourgeoisie, den großen Marxisten-Leninisten Genossen Stalin zu liquidieren, vereitelt wurden. Mit dem, was die "KAB"-Clique als "Stalinkritik" ins Proletariat tragen wollte, entlarvten sie sich offen als Trotzkistenhaufen und machten sich ganz offen zu Vollzugsorganen der allerdings zum Scheitern verurteilten Pläne der Imperialisten aller Schattierungen.

VII. Der "KAB" Hamburg verharmlost den modernen Revisionismus und arbeitet ihm damit in die Hände

Wir haben bereits gesehen, wie für die "KAB"-Trotzkisten die Usurpierung der Macht in Partei und Staat durch die modernen Revisionisten und die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion bereits von der KPdSU unter der Leitung des Genossen Stalin, oder genau genommen schon unter Lenins Leitung eingeleitet wurde. Der Renegat Chruschtschow unterscheidet sich für die "KAB"-Clique von dem großen Marxisten-Leninisten Stalin nur durch ein noch größeres Quantum an Fehlern und nicht in erster Linie dadurch, daß Stalin konsequent den Standpunkt und die Interessen des Proletariats vertrat, während der Renegat Chruschtschow den Standpunkt und die Interessen der alten und neuen Bourgeoisie vertrat. Wie gesagt: Bruchlos geht für die "KAB"-Clique die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion nach Stalins Tod über in... Ja, in was geht sie über? Daraus macht die "KAB"-Clique ein großes Problem, und in dieser Frage versuchen diese Leute die größte Verwirrung anzustiften.

Auf der einen Seite konstatieren sie richtig, daß in der Sowjetunion nach Stalins Tod die bürgerliche Restauration... von der Chruschtschow-Gruppe offen eingeleitet und daß der "Kapitalismus restauriert wurde". Weiter sehen sie sich zu der richtigen Feststellung gezwungen, daß die besten Kräfte des sowjetischen Proletariats von den modernen Revisionisten niedergedrückt und viele hunderttausende von Funktionären der KPdSU, die sich der bürgerlichen Restauration in den Weg zu stellen versuchten, noch vor dem XX. Parteitag aus der Partei ausgestoßen wurden. Und natürlich können sie auch nicht verleugnen, daß dies alles nicht hätte geschehen können, ohne daß "die Diktatur des Proletariats faktisch beseitigt wurde". (alle Zitate "Arbeiterzeitung" Nr. 6, S. 6)

Auf der anderen Seite preisen sie dem Proletariat die heutige Sowjetunion und die vom Sozialimperialismus unterdrückten und ausgebeuteten Länder als "sozialistisches Lager" an, wobei sie wahllos das Wort "sozialistisch" einmal mit, einmal ohne Gänsefüßchen schreiben (die sollen bei ihnen immer andeuten, daß sie schon wissen, daß da etwas nicht ganz stimmt, aber sagen tun sie's dann trotzdem).

Der Sozialimperialismus wird von ihnen wie von den modernen Revisionisten als "der wichtigste Garant des Friedens, der Sicherheit und des gesellschaftlichen Fortschritts" gefeiert, lediglich die Fähigkeit, das alles so umfassend und weltweit zu garantieren wie die Revisionisten behaupten, daran haben sie ihre Zweifel. Die revisionistische DKP-These, daß die Sowjetunion unter ihren heutigen Machthabern "die Hauptkraft des Kampfes gegen den Imperialismus" sei, finden sie nicht etwa falsch, weil die Sowjetunion selber von den modernen Re-

visionisten in eine imperialistische Großmacht umgekehrt wurde, sondern weil eine solche Einschätzung eine "überhebliche, geringschätzige Einstellung gegenüber den nationalen Befreiungsbewegungen wie auch gegenüber dem Kampf der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern" beinhalte. ("Arbeiterzeitung" Nr. 10, S. 10) Es geht den "KAB"-Trotzkisten eben nicht darum, der Arbeiterklasse klar zu machen, daß die Revisionisten den Zielen der kommunistischen Weltbewegung und dem Marxismus-Leninismus abgeschworen und sich auf die Seite der Bourgeoisie geschlagen haben. Vielmehr wollen sie den Arbeitern einreden, daß die Revisionisten lediglich etwas übertreiben, ähnlich wie bei ihrer "Kritik" an den "Fehlern Stalins".

Dieselbe Verwirrung versuchen sie in der Frage der DDR zu verbreiten. Einerseits sind sie auch hier zur Feststellung gezwungen, daß das Proletariat in der DDR die Diktatur erst wieder erkämpfen muß ("Die 'Super'-Linken" S. 16). Aber das Nichtvorhandensein der Diktatur des Proletariats in der DDR hindert sie wiederum nicht daran, an anderer Stelle dieselbe DDR den Arbeitern als sozialistisches Land anzupreisen ("Arbeiterzeitung" Nr. 10, S. 2). Das ist der pure Opportunismus, den die "KAB"-Clique in der Bewegung verbreiten möchte. Als echte Trotzkisten versuchen sie sich eben nach allen Seiten ein Türchen offenzuhalten für alle Fälle, falls der Wind wechseln und für sie dann wieder ein Farbwechsel erforderlich werden sollte.

Man kann sich vorstellen, wie das aussieht, wenn diese Leute vor der Aufgabe stehen, dem Proletariat die konkreten Erscheinungsformen der Klassenkämpfe in den vom Sozialimperialismus unterdrückten Ländern zu erläutern.

Die Arbeiteraufstände in Polen im Winter 1970/71 können diese Leute nicht begreifen als Ausdruck der sich verschärfenden Klassenwidersprüche. Den eigentlichen Grund sehen sie vielmehr darin, "weil Parteiführung und Regierung unfähig waren, ihre Politik in Diskussion und Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse zu gestalten." Wie überall halten sich die "KAB"-Leute auch hier an die Oberfläche der Dinge, um diese als ihr Wesen auszugeben. Die Frage nach der Ursache, nach dem Klasseninhalt der Dinge wird erst gar nicht gestellt.

Die angebliche "Ausstrahlungskraft des Sozialismus", die sich die Revisionisten so gerne vorlügen, wird nach Ansicht des "KAB"-Klüngel nicht etwa in erster Linie dadurch eingeschränkt, daß es sich überhaupt nicht mehr um sozialistische Länder handelt, sondern etwa in Polen unter dem Druck des Sozialimperialismus der Kapitalismus und die Diktatur der Bourgeoisie restauriert wurden. Den Hauptmangel sieht die "KAB"-Clique vielmehr darin, daß "zwar nach den blutigen Zusammenstößen sehr scharfe Kritik an der Gomulka-Führung geübt wurde, aber offenbar niemand von Bedeutung in der polnischen Partei der Arbeit Einsicht, Mut und Gelegenheit hatte, diese Kritik rechtzeitig zu entwickeln". ("Arbeiterzeitung" Nr. 10 S. 11) Natürlich, das kennen wir schon von diesen Leuten: Alle Irrtümer und Niederlagen der Arbeiterbewegung sind nach Ansicht dieser kleinbürgerlichen Clique darauf zurückzuführen, daß es angeblich keine "Freiheit der Kritik" gab.



Noch krasser kommt der "oberflächliche Charakter" dieser "KAB"-Clique in ihrer "Arbeiterzeitung" Nr. 3 S. 13 zum Ausdruck. Da liest man voll Erstaunen in einer Zeitung, die immerhin ein K auf der Titelseite trägt: "Es ist allerdings schmerzlich, daß in der VR Polen die Entfremdung zwischen Partei und Arbeiterklasse einen solchen Punkt erreicht hat, daß es zu den provozierenden Preiserhöhungen und den anschließenden Aktionen der Arbeiter kam. Diese Vorgänge gehen aber eindeutig zu Lasten der revisionistischen Führung der PVAP, und nicht der Arbeiterklasse." Ja, Leute, woher kommt denn diese "Entfremdung"? Doch wohl daher, weil die revisionistischen Führer den kapitalistischen Weg gegangen sind, die Diktatur des Proletariats zerstört haben und keine Vertreter der Arbeiterklasse mehr sind, sondern Vertreter der neuen und alten Bourgeoisie, mit dem Sozialimperialismus im Rücken, dessen Statthalter sie sind! Und woher kommen diese "bedauerlichen Vorgänge"? Von den Preiserhöhungen und weil sie mit den Arbeitern nicht "diskutiert" waren? Nein, die polnische Arbeiterklasse erhob sich gegen die zunehmende Ausbeutung und Unterdrückung durch den Sozialimperialismus und seine Erfüllungshelfer in Polen, wovon die Preiserhöhungen lediglich ein besonders spektakulärer Ausdruck waren! Man kann diesen "KAB"-Leuten am Ende noch dankbar sein, daß sie diese Arbeiteraufstände "eindeutig" den revisionistischen Machthabern anlasten, und nicht der Arbeiterklasse, wie sie uns "eindeutig" versichern. Aber daß sie hier "eindeutig" für das Proletariat Partei ergreifen, ist nicht Ausdruck eines proletarischen Standpunktes, sondern Ausdruck ihrer trotzkistischen Ablehnung von Führung überhaupt.

Weiter ist in demselben Artikel zu lesen: "Was die Arbeiter wollen, ist nicht mehr Macht für ihre Direktoren, sondern eine Verbesserung ihrer Lebenslage. Was das angeht, sind die Arbeiter mit Recht skeptisch." Und warum sind sie "mit Recht skeptisch"? "Die westdeutschen Imperialisten sehen den Moment gekommen, unter Ausnutzung der wirtschaftlichen und innenpolitischen Krise in der VR Polen lang gehegte Wünsche zu verwirklichen." Richtig. Aber kein Wort hört man davon, wodurch dem westdeutschen Kapital dieser Vormarsch ermöglicht wird. Es lag ja doch mindestens zeitlich nahe, die polnischen Arbeiteraufstände mit dem imperialistischen Vertrag von Moskau in Zusammenhang zu bringen. Dessen erstes sichtbares Ergebnis war es ja doch, daß dem polnischen Volk vom westdeutschen Imperialismus und dem Sozialimperialismus in schönem Einvernehmen der imperialistische Warschauer Vertrag aufgezwungen wurde!

Wir nehmen indessen nicht an, daß die polnischen Arbeiter "skeptisch" sind, wie ihnen die "KAB"-Clique unterstellt. Vielmehr sind wir überzeugt, daß sie den Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung durch den Sozialimperialismus für nationale Unabhängigkeit und Souveränität entschlossen fortsetzen und der Diktatur der neuen und alten Bourgeoisie in ihrem Land durch die Wiedererrichtung der des Proletariats ein baldiges Ende machen werden.

Wir haben bei der Behandlung der Arbeiteraufstände in Polen in unserer kommunistischen Arbeiterzeitung vom Februar 1971 einen schwerwiegenden Fehler gemacht, weil wir die VR Polen nicht als ein vom Sozialimperialismus unterdrücktes Land kenntlich gemacht haben. Aber auch dabei haben wir uns nie so weit verirrt, daß wir wie der "KAB" von der VR Polen als einem sozialistischen Land gesprochen hätten; andererseits haben wir diesen schweren Fehler

inzwischen öffentlich korrigiert, während der "KAB" unbelehrbar auf seinen Irrlehren besteht. Im Übrigen können Fehler von Kommunisten nur von Opportunisten zur Rechtfertigung des Opportunismus verwendet werden.

Die Ereignisse in der CSSR werden von der "KAB"-Clique ebensowenig auf der Grundlage der Erfordernisse des Klassenkampfes behandelt wie die Arbeiteraufstände in der VR Polen. Vielmehr folgen sie auch hier ganz und gar der Argumentationsweise der bürgerlich-liberalen Presse, wenn sie bedauern, daß durch den Überfall des Sozialimperialismus auf die CSSR bei den Arbeitern und anderen Werktätigen in den kapitalistischen Ländern der Eindruck erweckt worden sei, daß dieser "Sozialismus" (hier setzen sie das Wort mal wieder in Anführungszeichen) "ebenso wenig wie der Kapitalismus in der Lage zu sein scheint, innere Widersprüche anders als durch terroristische Unterdrückung der Volksmassen zu lösen." ("Arbeiterzeitung" Nr. 10, S. 11) Wir sehen: Nicht nur die Gründungserklärung dieser Leute hat einen "oberflächlichen Charakter". Diese Leute sehen überhaupt nur die äußerlichste Oberfläche der Dinge, um diese für ihr Wesen auszugeben und damit die Dinge auf den Kopf zu stellen: Den Sozialimperialismus, der sich einen sozialistischen Anstrich gibt, um sein kapitalistisches Wesen zu verbergen, versuchen sie als "Sozialismus mit einigen Macken" auszugeben!

Was ist nun letzten Endes die Antwort der "KAB"-Leute auf die Usurpierung der Macht in Partei und Staat durch die modernen Revisionisten, auf die Beseitigung der Diktatur des Proletariats und die Restauration des Kapitalismus durch die neue und alte Bourgeoisie in der Sowjetunion sowie auf die Umwandlung der ehemals sozialistischen Länder Osteuropas in vom Sozialimperialismus unterdrückte und ausgebeutete Länder? Ist die Antwort des "KAB" etwa die der Kommunisten, daß nämlich diese neue Diktatur der Bourgeoisie in der heutigen Sowjetunion gestürzt, die osteuropäischen Länder und die Mongolische Volksrepublik vom Joch des Sozialimperialismus befreit und die Diktatur des Proletariats wiedererkämpft werden muß? Weit gefehlt! Die Antwort, die die "KAB"-Trotzkisten dem Proletariat auf diese äußerst wichtigen Fragen der Weltrevolution einreden will, lautet: "Kritik notwendig!" "Aufgabe der Kommunisten ist, allen

derartigen Verleumdungen (der ehemals sozialistischen Länder durch die Imperialisten, der Verf.) entgegenzutreten. Das muß aber auch die notwendige Kritik an Vorgängen und Entwicklungen einbeziehen, die mit dem Sozialismus unvereinbar sind." ("Arbeiterzeitung" Nr. 10, S. 11)

Das also ist nach Ansicht der "KAB"-Clique der Kern des Revisionismus: Weil er jede Kritik im Keim zu ersticken versucht, schadet er der Sache des Sozialismus. So geht das nicht, liebe Leute. Wer den Einmarsch in der CSSR oder die Arbeiteraufstände in Polen als Schönheitsfehler ansonsten sozialistischer Staaten behandelt und nicht als Ausdruck des Kampfs von Klasse gegen Klasse, der sinkt unweigerlich auf das analytische Niveau bürgerlicher Kommentatoren herab. Nicht diese oder jene "Vorgänge und Entwicklungen" in den Ländern Osteuropas sind "mit dem Sozialismus unvereinbar", sondern ihr Wesen: Die Klassenherrschaft, die Diktatur der neuen und alten Bourgeoisie! Nicht die "Freiheit der Kritik" ist für das Proletariat und die Völker in den ehemals sozialistischen Ländern Osteuropas und in der Mongolischen Volksrepublik die Hauptfrage, sondern die Befreiung vom Joch des Sozialimperialismus, der Sturz der Herrschaft der neuen und alten Bourgeoisie und die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats!

Die "KAB"-Trotzkisten reden und reden auf das Proletariat ein. Aber gerade das, was das Proletariat wissen mußte, um seinen Kampf entschlossen und konsequent zu führen, wenn es zu diesen Fragen kommt, dann verbreiten sie nur blauen Dunst und kleinbürgerliche Irrlehren. Etwas in bezug auf die Klassenkämpfe Nutzliches hat das westdeutsche Proletariat von diesen Leuten noch nie erfahren, im Gegenteil: Ihr ganzes pseudowissenschaftliches Geschwätz hat ganz offenbar nur einen Zweck, nämlich die Arbeiterklasse zu verwirren und zu spalten und von den zentralen Aufgaben des Klassenkampfes abzulenken.

So ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß der "KAB" auch in der Frage der "Ostverträge" jede klare Stellungnahme zu verhindern und äußerste Verwirrung anzustiften versucht. Auch hier greifen die "KAB"-Leute wie in den meisten Fragen einige Argumente der Marxisten-Leninisten auf, aber nur zu dem einen Zweck, um vom Wesen, vom Klasseninhalt der Dinge nur umso wirkungsvoller abzulenken.

Richtig stellen sie fest, daß es sich vom Standpunkt des westdeutschen Kapitals aus um nichts anderes als um eine Fortsetzung des "Kalten Krieges" mit anderen Mitteln, aber den alten imperi-

Anm.

Es ist keine ernsthafte Form der Auseinandersetzung, wenn die Münchner Genossen glauben machen wollen, wir wüßten nicht, daß der Revisionismus das Produkt von Klassenkämpfen ist.

Die tatsächliche Meinungsverschiedenheit ist, daß wir die Einschätzung der SU usw. als "kapitalistisch" bzw. "sozialimperialistisch" nicht teilen. Eine solche Einschätzung stützt sich bis heute nicht auf Analysen.

Das Privateigentum an den Produktionsmitteln als wesentliches Merkmal kapitalistischer Produktionsverhältnisse existiert dort nicht. Die "neue Bourgeoisie" ist in ihrer Klassenlage nicht mit der herkömmlichen Bourgeoisie identisch. Aus der Tatsache, daß es sich eben nicht um kapitalistische

Länder handelt, erklärt sich auch, warum z. B. in der DDR die Arbeiterklasse immer noch eine Reihe großartiger sozialer Errungenschaften zu verteidigen hat. - In der Konsequenz wäre es verheerend, wenn wir die Widersprüche zwischen den Herrschenden der BRD und der DDR als innerimperialistische Widersprüche behandeln würden.

Andererseits wäre es irreführend, diese Länder als "sozialistisch" zu bezeichnen. Wir gehen davon aus, daß die "neue Bourgeoisie" den kapitalistischen Weg geht, d. h. schrittweise zu den Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Marktes, der Ausbeutung der Arbeitskraft usw. zurückgeht.

alistischen Zielen handelt. Sie sehen sich auch zu der Feststellung gezwungen, daß die Machthaber der heutigen Sowjetunion mit dem westdeutschen Imperialismus über die Köpfe der betroffenen Völker hinweg imperialistische Abmachungen treffen, insbesondere unter Übergehung der souveränen Rechte der DDR, "als wäre die DDR ein Protektorat der Sowjetunion". "Noch trauriger" finden sie es unter diesen Umständen, "daß Walter Ulbricht sich dazu hergab, die Verträge der BRD mit der Sowjetunion und der VR Polen als 'Garantie für den Frieden in Europa' anzupreisen". (Alle Zitate aus "Arbeiterzeitung" Nr. 2, S. 2/3)

Auch hier bleibt die "KAB"-Clique wieder einmal bei den Erscheinungsformen stehen, um somit das Wesen der Dinge wieder mal auf den Kopf zu stellen. Diese Leute können nicht über die alleroffenstichlichsten Tatsachen hinweggehen, daß die Machthaber der heutigen Sowjetunion die DDR als "Protektorat" behandeln, daß der Sozialimperialismus mit dem westdeutschen Imperialismus Geschäfte auf Kosten der Völker Osteuropas macht, daß der ehemalige Kommunist Walter Ulbricht sich als Handlanger für diese imperialistischen Anschläge hergibt. Aber wie bei dem Überfall des Sozialimperialismus auf die CSSR oder den Arbeiteraufständen in Polen versuchen die "KAB"-Leute diese Tatsachen als einzelne Punkte hinzustellen, die zu kritisieren sind, weil sie "eigentlich mit dem Sozialismus unvereinbar" seien. Das Wesentliche, daß sich nicht nur die Expansionsmethoden des westdeutschen Kapitals vorübergehend geändert haben, sondern auch seine Verhandlungspartner die eben jetzt nicht mehr die Interessen des Proletariats, sondern die Interessen der neuen und alten Bourgeoisie der heutigen Sowjetunion vertreten, das verschweigen sie auch hier, ebenso daß Walter Ulbricht, der einmal ein großer Führer der Arbeiterklasse war, längst zu einem den bürgerlichen Weg gehenden Statthalter des Sozialimperialismus entartet ist.

So dient das ganze schlaumeieriiche Gerede dieser Leute nur dazu, das westdeutsche Proletariat davon abzulenken, daß es sich bei den "Ostverträgen" um die Abmachungen zweier imperialistischer Mächte handelt, die keineswegs dem Frieden und der Sicherheit in Europa dienen können, mit denen vielmehr der Sozialimperialismus und der westdeutsche Imperialismus sich den Rücken frei machen wollen, um ihren aggressiven Großmachtplänen in anderen Weltgegenden nur umso ungezügelter nachgehen zu können und um die Hände noch freier zu haben zur Verschärfung der Unterdrückung und Ausbeutung der eigenen Volksmassen und der Volksmassen der von ihnen unterdrückten und bevormundeten Länder. Die Rückenbedeckung der Machthaber der heutigen Sowjetunion für die Aggression der indischen Truppen gegen Pakistan ist für die weitreichenden imperialistischen Kriegspläne des Sozialimperialismus nur ein Beispiel. Daß die "Ostverträge" dem Sozialimperialismus auch ganz besonders dazu dienen, sich den Rücken frei zu machen für seine aggressiven Pläne gegenüber der VR China, das verschweigen diese "KAB"-Trotzkisten ebenfalls vollständig. Hier wie in vielen anderen Fragen entlarven sie sich also als Feinde der VR China und offene Handlanger des Sozialimperialismus. Ganz offen und unverhohlen ins Fahrwasser des Revisionismus und des Kapitalantentums vor den Anschlägen und Betrugsmänschern der Imperialisten versucht die "KAB"-Clique das westdeutsche Proletariat zu steuern, indem sie die Dinge so hinzu-

stellen versucht als seien die "armen" Machthaber der heutigen Sowjetunion lediglich auf das Friedensgespräch der SPD-Regierung hereingefallen, als seien die ganzen Verrätereien der Machthaber der heutigen Sowjetunion gegenüber den Völkern Osteuropas und gegenüber dem sowjetischen Volk nur darauf zurückzuführen, daß sie sich von der SPD-Regierung reinlegen ließen! Liebe Leute, mit solchen Vernebelungsaktionen wird ganz offen die Schwächung des bewußten Elements in der Arbeiterklasse betrieben. Wer die sozialimperialistischen Machthaber der heutigen Sowjetunion derart zu verharmlosen versucht, wer von den Verrätereien und den Anschlägen des modernen Revisionismus derart abzulenken versucht, der steht wie eh und je, mögen die "KAB"-Leute noch so sehr darüber zetern, schon auf der anderen Seite der Barrikade.

VII. Der "KAB" Hamburg lenkt vom Kampf gegen den modernen Revisionismus im eigenen Land ab

Wir haben gesehen: Der "KAB" findet tausend Ausflüchte, wenn es darum geht, seinen Standpunkt innerhalb der nationalen kommunistischen Bewegung durch programmatische Festlegungen unzweideutig zu bestimmen. Und wir haben gesehen, daß er der internationalen kommunistischen Bewegung gegenüber in genau derselben Weise eine Art "neutralen" Standpunkt beziehen möchte, der ihm die "Freiheit der Kritik" nach allen Seiten offenhält, der aber natürlich nichts anderes sein kann als der Standpunkt der Bourgeoisie. Man kann sich vorstellen, daß es auch bei ihrer Kritik an der DKP in keiner Weise darum geht, das Wesen, den Klasseninhalt dieser neuen Sozialdemokratie offenbar zu machen, sondern vielmehr darum, von eben diesem Wesen mit sehr viel Getue abzulenken und sich auch hier für alle Fälle ein trotzkistisches Türchen offenzuhalten.

Nicht daß sie an der DKP nichts zu kritisieren hätten. Ihre Kritiksucht findet ja überall etwas zu kritisieren, wie wir gesehen haben. Aber ihre ganze "Revisionismuskritik" bleibt wie zu Zeiten der antiautoritären Studentenbewegung eben in der Kritik der Phänomene stecken, wie es ja von ihrem idealistischen Standpunkt aus (vergl. ihre "Stalinkritik"!) garnicht anders möglich ist. Wie in den vom Sozialimperialismus unterdrückten Ländern entdecken unsere "KAB"-Kritiker auch bei der DKP und in ihrem Programm einige Einzelheiten, die "eigentlich" mit dem Sozialismus "unvereinbar" sind. Aber was sind das für "Marxisten-Leninisten", die es bei der Kritik einiger Fehler dann bewenden zu lassen, ohne die Frage nach dem Klasseninhalt dieser Fehler überhaupt erst zu stellen?

In ihrer "Arbeiterzeitung" Nr. 10, S. 4 ist zu lesen: "Was sie in Wirklichkeit tun, ist: Verwirrung stiften, um die entscheidenden Dinge herumreden, Illusionen verbreiten!" Sicher, das tut die DKP. Aber ist das die ganze Wirklichkeit, die das Proletariat kennen muß, um den modernen Revisionismus im eigenen Land in seiner ganzen Gefährlichkeit zu erkennen und entsprechen zu bekämpfen? Nichts hört man beim "KAB" davon, daß es sich beim modernen Revisionismus um die für das Proletariat gegenwärtig gefährlichste Spielart der bürgerlichen Ideologie handelt, um einen neuen Versuch der Bourgeoisie, die fortschrittlichsten Teile des Proletariats und des ganzen Volkes von der Notwendigkeit des gewaltsamen Sturzes der Bourgeoisie abzulenken; auch nichts davon, was die Arbeiter befähigen würde, die DKP als neue Sozialdemokratie zu durchschauen und zu bekämpfen, die das Erbe

der 2. Internationale angetreten hat, und natürlich auch nichts davon, daß die DKP darüberhinaus im internationalen Maßstab die Speerspitze des Sozialimperialismus in unserem Land ist, die z. B. eine ihrer Hauptaufgaben darin sieht, mit demagogischen Täuschungsmanövern das Proletariat für die imperialistischen "Ostverträge" zu begeistern.

Es ist klar, daß eine solche "Revisionismuskritik" nicht zur Klärung der Kampfaufgaben des Proletariats beiträgt, sondern zu ihrer Verwischung und Verzerrung, daß das nicht die Methode ist, den Gegner im Klassenkampf kenntlich zu machen, sondern ihn zu verharmlosen und ihm den Weg zu ebnet.

Wo man bei dieser "KAB"-Clique hinfällt, nichts als Hohlheit, Ausflüchte und unverbindliche Phrasen! Da posaunen sie (der Mode mehr als der Einsicht folgend, wie wir gesehen haben) großartig in die Welt hinaus, daß man die Stellung zur VR China "getrost als Prüfstein" verwenden soll. Hätten sie das nur mal bei ihrer Revisionismuskritik getan! Dann hätten sie z. B. ohne viel Mühe herausgefunden, daß es die DKP neben ihrem Eintreten für die "imperialistischen Ostverträge" auch noch als eine ihrer Hauptaufgaben ansieht, die VR China und die ruhmreiche KPCh mit allen Mitteln der Verleumdung und der Demagogie und der Volksverhetzung vor dem westdeutschen Proletariat in den Schmutz zu ziehen und das westdeutsche Proletariat und das ganze Volk mit allen Mitteln gegen die KPCh als Hauptkraft der kommunistischen Weltbewegung aufzustacheln und auf einen imperialistischen Überfall des Sozialimperialismus auf die VR China vorzubereiten!

Aber das hätte ja geheißen, den Standpunkt der "kritischen Wissenschaften" zu verlassen und sich in die weltweite Kampffront gegen den Imperialismus aller Schattierungen ohne Wenn und Aber einzureihen und dem Proletariat vollständige Klarheit über diese Kampffront zu verschaffen. Aber weder um das eine, noch um das andere ist es diesen "KAB"-Trotzkisten wie allen Trotzkisten jemals gegangen. Verwirrung und Spaltung und konterrevolutionäre Umtriebe aller Art, das sind die Spuren, die den Weg der Trotzkisten in der Geschichte der Arbeiterbewegung kennzeichnen.

IX. Das Wesen der "KAB"-Clique ist durch und durch bürgerlich

Wie tief verfangen diese Leute in ihrer kleinbürgerlichen Ideologie sind, dafür bietet ihre "Arbeiterzeitung" Nr. 7 (S. 12) ein Paradebeispiel. Sie versuchen hier, die 1. Mai-Lösungen des SALZ Hamburg gegen den Vorwurf des Ökonomismus zu verteidigen, indem sie darauf hinweisen, daß es da ja auch Lösungen gab wie "Schluß mit der konzertierten Aktion", "Kampf dem arbeiterfeindlichen BVG, freie gewerkschaftliche und politische Betätigung im Betrieb! Aufhebung des KPD-Verbots, gegen Verfolgung aller demokratischen Kräfte, Kampf dem Faschismus" u. a. Ihre bürgerliche Ideologie hängt ihnen als so undurchdringlicher Vorhang vor den Augen, daß sie noch nicht einmal merken, daß sie hier keineswegs den proletarischen Standpunkt, sondern den bürgerlichen verteidigen, und das mit äußerst großen Eifer. Im übrigen sind nach unserer Ansicht die 1. Mai-Forderungen 1971 des SALZ Hamburg weitestgehend korrekt. Ob einzelne Lösungen aber politisch oder ökonomisch sind

! dafür ist nicht entscheidend, ob sie einen politischen oder ökonomischen Inhalt haben, sondern einzig und allein die Politik derjenigen Organisation, die diese Lösungen vertritt. All die angeführten Lösungen weisen von sich aus noch keineswegs über den Kampf für die wirtschaftlichen und politischen Interessen innerhalb des Kapitalismus hinaus und fallen daher sehr wohl, wenn man sie als solche betrachtet, unter das, was Lenin als "Ökonomismus" oder an anderer Stelle als "Arbeiterpolitik" bezeichnet hat.

Die "KAB"-Leute meinen, wenn sie den Staat in ihre Forderungen einbeziehen, so sei das schon politisch. Nun ja, das stimmt ja auch. Aber es gibt eben Politik und Politik, nämlich eine bürgerliche Politik und eine proletarische Politik. Die Ökonomen haben es in der Tat noch nie abgelehnt, sich mit Forderungen an den Staat zu wenden, verblieben damit aber dessen ungeachtet in den Fesseln bürgerlicher Politik. Bürgerliche "Arbeiterpolitik" ist eben deshalb "Ökonomismus", weil sie sich nur gegen die Folgen oder "Auswüchse" der politischen Unterdrückung der Arbeiterklasse wendet, weil sie sich lediglich zum Ziel setzt, "daß der Staat diese oder jene Maßnahme ergreift, die den mit ihrer Lage verbundenen Nöten abhelfen, aber diese Lage selbst nicht beseitigen, d.h. die Unterordnung der Arbeit unter das Kapital nicht aufheben." ("Was tun" II b) Proletarische Politik unterscheidet sich von bürgerlicher "Arbeiterpolitik" nicht dadurch, daß sie umfangreichere Forderungen aufstellt oder sich an den bürgerlichen Staat wendet, sondern ganz einfach dadurch, daß der Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats ihr erklärtes Ziel ist, dem sie alles andere unterzuordnen hat. Oder wie Lenin an gleicher Stelle ausdrückt: Die Sozialdemokratie leitet nicht nur den Kampf der Arbeiterklasse für günstigere Bedingungen des Verkaufs ihrer Arbeitskraft, sondern auch den Kampf für die Aufhebung der Gesellschaftsordnung, die die Besitzlosen zwingt, sich an die Reichen zu verkaufen. ("Werke I, S. 158: Politischer Kampf des Proletariats ist eben nicht gleichbedeutend mit der Durchsetzung einzelner Forderungen gegenüber dem bürgerlichen Staat; der politische Kampf des Proletariats ist vielmehr nichts anderes als der Kampf des Proletariats für den Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, dem Weg zum Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung.

So finster ist es also vor den Augen dieser Leute, daß sie sich, um den Vorwurf des Ökonomismus zu widerlegen, sich der Argumente der Ökonomen bedienen! Dabei haben diese Genossen "Was tun?" ganz bestimmt wie gesagt von vorn nach hinten und von hinten nach vorn mit Fleiß durchstudiert. Nun, das beweist nur einmal mehr, wie wenig es nützt, wenn Bürgerliche sich ohne Anleitung von Kommunisten die proletarische Wissenschaft "aufzuarbeiten" versuchen. Sie schauen und schauen, und finden in den Büchern doch nichts anderes als ihr eigenes Spiegelbild.

So haben die "KAB"-Leute auch ganz sicher mit großem Eifer das Kommunistische Manifest gelesen. Das hindert sie indessen in keiner Weise daran, von ihrem idealistischen Standpunkt aus bürgerliche Geschichtsklitterei zu betreiben wie wir gesehen haben, obwohl doch im Manifest klipp und klar zu lesen steht: "Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen." Und die Lektüre des Kommunistischen Manifestes hindert sie auch nicht daran, wieder und immer wieder mit großem Ernst zu verkünden, daß die Kommunisti-

sche Partei ihre Politik unter die Interessen des Proletariats unterordnen müsse. So etwa nachzulesen in den "Super-Linken" S. 3: "Das Proletariat braucht eine Kommunistische Partei, die ihre Politik in Unterordnung unter die Interessen ihrer Klasse bestimmt und durchführt." Für eine Partei der Kleinbürger, wie sie dem "KAB" vorschwebt ist das eine durchaus nützliche Forderung. Die Kommunistische Partei der Arbeiterklasse allerdings hat keine von den Gesamtinteressen der Klasse abweichende Interessen, bringt diese vielmehr erst voll zum Ausdruck und zur Geltung. Heißt es doch schon im Manifest über die Kommunisten: "Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennte Interessen." (II, 3. Absatz) Offensichtlich lehnen diese "KAB"-Leute die Grundwahrheiten des Marxismus, des Leninismus und der Mao-tsetungsideen schon mal von vornherein und aus Prinzip ab, um nicht in den Verdacht des "blinden Nachtrabs" und des Verzichts auf "Freiheit der Kritik" zu geraten. Unterordnung unter die Interessen der Klasse heißt ja im Munde dieser Trotzlisten nichts anderes als die Ablehnung der Spontaneität der Massen, Ablehnung der führenden Rolle der Partei, Liquidierung des Wissenschaftlichen Sozialismus, Liquidierung der Kommunistischen Partei bolschewistischer Prägung und damit in letzter Konsequenz Verleugnung der historischen Mission der Arbeiterklasse.

Genossen, halten wir dem Zerrbild einer Kommunistischen Partei, das die "KAB"-Trotzkisten unter den Massen und in der kommunistischen Bewegung verbreiten möchte, die großartigen Leitsätze des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale entgegen, der noch unter der Leitung Lenins stattfand:

"Die Kommunistische Partei ist ein Teil der Arbeiterklasse, und zwar der fortgeschrittenste, klassenbewußteste und deshalb revolutionärste Teil. Die Kommunistische Partei entsteht durch die Auslese der besten, klassenbewußtesten, selbstlosesten, weitblickendsten Arbeiter. Die Kommunistische Partei hat keine von den Interessen der Arbeiterklasse verschiedenen Interessen. Die Kommunistische Partei unterscheidet sich von der gesamten Masse der Arbeiter dadurch, daß sie den ganzen geschichtlichen Weg der Arbeiterklasse überhaupt und an allen Wendepunkten dieses Weges nicht die Interessen einzelner Gruppen, einzelner Berufe, sondern die Interessen der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit verteidigt. Die Kommunistische Partei ist jener organisatorisch-politische Hebel, mit dessen Hilfe der fortgeschrittenste Teil der Arbeiterklasse die gesamte Masse des Proletariats und Halbproletariats auf den richtigen Weg führt."

Das genuine Gegenstück zu der Verachtung der "KAB"-Clique für die Arbeiterklasse, ihre Geschichte, ihre Wissenschaft, ihre Organisationen und ihre Führer ist ihr ausgesprochen warmherziges Verhältnis zu den Anarchisten, wie sie heute unter der irreführenden Bezeichnung "RAF" von sich reden machen und der Monopolbourgeoisie willkommenen Vorwand liefern, um die Bürgerkriegsvorbereitungen gegen die sich zunehmend wieder erhehende Arbeiterklasse zu beschleunigen. Die "KAB"-Clique meint, diesen Arbeiterfeinden geschehe Unrecht, wenn man sie beim Namen nennt: "Fest steht, daß die Bezeichnung 'Anarchisten' unter den gegebenen Umständen einen ausgesprochen diffamatorischen Charakter hat." ("Arbeiterzeitung Nr. 9, S. 4 Wie bei ihnen üblich, versucht sie die Frage zu vernebeln, statt sie zu klären: "Es ist nicht ganz klar, welche Kriterien dem zugrundeliegen, außer gewisser Ähnlichkeit einiger Kampfformen." Als

wenn diese verzweifelten und wild gewordenen Kleinbürger der Arbeiterklasse nicht altbekannt und die Kriterien für sie erst noch zu erforschen wären!

Wie alle Fragen wird auch die Frage der RAF von der "KAB"-Clique von ihren Erscheinungsformen und nicht vom Klasseninhalt her behandelt. Sie untersuchen die "Kampfformen" der Anarchisten, ohne die einzige Frage zu stellen, die hier Klarheit bringen kann, nämlich die, wem diese Kampfformen nützen oder schaden. Sie analysieren "unvoreingenommen" "Theorie und Praxis" der RAF, ohne mit einem Wort zu erwähnen, welchen Schaden solche Leute der Arbeiterklasse zufügen können, wie die Geschichte der Arbeiterbewegung gezeigt hat. Und es gehört schon völlige Blindheit und Gleichgültigkeit gegenüber den Interessen der Arbeiterklasse dazu, dem Proletariat zu verschweigen, welch unermeßlichen Schaden diese Abenteuerer und Provokateure auch heute noch in der Arbeiterbewegung anrichten können, wenn sie Einfluß in den Betrieben gewinnen würden.

Statt aber die Arbeiterklasse über das kleinbürgerliche Wesen dieser Anarchistenbanden aufzuklären und sie gegen ihren Einfluß zu wappnen, statt der Anbiederei dieser Leute eine klare Abfuhr zu erteilen, werden sie von der "KAB"-Clique noch als "Genossen" tituliert, als "Teil der kommunistischen Bewegung" akzeptiert und einer "solidarischen Kritik" gewürdigt! Ja, es geht noch weiter: Die kleinbürgerlich-defaitistische Darstellung der gegenwärtigen Situation in Westdeutschland durch die "RAF", die die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse und des Volkes vollständig leugnet und diesen irreführten Leuten nur zur Rechtfertigung ihres arbeiterfeindlichen Abenteuerturns dienen soll, wird von den "KAB"-Trotzkisten lobend hervorgehoben: "Das gibt ... die aktuelle Situation der Klassenkämpfe und von daher der kommunistischen Bewegung in der BRD zutreffend wieder."

ANMERKUNG

Was es beim augenblicklichen Stand des Vorgehens der Bourgeoisie und ihres Staates gegen die Kommunisten bedeutet, eine kommunistische Gruppe öffentlich damit zu diffamieren, sie habe ein "ausgesprochen warmherziges Verhältnis zu den Anarchisten", brauchen wir wahrscheinlich nicht einmal den ABG-Führern zu erläutern. Wahrscheinlich haben sie solche Formen des "politischen Kampfes" bei ihren neuen Freunden, den Führern des Tübinger "KAB/ML", gelernt: diese beschuldigten bei der Spaltung im Frühjahr 1970 die Hamburger und Mannheimer Genossen, sie hätten sich mit kriminellen Elementen zusammengetan.

In unserer Haltung zur "RAF" sind wir von zwei Grundsätzen ausgegangen: 1. daß der bürgerliche Terror auch dann zu entlarven ist, wenn er sich gegen Exponenten der kleinbürgerlichen Revolte richtet, und daß es 2. nutzlos und schädlich wäre, sich darauf zu beschränken, den objektiv provokatorischen Charakter von Gruppierungen wie der "RAF" zu entlarven. Daß es vielmehr darauf ankommt, sie in ihren politischen Vorstellungen zu entlarven, die ABG München dagegen haben die "RAF" auf dem Niveau "fortschrittlicher" Polizei-Präsidenten und sozialdemokratischer Zeitungen angegriffen, sie haben sogar die "RAF" aufgefordert, sich der Polizei zu stellen! (KAZ München). Damit überholten sie noch KONKRET von rechts und landeten direkt beim Appell von Bönnisch in der BILD!

Einen willkommenen Dienst konnten die "KAB"-Trotzkisten den Demagogen der Monopolbourgeoisie und der Sozialdemokratie von SPD und DKP bei ihrer zunehmenden Kommunistenhetze nicht erweisen, als daß sie diesen Herren als "Kommunistischer Arbeiterbund" Schwarz auf Weiß bestätigen, daß sie ganz Recht daran tun, die Kommunisten und Anarchisten in einen Topf zu werfen!

Genossen vom SALZ Hamburg, vom SALZ Bremerhaven, vom KB/ML Eutin, vom KB/ML Flensburg, vom SALZ Frankfurt, von der KAG Oldenburg! Diese Analyse eures "Kommunistischen Bundesgenossen" ist unvollständig. Insbesondere haben wir nicht behandelt die vielsagende Geschichte dieser Mellenthin und Co., die ja bei der Gründung der Gruppe "Roter Morgen" mitgemischt haben, später im KAB(ML) auftauchten und ihr Unwesen trieben und die dann nach Hamburg zogen, um hier ihr Trotzkistennest einzurichten. Aber es geht ja hier nicht um ein Portrait dieser Leute, sondern um die Bloßstellung ihres Wesens, und dazu hoffen wir hiermit einen Beitrag geleistet zu haben: Das Geschäft dieser Herren ist und war es nie, das Wesen des Kapitalismus zu enthüllen und die Kampfaufgaben des Proletariats zu klären. Ihr Geschäft ist es, um das Wesen der Dinge herumzureden und alle Fragen nach Kräften zu vernebeln. Ihr Geschäft ist es nicht, die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Bewegung, sondern ihre Aufweichung und Spaltung, nicht der Wiederaufbau der Kommunistischen Partei, sondern seine Verhinderung, nicht der Kampf für die Diktatur des Proletariats, sondern für die Verlängerung der Diktatur der Bourgeoisie: Ihre Sache ist nicht die der Arbeiterklasse, sondern die der Bourgeoisie. Sie versuchen sich in die Arbeiterbewegung einzuschleichen, nicht um den proletarischen Standpunkt zu vertreten, sondern um ihren kleinbürgerlichen Klassenstandpunkt in der Arbeiterklasse zu verbreiten. Der Marxismus-Leninismus ist für diese trotzkistischen Elemente nur ein Mäntelchen, das sie sich der Mode folgend umwerfen, um ihr wahres Wesen zu verbergen.

Wir haben oben von dem Widerwillen und der Verachtung gesprochen, die diese Leute gegenüber der Arbeiterklasse empfinden. Ob diese Leute von der Großen Russischen Oktoberrevolution sprechen oder von der Großen Chinesischen Revolution, ob sie von dem großen Führer der kommunistischen Weltbewegung Genossen Stalin sprechen oder von der Geschichte der KPD, nirgends können sie ihre tiefe Verachtung und ihren Widerwillen gegenüber der großartigen Geschichte der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung und gegenüber den großen Führern der Arbeiterklasse vollständig verbergen.

Wer meint, daß wir mit dieser Einschätzung "über's Ziel schießen", der braucht sich nur mal ihre "Revisionismuskritik 3" durchblättern, wo sich die "KAB"-Clique dazu herabläßt, die "Entwicklung der KPD nach 1933" zu beschreiben. Niemand käme bei der Lektüre dieses finsternen Machwerkes auf die Idee, daß die Kommunistische Partei die besten Kräfte der Arbeiterklasse in sich vereinte und daß die Lehren, die wir heute aus dieser Geschichte ziehen können, dem heldenhaften Kampf ebendieser KPD und der Millionen Proletarier zu verdanken sind. Lehren, für die Millionen Proletarier mit ihrem Leben bezahlt haben. Vielmehr schrumpft die Geschichte der KPD in der Schreibmaschine dieser Trotzkistenbande zusammen zu einem einzigen Siegeszug des Opportunismus und des Revisionismus, der in der Zerstörung der KPD durch die mo-

dern Revisionisten nach 1956 und in der Gründung der revisionistischen DKP seine logische Erfüllung fand. Die überragende Bedeutung des 7. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale ist für diese Leute nichts anderes und nichts weiter als ein "Meilenstein des Revisionismus". Grund genug für diese "freie Kritik" der "KAB"-Clique ist es, daß einzelne vollständig korrekte Thesen des 7. Weltkongresses heute von den modernen Revisionisten aus dem Zusammenhang gerissen und auf den Kopf gestellt werden. Der entschlossene und heldenhafte Kampf der KPD gegen den Faschismus fand für die "KAB"-Clique seinen "konkreten Ausdruck" unter anderem "in der Parole der Ulbricht-Liech-Gruppe vom 'Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften', die nur dazu geeignet war, hunderte fortschrittliche Arbeiter zusätzlich den faschistischen Mördern ans Messer zu liefern, aber keinerlei praktischen Nutzeffekt hatte."

Diese unverschämte Verleumdung der Genossen Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck und des 7. Weltkongresses hindert diese opportunistische Trotzkisten-Clique wiederum nicht daran, das berühmte Wort desselben Wilhelm Pieck auf denselben 7. Weltkongreß an anderer Stelle als Beweismittel zu verwenden: "Solange wir nicht an die Stelle der bürgerlichen Demokratie die proletarische Demokratie, die Diktatur des Proletariats setzen können, ist das Proletariat daran interessiert, sich jedes Stück bürgerlicher Demokratie zu erhalten, und benutzt es, um die Massen auf die Überwindung der Kapitalistenherrschaft, auf die Errichtung der proletarischen Demokratie, vorzubereiten."

Der aufopferungsvolle und vorbildliche Kampf der KPD unter den äußerst schwierigen Nachkriegsbedingungen findet bei den "KAB"-Kritikern auch keine freundlicheren Zensuren. Erst als sie irgendwie begründen müssen, warum die Bourgeoisie sich seit 1950 verstärkt gezwungen sah, die Illegalisierung der KPD und schließlich ihr Verbot voranzutreiben, um ihre reaktionären Pläne zu verwirklichen, lassen sich die "KAB"-Leute zu einer einzigen kleinen positiven Äußerung herab, nämlich daß sich die KPD "als aktive Kraft" im Kampf gegen die Wiederaufrüstung erwiesen habe. ("Revisionismuskritik 3", S. 9) Nun ja, das werden selbst die reaktionärsten bürgerlichen Geschichtsschreiber kaum verkennen können. Und daß die ganze Arbeitergeschichte, insbesondere aber die Geschichte der KPD, angeblich nichts weiter ist als eine Abfolge von Irrtümern, Versagen, Niederlagen, Verrat und Schlimmerem, darin werden sich die "KAB"-Leute wie alle Trotzkisten mit den bürgerlichen Geschichtsklitterern von vornherein einig sein.

X. DAS LIQUIDATORISCHE TREIBEN DES "KAB" HAMBURG IN DER AKTIONSEINHEIT

Es entspricht ganz und gar dem Wesen und der Geschichte dieser Mellenthin & Co., daß sie der Aktionseinheit zur Metalltarifrunde 1971 keineswegs beitraten, um sie zu stärken und zum Erfolg zu führen, sondern um sie zu schwächen und zu liquidieren. Während es unsere Absicht war, mit anderen Organisationen zusammen, die wir für fähig hielten, eine solche Aktionseinheit mitzutragen, die Aktionseinheit für die bevorstehenden Klassenkämpfe zu wappnen, sahen es die "KAB"-Leute von Anfang an als ihre Hauptaufgabe an, die Aktionseinheit zu spalten und zu sabotieren. Von Anfang an taten sie, als wäre es eine der großen ungeklärten Fragen des Marxismus-Leninismus, was unter einer Aktionseinheit zu verstehen sei. Ihre wichtig-

sten Fragen waren "Ist die Aktionseinheit nicht mehr als sie scheint, oder scheint sie nicht unter Umständen mehr als sie ist?"

Die schlichte Tatsache, daß eine Aktionseinheit nicht mehr und nicht weniger ist als

1. ein Bündnis auf Zeit
2. zu einem bestimmten und begrenzten Zweck, in diesem Fall also
 1. für die Zeit der Metalltarifrunde
 2. zur Festlegung eines gemeinsamen Vorgehens während der Tarifrunde,

diese denkbar klare und einfache Frage, die oben drein in dem von den Arbeiter-Basis-Gruppen vorgelegten Papier zur Tarifrunde korrekt und klar dargelegt wurde, die wurde nun von der "KAB"-Clique in eindeutiger Absicht auf hochintellektuelle Weise "problematisiert", und zwar mit dem einzigen Zweck, größtmögliche Verwirrung zu stiften und die ersten Ansätze einer einheitlichen Führung im Keim zu zerstören. Die große Begeisterung, mit der der Plan eines gemeinsamen Vorgehens auf nationaler Ebene während der Metalltarifrunde von vielen Zirkeln aufgenommen und unterstützt wurde, wurde von den "KAB"-Trotzkisten nicht geteilt, sondern war für sie nur Anlaß, sich opportunistisch anzuhängen und einzuschleichen, um für alle Fälle einen Fuß in der Tür zu haben und ihren spaltenden Plänen nur umso wirkungsvoller nachgehen zu können. Wozu brauchte dieses Trotzkistenhäuflein auch eine Aktionseinheit zur Tarifrunde? Sie arbeiteten weder an einem Betrieb, noch machten sie planmäßige Propaganda und Agitation an einem Betrieb, noch haben sie irgendwo im Betrieb oder in Stadtteilen eine Gruppe aufgebaut, für die Aktionseinheit von praktischem Nutzen sein konnte. Diese Kathedermarxisten hatten halt nicht das Problem vieler isoliert arbeitender und auf sich gestellter Zirkel, selbständig und ohne die Anleitung durch eine korrekte kommunistische Partei in der Tarifrunde ihren Genossen und Freunden im Betrieb und in den Gewerkschaften und der ganzen Arbeiterklasse in ihrem Bereich möglichst klare und den Stand der kommunistischen Bewegung entsprechende Richtlinien zu geben. Während nun die anderen Zirkel von dem Wunsch besesselt waren, den Kampf gemeinsam und geschlossen zu führen und die Arbeit durch solidarische Kritik und gegenseitige Unterstützung zu verbessern, hatte die Aktionseinheit für diese "KAB"-Clique überhaupt nur die Bedeutung eines erweiterten Aktionsraums für ihre doppelzüngigen Manöver und ihre hinterfotzigen Anschläge.

Und so verfahren sie dann auch. Jede kleinste Schwankung, jede Schwierigkeit, jede kleinste Unsicherheit in der Aktionseinheit oder bei ihren Mitgliedern kam diesen Leuten gerade recht, um sie sofort wie schon öfters in ihrer Geschichte als

Hebel für Liquidation und Spaltung zu verwenden. Erst schrien sie Zeter und Mordio, angeblich weil wichtige Fragen, in denen zwischen den verschiedenen Organisationen noch keine Einigkeit herrschte, in der Plattform ausgeklammert blieben. Als wenn sie nicht gewußt hätten, daß es eben das Wesen von Aktionseinheiten ist, daß wichtige Fragen ausgeklammert bleiben, von denen man von vornherein weiß, daß hier Einigkeit im Moment nur durch "Prinzipien-schacher" zu erzielen wäre. Im übrigen kommt es wohl auf den Standpunkt an, ob man die Plattform als Minimal- oder als Maximalprogramm auffaßt. Vom Standpunkt der allgemeinen Bewegung war sie ein Minimalprogramm, insofern sie die Einheit auf höchstmöglicher Ebene herzustellen

versuchte. Vom Standpunkt entwickelterer Zirkel aus hingegen war sie ein Minimalprogramm, dessen Sinn es keineswegs sein konnte, der allseitigen Entfaltung der kommunistischen Tätigkeiten irgendwelche Fesseln anzulegen.

Als die "KAB"-Clique mit ihrem ersten Anschlag keinen Erfolg hatte, lauerte sie auf eine neue Gelegenheit, die sich alsbald bot: Sie versetzte die Aktionseinheit in die größte Aufregung durch die Parole, das seien ja gar keine "kommunistische" Gruppen, wie es im Vorwort zur Präambel hieß!

Während nun die Plattform längst zur Richtschnur des praktischen Handelns vieler Zirkel in der Tarifrunde geworden war und von diesen schöpferisch in die Praxis umgesetzt wurde, hatte die "KAB"-Clique, die ja wie gesagt gar nicht an Handeln dachte und daher auf Richtlinien auch leicht verzichten konnte, nichts Wichtigeres zu tun, als an unbedeutenden oder sowieso längst geklärten Punkten der Plattform rumzukritikeln und rumzudoktern und in die längst angelaufene Kampagne der einzelnen Gruppen an den Betrieben möglichst noch nachträglich Verwirrung und Unsicherheit hineinzutragen. Wir kennen das ja inzwischen: "Freiheit der Kritik" ist für diese Leute nicht das Gegenstück zu Einheit der Aktion und einheitlicher Führung und überhaupt nicht ein Prinzip unter anderen, die sich im voll entfalten demokratischen Zentralismus gegenseitig bedingen, sondern ein Prinzip an sich, das keinerlei Einschränkung duldet; es hat für die "KAB"-Leute etwa dieselbe Bedeutung wie für die "antiautoritäre" Studentenbewegung das "Lustprinzip" und ist mit diesem auch nah verwandt, erhebt es doch die Prinzipienlosigkeit zum alles beherrschenden Prinzip.

Daß es der "KAB"-Clique auf diese Weise am Ende doch noch gelungen ist, die Verwirrung in der Aktionseinheit derart anzuheizen, daß sie schließlich organisatorisch auseinanderbrach, rechnen sich diese Leute natürlich als großen Erfolg an. Immerhin haben sie ja damit ihrer Meinung nach den Beweis erbracht, daß es mit Programm auch nicht besser geht als ohne. (vergl. "Unser Weg" Nr. 14, S. 23/24)

Freilich können wir es nicht dabei bewenden lassen, den organisatorischen Zusammenbruch der Aktionseinheit dem Liquidatorischen Treiben einiger Trotzkisten anzulasten. Die eigentliche Ursache für den "großen Erfolg" dieses "KAB"-Klüngels müssen wir vielmehr sehen in den Mängeln, den großen Mängeln, die die Arbeit der Kommunisten heute noch aufweist, darin, "daß die damaligen Sozialdemokraten nicht imstande waren, den dringenden Erfordernissen des Augenblicks gerecht zu werden, da es ihnen an revolutionärer Erfahrung und praktischer Schulung gebrach." (Lenin in "Was tun?" im Rückblick auf das Zirkelwesen vor 1900). Und Lenin fährt fort: "Selbstverständlich fällt es uns nicht ein, diese mangelnde Schulung den damaligen Führern zum Vorwurf zu machen. Um aber die Erfahrungen der Bewegung auszunutzen und aus diesen Erfahrungen praktische Lehren zu ziehen, muß man sich über die Ursachen und die Bedeutung dieses oder jenes Mangels volle Rechenschaft geben."

Rückblickend fällt es nicht allzu schwer, diese Ursache zu erkennen: Die Frage der Führung wurde von den beteiligten Zirkeln auf die leichte Schulter genommen. Statt sich nach den Prinzipien des Demokratischen Zentralismus auf der Grundlage der gemeinsamen Plattform eine klare und einheitliche Führung zu schaffen, ließen sich die Zirkel oben-

drein zu einer prinzipienlosen Aufnahmepolitik der Aktionseinheit verleiten, die nicht nur denjenigen den Beitritt ermöglichte, die damit die Aktions-einheit und die kommunistische Bewegung und damit ihre eigene Arbeit verbessern und stärken wollten, sondern auch denjenigen, die das Gegenteil bezweckten. Damit wurden auch Zirkel zugelassen, die den Mitgliedern nicht oder nur dem einen oder anderen ausreichend bekannt waren. Es ist klar, daß durch die nachlässige Behandlung der Frage der einheitlichen Führung auf der Grundlage der Plattform sowie durch die prinzipienlose Aufnahmepolitik Provokateuren, Liquidatoren und offenen Agenten Tür und Tor geöffnet wurde.

Mit etwas mehr "revolutionärer Erfahrung und praktischer Schulung" hätte man sich zum Beispiel erst mal die Frage gestellt, was ein trotzkistischer Intellektuellenklüngel wie der "KAB" überhaupt auf einer Aktionseinheit zur Metalltarifrunde vorhaben mag, und ihn eben so schnell, wie er herein-kam, wieder rausgeworfen. Aber andererseits hätte die "KAB"-Clique nicht so erfolgreich wüten können, wenn sich nicht einige Zirkel als noch schwankend und ungesichert in ihrer Linie erwiesen hätten.

So reichten die Vorarbeiten und die "revolutionäre Erfahrung und praktische Schulung" der Kommunisten bereits aus für die Einsicht in die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens zur Metalltarifrunde, und auch für eine vorantreibende gemeinsame Erklärung zu dieser Tarifrunde, nicht aber zu einer festgefügtten Aktionseinheit aller marxistisch-leninistischen Zirkel unter einheitlicher Führung auf der Grundlage dieser Erklärung, die den Anschlägen trotzkistischer Spaltpläne wie der "KAB"-Clique bereits gewachsen gewesen wäre.

Stellen wir also fest: Der "KAB"-Clique und ihren Gesinnungsgenossen ist es gelungen, die Aktionseinheit, organisatorisch zu Fall zu bringen. Aber ist die Aktionseinheit damit auch politisch gescheitert? Nein, im Gegenteil: Die Aktionseinheit hat in vielen Zirkeln die Begeisterung geweckt oder verstärkt für das große Ziel, die lokale und regionale Begrenztheit tatkräftig zu überwinden unter Ausnutzung aller vorhandenen Möglichkeiten und alles zu tun, um den Wiederaufbau der Partei voranzutreiben. Die Begeisterung vieler Zirkel, die der Plan eines gemeinsamen Vorgehens in der Tarifrunde hervorrief, ist ein lebhaftes Zeugnis der zunehmenden Reife der noch jungen wiedererstarkenden kommunistischen Bewegung in unserem Land. Und nicht zuletzt hat die Plattform weit über die direkt beteiligten Zirkel hinaus ihre Funktion als kommunistische Richtlinie für die Klassenkämpfe im Rahmen der Metalltarifrunde erfüllt und vielen isoliert arbeitenden jungen Kommunisten oder Zirkeln für ihre Arbeit im Betrieb und in den Gewerkschaften die feste Grundlage für ein korrektes kommunistisches Vorgehen in der Tarifrunde geboten. Damit leistete die Aktionseinheit zugleich einen wirkungsvollen Beitrag zur Zurückdrängung von Abweichungen und Irrlehren aller Art auf nationaler Ebene, insbesondere der modernen Revisionisten und der "linken" Sektierer. Zugleich hat die Anwendung der Plattform als Richtlinie die Praxis vieler junger Zirkel erleichtert und bereichert und damit ihren Teil geleistet, um weit über die Aktionseinheit hinaus die "revolutionäre Erfahrung und praktische Schulung" junger Kommunisten zu erweitern. Weiterhin sind viele Zirkel gestärkt für ihre Aufgaben im Rahmen des Wiederaufbaus der kommunistischen Partei, gestärkt für die nächste Aktionseinheit. Denn Aktions-

einheiten werden auch weiterhin ein wichtiges Bindeglied darstellen zwischen regionalen und nationalen Wiederaufbau der Partei, bevor wir in der Lage sein werden, die Schaffung des nationalen Zentrums und des zentralen Organs auf die Tagesordnung zu setzen, von dem aus dann der einheitliche und planmäßige Wiederaufbau der Partei in Angriff genommen werden kann.

Bei vielen Teilnehmern der Aktionseinheit zur Metalltarifrunde 1971 herrschte noch große Unsicherheit darüber, was unter einer Aktionseinheit zu verstehen ist. Um es Provokateuren und Liquidatoren vom Schlage eines Mellenthin und Co in Zukunft zu erschweren, schon allein dadurch die größte Verwirrung zu stiften, daß sie Ziel und Zweck und Charakter von Aktionseinheiten auf den Kopf stellen, scheint es uns nützlich, die Prinzipien von Aktionseinheiten hier noch einmal in aller Kürze festzuhalten:

1. Aktionseinheiten unter kommunistischen Organisationen eines Landes sind nur denkbar und möglich in der besonderen Situation, wo die kommunistische Partei noch nicht oder noch nicht wieder besteht und sich erst noch erweisen muß, welche Gruppen wirkliche Kräfte für den Wiederaufbau der kommunistischen Partei, also kommunistische Gruppen sind.
2. Aktionseinheiten unter kommunistischen Organisationen sind wie andere Aktionseinheiten auch Bündnisse auf Zeit zur Durchführung einer bestimmten Aufgabe, und zwar auf der Grundlage der organisatorischen und politischen Selbstständigkeit der einzelnen Organisationen. Aktionseinheiten sind also keine organisatorisch-politischen Zusammenschlüsse.
3. Die Kommunisten bilden Aktionseinheiten ausschließlich, weil es die Klassenkämpfe erfordern, d.h. um den praktischen Anforderungen der Bewegung besser zu entsprechen. Der Klassenkampf des Proletariats erfordert aber in jeder Phase die weitestmögliche Zusammenfassung der verschiedenartigen Formen der proletarischen Bewegung, die Einheit der Führung der einzelnen Kampftruppen des Proletariats, die konzentrierte Agitation und Propaganda, die die verschiedenen Phasen des Kampfes von einem einheitlichen Standpunkt beleuchtet.
4. Aktionseinheiten können unter Kommunisten nur hergestellt werden in Fragen, die schon vor der Bildung einer Aktionseinheit eindeutig und unmissverständlich in den und unter den einzelnen Organisationen geklärt sind. Die Aktionseinheit ist kein Kongreß, auf den die Kommunisten zusammenkommen, um strittige oder noch nicht geklärte Fragen zu erörtern, sondern die Aktionseinheit hat ein organisatorischer Hebel zu sein, mit dessen Hilfe der fortgeschrittenste Teil der Arbeiterklasse das Proletariat möglichst umfassend in einem gegebenen Augenblick von zentraler Stelle aus auf eine bestimmte Aufgabe der gesamten Klasse konzentriert.
5. Die Aktionseinheit unter Kommunisten kann nur auf der Grundlage eines Aktionsprogramms gebildet werden, das alle Fragen, die die Aktionseinheit betreffen, auf das konkreteste und exakteste bestimmt. Das Aktionsprogramm muß alle anstehenden Fragen des Kampfziels umfassen, zu dessen Erreichung die Aktionseinheit gebildet werden soll. Denn nur so kann sichergestellt werden, daß eine einheitliche Führung an den verschiedenen Stellen des Klassenkampfes auf einer einheitlichen Grundlage erfolgt.
6. Richtschnur des Handelns der einzelnen Organisationen der Aktionseinheit von kommunistischen Or-

ganisationen ist wie bei jeder Aktionseinheit das Aktionsprogramm. Der Inhalt und der Zweck der Aktionseinheit, der festgelegt ist im Programm, bestimmt auch die Teilnahme und Auslese der Organisationen, die in dieser bestimmten Frage des Klassenkampfes die Voraussetzungen erfüllen, um nach diesem gemeinsamen Programm vorgehen zu können.

7. Die Kommunisten sehen auch in einer Aktionseinheit eine Kampfform im Klassenkampf. Sie vertreten daher auch in der Aktionseinheit das Prinzip der Einheit der Aktion, die nur gewährleistet werden kann durch die Einheit der Führung

auf der Grundlage des gemeinsamen Aktionsprogramms. In einer wenig entwickelten Form der Aktionseinheit wird die Einheit der Führung lediglich durch die Unterordnung der Teilnehmer unter das gemeinsame Aktionsprogramm repräsentiert, in einer entwickelteren Form wird die Einheit der Führung repräsentiert durch ein gemeinsames Aktionskomitee.

8. Aktionseinheiten zwischen kommunistischen Organisationen sind kein Parteiersatz, sondern können vielmehr lediglich dazu beitragen, mit Voraussetzungen zum Wiederaufbau der kommunistischen Partei zu schaffen. Aktionseinheiten unter kommunistischen Organisationen lokaler oder regio-

ner Ebene können niemals die allseitigen Aufgaben der Kommunistischen Partei wahrnehmen, sie sind auch, wie gesagt, kein organisatorisch-politischer Zusammenschluß, sondern sie sind eine notwendige organisatorische Form in der Phase der noch weitgehenden Zersplitterung der kommunistischen Kräfte, die es diesen ermöglicht, in einzelnen Erscheinungsformen des Klassenkampfes gemeinsam zu handeln. Somit tragen aber Aktionseinheiten auch mit dazu bei, diejenigen Kräfte zu prüfen und herauszubilden, die wirkliche Kräfte zum Wiederaufbau der Partei sind.

Führen wir entschlossen den Kampf gegen alle Spielarten des Einflusses der bürgerlichen Ideologie in unseren eigenen Reihen!

Stärken wir die lokalen und regionalen Zirkel durch die korrekte Anwendung der Lehren des Marxismus, des Leninismus und der Mao Tse-Tung-Ideen!

Verstärken wir durch ideologische Auseinandersetzung insbesondere zwischen den sich herausbildenden kommunistischen Zentren sowie durch solidarische Konsultationen sowie durch Aktionseinheiten in wichtigen Fragen der praktischen Bewegung unsere Anstrengungen, um beschleunigt diejenigen Kräfte zu prüfen und herauszubilden, die die wirklichen Kräfte für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei sind und zu Trägern des nationalen Zentrums und des zentralen kommunistischen Organs werden können als Voraussetzung für den einheitlichen und planmäßigen Wiederaufbau der Kommunistischen Partei auf nationaler Ebene.



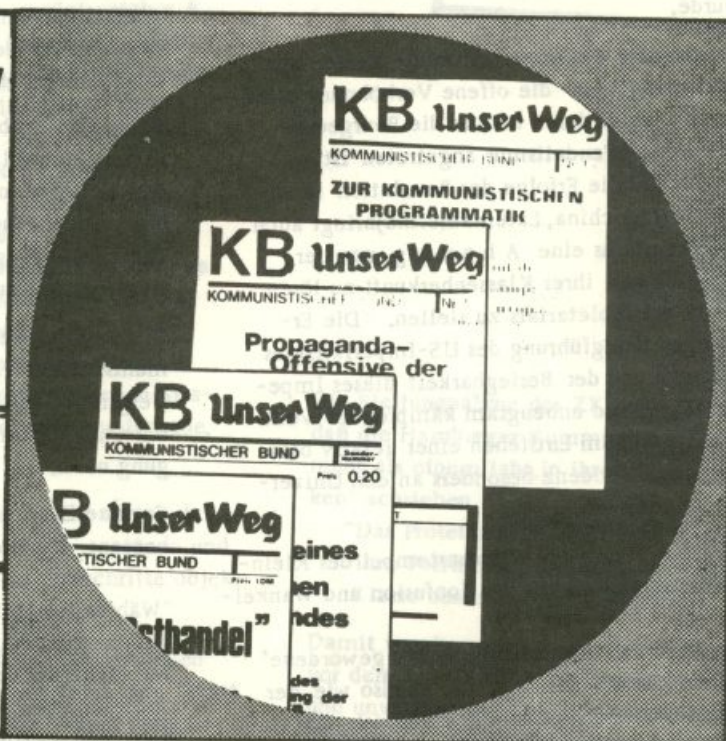
**JETZT
BESTELLEN!**

★ ★ ★ **Unser Weg** ★ ★ ★
Zeitschrift des KB zu
Fragen der Arbeiterbewegung

Im Abonnement DM 4,20
(6 Ausgaben incl. Porto)
zu beziehen über

VERLAG ARBEITERKAMPF
J. Reents
2000 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Zahlung bitte im Voraus
auf das Postscheckkonto
Hamburg 240 595 J. Reents



Stellungnahme der Redaktion und der Leitung des KB

Imperialismus ist faulender Kapitalismus. Eine Widerspiegelung davon ist die tiefe wirtschaftliche, soziale und kulturelle Krise des Kleinbürgertums. Der extremste Ausdruck dieser Krise ist die massenhafte Mobilisierbarkeit des Kleinbürgertums gegen das Proletariat, wie es im Faschismus am offenkundigsten Realität wurde.

Der allgemeine Niedergang des Imperialismus - gerade auch der moralische Niedergang, d.h. die offene Verhöhnung aller "menschlichen Werte", unter deren Banner die Bourgeoisie einmal zum Sturm auf den Feudalismus angetreten ist - dieser Niedergang also und die Erfolge der Revolution in anderen Teilen der Welt (Indochina, Lateinamerika) bringt auch in Teilen des Kleinbürgertums eine **Ahnung** von der Möglichkeit hervor, sich von ihrer Klassenherkunft zu lösen und sich auf die Seite des Proletariats zu stellen. Die Erfahrung der barbarischen Kriegführung des US-Imperialismus in Südostasien einerseits und der Besiegbarkeit dieses Imperialismus durch ein tapfer und unbeugsam kämpfendes Volk andererseits hat wesentlich zum Entstehen einer relativ breiten anti-imperialistischen Tendenz besonders an den Universitäten und Schulen beigetragen.

Aber diese Bewegung trägt auch den Klassenstempel des Kleinbürgertums: theoretische und praktische Konfusion und Wankelmütigkeit.

"Der durch die Schrecken des Kapitalismus 'wild gewordene' Kleinbürger ist eine soziale Erscheinung, die ebenso wie der Anarchismus allen kapitalistischen Ländern eigen ist. Die Unbeständigkeit dieses Revolutionarismus, seine Unfruchtbarkeit, seine Eigenschaft, schnell in Unterwürfigkeit, Apathie, Phantasterei umzuschlagen, ja sich von dieser oder jener bürgerlichen 'Mode' strömung wie 'toll' fortreißen zu lassen - das ist allgemein bekannt." (Lenin, Der "linke Radikalismus" die Kinderkrankheit im Kommunismus)

In den vergangenen Jahren sind diese in Bewegung geratenen Teile des Kleinbürgertums von den verrücktesten Modeerscheinungen geschüttelt worden wie von Fieberschauern. Auch die kleinbürgerliche Seite der "ML"-Bewegung - vor allem die diversen "KPD/ML"s und "KPD/AO"s - sind trotz ihres gegenteiligen Anspruchs nichts anderes als eine bestimmte Mode, über die der Klassenkampf des Proletariats zur Tagesordnung übergehen wird.

Nach dem Verbot und der Unterdrückung der Kommunistischen Partei Deutschlands (seit 1956) und der Entwicklung des modernen Revisionismus gibt es gegenwärtig in der Bundesrepublik wieder eine noch sehr junge kommunistische Bewegung. Diese Bewegung ist organisatorisch und politisch-theoretisch stark zersplittert.

Die schärfer werdenden Klassenwidersprüche finden die kommunistische Avantgarde nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben. Verglichen mit der spontanen Arbeiterbewegung und den Vorbereitungen der Bourgeoisie hinkt die kommunistische Bewegung nach.

Genosse Enver Hodcha, Vorsitzender der Partei der Arbeit Albaniens, hat diese Lage so beschrieben:

"Während es... eine mächtige Erhebung der Massen und der Völker zum Kampf und zur Revolution gibt, besteht die Schwäche der revolutionären Bewegung in vielen Ländern und Gebieten eben in dem Mangel einer wissenschaftlichen Strategie und Taktik, welche den Massen revolutionäre Perspektiven eröffnet und sie auf dem Weg der Erreichung ihrer Ziele richtig orientiert. Die Situation ist derartig, daß die praktische Bewegung der Massen nach wie vor vorwärts schreitet, während der subjektive Faktor, ihr Bewußtsein, ihre Organisation und Leitung in vielen Ländern zurückgeblieben

ist und den Aufgaben der Zeit nicht entspricht." (VI. Parteitag der PdAA)

Es ist ein Mangel der neueren kommunistischen Bewegung, daß sie nicht als Antwort auf die sich verschärfenden Klassenwidersprüche im eigenen Land entstanden ist, sondern "inspiriert" von den Befreiungsbewegungen der "Dritten Welt" und den revolutionären Impulsen der Kulturrevolution - nicht aus dem Proletariat heraus, sondern als Ausdruck der Krise des Kleinbürgertums. Selbst dort in Westeuropa, wo die Anfänge der "ML"-Bewegung vor der Studenten-Revolution lagen (z. B. Belgien, Italien) wurde diese Bewegung doch von der Studenten-Revolution überrollt. Erst recht gilt das für die BRD, wo die "ML"-Bewegung mit der Studenten-Revolution zusammenfällt.

Es ist eine Tatsache, daß die westeuropäische "ML"-Bewegung - abgesehen von den besonderen Bedingungen in den skandinavischen Ländern - im Sektierertum stecken geblieben ist und daß die Bildung kommunistischer Parteien des Proletariats bisher ausgeblieben ist. Die fortschrittlichsten Teile des Proletariats sind in lokalen Zirkeln organisiert (wie in der BRD) oder sie lassen sich von spontaneistischen und abenteuerlichen Gruppen anziehen ("Lotta Continua" und "Potere Operaio" in Italien, "Gauche Proletarienne" in Frankreich). In den "ML"-Parteien verbleiben die übelsten Sektierer und Karrieristen, gestützt auf die unerfahrensten und rückständigsten Teile, die immer noch massenhaft in die Bewegung hineingezogen werden (Schüler und Studenten der ersten Semester, Gruppen in der Provinz).

Gewiß wäre es falsch, die enormen Fortschritte nicht zu sehen, die von der kommunistischen Bewegung in den vergangenen fünf Jahren - seit Bildung der ersten westdeutschen "ML"-Gruppen und der Herausgabe des "Roten Morgen" - gemacht worden sind. Es genügt, sich z. B. die Auflagenhöhe der kommunistischen Presse anzusehen. Der "Rote Morgen" erschien 1967 im Handabzug mit einer Auflage von c. a. 400 Stück. Als Ende 1968 die "KPD/ML" ausgerufen wurde, waren es etwa 1000. Die Auflage der KAB-AZ stieg innerhalb eines Jahres von anfänglich etwa 1500 auf 5000. Heute bewegt sich der "Arbeiterkampf" auf eine Auflage von 15 000 Stück zu. Das ist indessen nur ein kleiner Teil der kommunistischen Presse. Man kann davon ausgehen, daß einige zehntausend Menschen von den kommunistischen Zeitungen erreicht werden. Gleichzeitig hat sich auch die Programmdiskussion vertieft, macht die Entwicklung einer kommunistischen Strategie und Taktik Fortschritte, wächst der kommunistische Einfluß.

Unsere Reihen wachsen, aber die Gefahr besteht darin, daß unsere Aufgaben noch schneller wachsen und die kommunistische Bewegung trotz großer Fortschritte objektiv hinter den Anforderungen zurückbleibt.

Eine weitere Gefahr besteht in der politisch-theoretischen Unklarheit und Zerrissenheit. Die "ML"-Parteien sind längst in der Sackgasse des Sektierertums und der bloßen Sprüche-Klopferei gelandet, sofern sie nicht gar zu provokatorischen Strömungen mit klar antikommunistischer Stoßrichtung werden.

In den Reihen der kommunistischen Zirkel besteht die Gefahr eines Zurückfallens hinter bereits erreichte korrekte Positionen zum antifaschistischen Kampf, zur Hauptstoßrichtung

unseres Kampfes u. a. m. Weiter besteht die Gefahr einer dogmatischen, d. h. unwissenschaftlichen Einstellung zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zur VR China. So ist z. B. vom KB Bremen versucht worden, gerade diese zwei Punkte aus dem Bereich der politisch-theoretischen Auseinandersetzung herauszuziehen und ein völlig unkritisches "Aneignen" zu propagieren. Das würde dazu führen, in den kommunistischen Organisationen eine Denkweise vom revisionistischen Typ durchzusetzen und zu ihrer politisch-theoretischen Entwaffnung führen. Im Grunde handelt es sich um ein "Herankommen" solcher Gruppierungen an die "KPD/ML"s und "KPD/AO"s, deren lächerlichste Thesen von einigen Zirkeln nunmehr als der Weisheit letzter Schluß angepriesen werden (z. B. KBB : der antifaschistische Kampf lenkt ab vom viel gefährlicheren Agenten der Bourgeoisie, der SPD).

Im Zurückdrängen des kleinbürgerlichen Elements und in der engeren Verbindung mit den werktätigen Massen sehen wir die wichtigste Voraussetzung für die Überwindung des Zirkelwesens. In diesem Sinn werden wir weiter bemüht sein, die politisch-theoretische Auseinandersetzung um die Grundfragen unserer Bewegung voranzutreiben.

Unterordnung unter die Interessen des Proletariats

Die Stellungnahme des ZK der ABG wendet sich dagegen, daß die Hamburger Kommunisten des SALZ und KAB vor mehr als einem Jahr, in ihrer Broschüre gegen die Super-"Linken" schrieben :

"Das Proletariat braucht eine Kommunistische Partei, die ihre Politik in Unterordnung unter die Interessen seiner Klasse bestimmt und durchführt."

Damit wandten wir uns vor allem gegen die "KPD/ML", die vor dem 1. Mai 1971 in Hamburg eine besonders wahnwitzige und unverschämte Politik gegenüber dem Proletariat getrieben hatte. Der Gipfel war ein vierseitiges Pamphlet, in dem die Arbeiter auf geradezu unglaubliche Weise angepöbeln wurden : "Kollege, warum kämpfst Du nicht ? Die Arbeiter in der Welt kämpfen und Du fährst ins Grüne oder hörst Dir das Geseibel der Arbeiterverräter an?... SPD, DKP, DGB oder KPD/ML, entweder - oder, wer nicht hier steht, steht dort!"

Die Stellungnahme des ZK der ABG jedoch klagt empört :
"...und die Lektüre des Kommunistischen Manifestes hindert sie (die Gruppe KAB Hamburg) auch nicht daran, wieder und immer wieder mit großem Ernst zu verkünden, daß die Kommunistische Partei ihre Politik unter die Interessen des Proletariats unterordnen müsse".

Heilige Einfalt, wo bleibt denn da die Logik, liebe Münchner Genossen ? Warum sollte ausgerechnet das Kommunistische Manifest uns daran hindern, "immer wieder" und "mit großem Ernst" gerade auf diesen Punkt hinzuweisen ? Im Gegenteil ! Ist denn etwa die klare Aussage des Kommunistischen Manifests, daß die Kommunisten keine von den Interessen des Proletariats getrennten Interessen hat, schon zur allgemeinen Einsicht in der gegenwärtigen kommunistischen Bewegung geworden und bestimmt sie deren Praxis ?

Stalin, aus dem einige schlechte "Marxisten-Leninisten" einen unverbindlichen "Götzen" machen wollen, um ihn auf diese Weise dem Proletariat tatsächlich zu rauben - Stalin also hat dem richtigen Verhältnis von Partei und Massen große Aufmerksamkeit gewidmet. In seinen Vorlesungen "Über die Grundlagen des Leninismus" an der Swerdlow-Universität Anfang April 1924 betont er u. a. :

"Das Vertrauen der Arbeiterklasse zur Partei wird nicht auf einmal und nicht durch Gewaltanwendung gegenüber der Arbeiterklasse erworben, sondern durch langwierige Arbeit der Partei in den Massen" und ferner: "Ohne die richtige Politik der Partei, die durch die Erfahrungen des Kampfes der Massen bekräftigt wird, und ohne das Vertrauen der Arbeiterklasse gibt es keine wirkliche Führung durch die Partei und kann es sie auch nicht geben".

Stalin betonte die Notwendigkeit "richtiger Wechselbeziehung zwischen Avantgarde und Arbeitermassen" und stellte die Frage:

"Wie aber, wenn die richtigen Wechselbeziehungen zwischen Avantgarde und Klasse, wenn die Beziehungen des 'gegenseitigen Vertrauens' zwischen Partei und Klasse gestört sind? Wie dann, wenn die Partei selbst beginnt, auf eine oder die andere Weise sich der Klasse gegenüberzustellen?..."

Und Stalin fährt fort, indem er die folgenden Möglichkeiten für eine Störung der richtigen Wechselbeziehungen zwischen Partei und Klasse angibt :

"1. Wenn die Partei beginnt, ihre Autorität in den Massen nicht auf ihre Arbeit und auf das Vertrauen der Massen, sondern auf ihre 'unbeschränkten' Rechte zu gründen; 2. wenn die Politik der Partei offenkundig unrichtig ist, sie aber ihre Fehler nicht korrigieren will; 3. wenn die Politik der Partei im allgemeinen zwar richtig ist, die Massen aber noch nicht bereit sind, sie sich zu eigen zu machen, die Partei jedoch nicht abwarten will oder nicht abzuwarten versteht, um den Massen die Möglichkeit zu geben, sich an Hand ihrer eigenen Erfahrungen von der Richtigkeit der Politik der Partei zu überzeugen..."

Grundsätzlich besteht in der kapitalistischen Gesellschaft und sogar noch beim Aufbau des Sozialismus ständig die Gefahr, daß sich die Kommunistische Partei den Massen gegenüberstellt und eine nicht mehr dem Proletariat verpflichtete Politik betreibt. Das gilt vielfach stärker für die gegen-

wärtige Situation in der BRD, wo die Kontinuität der kommunistischen Bewegung durch Faschismus, KPD-Verbot und modernen Revisionismus unterbrochen wurde, wo noch das Zirkelwesen vorherrscht und die kommunistische Bewegung weitgehend von der Arbeiterbewegung getrennt ist, und wo das Kleinbürgertum in hohem Maß die politisch-theoretische und organisatorische Führung in den Zirkeln inne hat.

"Führungsanspruch"

Wir sprachen schon von der organisatorischen Zersplitterung der Kommunisten in der BRD. Dabei treten im wesentlichen zwei Organisationstypen auf, nämlich 1. lokale und regionale Zirkel und 2. überregionale Zirkel, die sich in der Regel als "Partei" bezeichnen und einen "Führungsanspruch" gegenüber der kommunistischen Bewegung erheben.

Es gibt keine Zentrale, deren Führung von allen oder doch von den meisten westdeutschen Kommunisten in politisch-theoretischer Hinsicht anerkannt würde.

Wenn wir uns sowohl gegen den super-"linken" "Führungsanspruch" wie auch gegen die Theorie der ABG-Führer von den "führenden Zirkeln" gewandt haben, so nicht aus falscher Gleichmacherei oder aus Ablehnung der "Führung überhaupt", wie die Verfasser der Stellungnahme bequemerweise unterstellen.

Natürlich wissen wir, daß einige dieser Gruppen organisatorisch entwickelter sind als andere, stärker im Proletariat verankert sind, mehr zur Entwicklung einer kommunistischen Strategie und Taktik für die BRD tun usw. usf. Gegenwärtig zeigt sich ein objektiver Konzentrationsprozeß um bestimmte "Zentren".

Wir haben uns allerdings gegen den konkreten Versuch der ABG München gewandt, nach obskuren Kriterien einige Zirkel - darunter natürlich sich selbst - als "führend" zu definieren und dann unter diesen wirkliche kartellartige Absprachen zu treffen, um ihre "Führung" gegen die übrige kommunistische Bewegung durchzusetzen.

Unserer Meinung nach besteht die objektiv führende Rolle eines Zirkels in allererster Linie darin, die politisch-theoretische Auseinandersetzung um eine Strategie und Taktik der westdeutschen Kommunisten voranzutreiben.

Für uns sind die ABG München kein "führender Zirkel". Sie waren das einmal, aber inzwischen ruhen sie sich auf den Lorbeeren ihrer vor zwei Jahren verfaßten Programmatik aus. Weder mit den Revisionisten noch mit den "Links"sektieren haben sich die Münchner Genossen bisher gründlich auseinandergesetzt - ihr Papier gegen die "trotskistische KAB-Clique" ist ihr erstes umfassenderes "theoretisches" Unternehmen dieser Art überhaupt!

Unsere Abgrenzung gegen die Theorie der "führenden Zirkel" ergab sich aus den Erfahrungen der Aktionseinheit zur Metalltarifrunde 71.

Damals definierten die Führer der ABG München sich selbst, ferner das SALZ Hamburg (inzwischen im KB) und den KB/ML Westberlin als "führende Zirkel" und führten mit diesen "Vorgespräche" mit dem Ziel, bestimmte prinzipielle Differenzen zwischen ihnen (besonders zur Verbindung von ökonomischen und politischem Kampf und zum Faschismus) in den kommenden Konferenzen der Aktionseinheit von vornherein "auszuklammern". Dieses zentristische Manöver wurde von den damals noch gemeinsam vorgehenden KB Bremen, KAB Hamburg und KB Göttingen vereitelt. Gerade die "ausgeklammerten" Differenzen wurden nun zum Gegenstand der Diskussion.

Mit dieser Diskussion konfrontiert, vollzog die Münchner Delegierte - Genossin S. ! - einen opportunistischen Schwenk. Während einer Pause kam sie an den Platz der Vertreter des KAB Hamburg und erklärte: es sei gut, daß diese Fragen zur Sprache gekommen seien. Wörtlich: "Wir müssen uns energisch auf die Köpfe hauen!" Die Genossin versicherte weiterhin, die ABG würden die diskutierten Fragen behandeln und sich dazu äußern. Leider hielten sich die Münchner Genossen nicht an diese Zusage, sondern nahmen nach der Konferenz mit keinem Wort zu den Differenzen Stellung.

Als dann die inzwischen gebildete Hamburger Gruppe des KB auf der 2. Konferenz der Aktionseinheit einige Wochen später eine Selbstkritik an dem bisherigen Vorgehen übte und bestimmte taktische Fragen des Eingreifens in die MTR zur Diskussion stellte, schwieg sich Genossin S. hartnäckig aus und erklärte auf drängendes Befragen schließlich, sie wolle dazu jetzt nichts sagen, sondern die ABG München würden sich dazu später schriftlich äußern. Auch diesmal hielten sich die Münchner Genossen nicht an die Zusage.

In der Stellungnahme des ZK der ABG wird nunmehr behauptet - ohne konkret zu werden! - der KAB Hamburg hätte damals "nichts wichtigeres zu tun" gehabt, als "an unbedeutenden (!) oder sowieso längst geklärten (!) Punkten der Plattform rumzukritteln und rumzudoktern". Klar, ein "führender Zirkel" braucht sich mit Krittelei nicht zu befassen!... Wie weit die vorgebrachten taktischen Fragen "unbedeutend" oder "geklärt" waren, überlassen wir dem Leser, der unsere damalige Erklärung in der KAB-Arbeiterzeitung Nr. 11/12, S. 27-29, sowie den Kommentar zur 2. Konferenz auf S. 10-12 finden kann.

Wozu war es notwendig, diese "ollen Kamellen" in ihren Einzelheiten aufzurollen? Um zu zeigen, daß den Führern der ABG München ihre Theorie der "führenden Zirkel" nicht dazu dient, den politisch-theoretischen Kampf um die proletarische Linie voranzutreiben, sondern diesen

Kampf durch "Ausklammern", opportunistische Manöver, nicht eingehaltene Zusagen und arrogantes Abqualifizieren von Kritik als "Krittelei" nach Kräften abzuwürgen.

Die Führer der ABG entlarven ihr schiefes Verhältnis zum politisch-theoretischen Kampf, wenn sie in der Stellungnahme schreiben: "Natürlich legen diese Leute (der KAB Hamburg) den größten Wert darauf, die Diskussion um ihre spalterischen und liquidatorischen Hinhalte- und Täuschungsmanöver in die Betriebe zu tragen. Und wer wie die Arbeiterbasisgruppen zu verhindern versucht, daß diese Leute ihre kleinbürgerlichen und trotskistischen Irrlehren unter der Tarnkappe des Marxismus-Leninismus im Proletariat verbreiten, dem werfen sie dann vor, er wolle die 'internen Differenzen' vor den 'dummen Arbeitern' geheimhalten".

Hübsch formuliert. Aber, liebe Münchner Genossen, Ihr werdet doch nicht ernsthaft glauben, mit Eurer tantenhaften Fürsorge das Proletariat davor schützen zu können, trotzdem mit unseren "trotskistischen Manövern" konfrontiert zu werden? Wenn Ihr uns daran hindern wollt, "Irrelehren" (eigentlich ist das ja ein theologischer und kein politischer Ausdruck!) im Proletariat zu verbreiten, so müßt Ihr Euch eben mit diesen "Irrelehren" auseinandersetzen (da die Scheiterhaufen der Inquisition nun einmal der Vergangenheit angehören!). Uns scheint, daß Ihr nur eine Ausrede für Euren fast völligen Verzicht auf den politisch-theoretischen Kampf gesucht habt.

Was geschah in der Aktionseinheit der Metalltarifrunde 71?

Das Papier des ZK der ABG gegen die "trotskistische KAB-Clique" ist gewiß nicht arm an Demagogie und Verdrehungen. Aber das stärkste Stück darin ist wohl der Abschnitt "Das liquidatorische Treiben des 'KAB' Hamburg in der Aktionseinheit". Denn die Unterzeichnende des Papiers, Genossin S., nahm an beiden Konferenzen der AE /MTR 71 als Delegierte teil und muß wissen, wie frech sie lügt bzw. in ihrem Namen gelogen wird.

Dasselbe gilt für das Heidelberger NRF, das auf der 2. Konferenz u. a. durch J. Schmierer vertreten war. In dem offensichtlich redaktionellen Artikel "Kampf dem Zirkelwesen" wird im NRF 2/72 ausdrücklich auf die Stellungnahme des ZK der ABG München Bezug genommen und mit bemerkenswerter Frechheit kommentiert:

"Die ABG haben, obwohl sie in München und Süddeutschland konsequent für die Verschmelzung von

Arbeiterbewegung und Marxismus-Leninismus kämpfen, bis jetzt kaum in die nationale Auseinandersetzung eingegriffen. Das führte z. B. in der Aktionseinheit zur Metalltarifrunde dazu, daß sie kein wirksames Gegengewicht gegen die Machenschaften von S. A. L. Z. und KAB organisieren konnten, um die Aktionseinheit vorwärtszubringen. So hatten KAB und S. A. L. Z., die bewußt den Zirkeltendenzen innerhalb der Aktionseinheit entgegen kamen und bewußt auf die faktische Auflösung der Aktionseinheit von kommunistischen Organisationen hinarbeiten, leichtes Spiel".

Daß es überhaupt zu einer Aktionseinheit kam, ist zweifellos das Verdienst der Münchner Genossen, die schon 1970 einen Anlauf in diese Richtung unternommen hatten. Gesehen werden muß aber, aus welchem Grund die ABG die Bildung einer Aktionseinheit zur MTR betrieben und welche Rolle sie sich dabei als "führendem Zentrum" bescheidener Weise selbst zugedacht hatten.

Wie es im "Rechenschaftsbericht" der ABG München heißt, und im Arbeitspapier der ABG zur MTR 71 wiederholt wurde, haben die Münchner Genossen folgendes Verständnis der Aktionseinheit:

"Den ersten Schritt zur festen Zusammenarbeit müssen die marxistisch-leninistischen Zirkel durch die Bildung von Aktionseinheiten in einzelnen Fragen, auf der Grundlage der erarbeiteten Elemente der Programmatik der Kommunistischen Partei und den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und der Mao Tse-tung-Ideen vollziehen."

Und weiter im Arbeitspapier zur MTR: die Aktionseinheit der "führenden marxistisch-leninistischen Zirkel" (!) sowie derjenigen Zirkel, die sich an die führenden "anlehnen" haben zum Zweck: "einerseits die weitgehendste, heutigen Stand der kommunistischen und der spontanen Arbeiterbewegung mögliche Hilfe, die heute die marxistisch-leninistischen Zirkel der Arbeiterklasse in ihren tatsächlichen Kämpfen bieten können, - andererseits den weitestgehenden heute möglichen Schritt, der heute in Hinblick auf den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei unternommen werden muß, wobei das Hauptgewicht hierbei auf der Seite des Wiederaufbaus der Partei liegen muß."

Es ergibt sich daraus, daß das Verhältnis der ABG München von der Aktionseinheit in erster Linie das eines Schrittes zum "Wiederaufbau" der KP gewesen ist.

Es wurde bereits geschildert, wie die ABG München den inzwischen aufgelösten KB/ML Westberlin und das SALZ Hamburg zusammen mit sich selbst zu "führenden Zirkeln" ernannten, an die sich andere Teilnehmer "anzulehnen" hätten. Diese anderen Teilnehmer wurden als "Stützpunkte" (der "führenden Zirkel"!) bezeichnet. Aus dem falschen Verständnis der Aktionseinheit als Parteaufbau-Schritt ergab sich außerdem die Konsequenz, von vornherein nur einen begrenzten Teilnehmerkreis überhaupt zur Aktionseinheit einzuladen, nämlich die als mögliche "Kandidaten" für den Parteaufbau betrachteten Zirkel, wie Genossin S. auf der 1. Aktionseinheit-Konferenz erläuterte.

Auf Anfrage des KAB Hamburg : Der Tübinger "KAB/ML" sei nicht eingeladen worden wegen "schwerwiegender Differenzen" (interessanterweise nannte Genossin S. aus-

gerechnet die Einschätzung der SU durch den "KAB/ML" als "sozialfaschistisch", womit die ABG damals noch nicht einverstanden waren).

Auf Anfrage des KB Bremen : Die "KPD/ML" sei nicht eingeladen worden, weil es mit den Linkssektierern überhaupt keine Aktionseinheit, sondern nur ideologischen Kampf geben könne.

Bekanntlich kam es dann zwischen 1. und 2. Aktionseinheit-Konferenz zum Angriff des KB Bremen gegen das SALZ Hamburg. Dieser Angriff gipfelte in der schriftlich vorgebrachten Behauptung, das SALZ sei "konterrevolutionär" und eine "Agentur der Bourgeoisie". Offen wurde zur Zerschlagung des SALZ aufgefordert, wurden die übrigen Zirkel der Aktionseinheit zum Kampf gegen das SALZ aufgefordert.

Nichts davon im Papier der ABG München, daß dieser Angriff überhaupt erst die Krise der Aktionseinheit hervorrief. Anscheinend war dieser Angriff eine reine Lappalie, wie sie in der Aktionseinheit zwischen Kommunisten gang und gebe ist, und die nur von der "Trotzkisten-Clique" des KAB-Hamburg hinterhältigerweise hochgespielt wurde?

Der Angriff des KBB war für uns der Anlaß, das Selbstverständnis der Aktionseinheit zu überdenken. Denn der Anspruch der Aktionseinheit als "Aktionseinheit kommunistischer Zirkel", als "Schritt zum Wiederaufbau der Partei" war durch diesen Angriff offenbar ad absurdum geführt. Die Fiktion, als bestünden zwischen den Zirkeln der AE "besondere Beziehungen" (in dem Sinn, daß es sich bereits um den Kreis der Kandidaten für den Parteaufbau handle und die AE ein Parteaufbau-Schritt sei) war zerbrochen. Indem wir diese Tatsache feststellten, stießen wir aber auf den Widerspruch derjenigen, die unbedingt an dieser Fiktion festhalten wollten. Besonders die Münchner Führer gaben sich große Mühe, indem sie ein Schreiben verschickten, worin zwar der Bremer Angriff "aufs allerentschiedenste" verurteilt wurde, aber dann beschwörend zur Wahrung der "EINHEIT" aufgerufen wurde (Motto : Liebe Kinder, nun vertrag euch schnell wieder, damit wir mit dem Wiederaufbau der Partei weitermachen können).

Unmittelbar vor der 2. Aktionseinheit-Konferenz brachten die KBB-Führer dann eine "Selbstkritik" ein. (abgedruckt: KAB-AZ Nr. 11/12). Dazu sagten wir damals: wir können die Selbstkritik nicht von vornherein als ehrlich akzeptieren, weil wir keine Garantie dafür haben, daß diejenigen, die das SALZ noch zwei Wochen vorher zerschlagen wollten, dieses Ziel jetzt nicht mit anderen Mitteln - z. B. durch eine scheinheilige "Selbstkritik" - fortsetzen wollen. Wir konnten andererseits die Selbstkritik nicht von vornherein als unehrlichen Trick abstempeln, weil das den Prozeß der Bewußtseinsbildung der kommunistischen Zirkel außer acht lassen würde. -

Also sagten wir: über den Wert der Selbstkritik kann nur das zukünftige Verhalten der KBB-Führer Auskunft geben, d. h. ihre politische Praxis.

Auf jeden Fall hielten wir es für falsch, die Aktionseinheit als "Aktionseinheit kommunistischer Zirkel" fortzusetzen, als wäre nichts gewesen. Das hätten wir für einen Betrug an der Arbeiterklasse, für einen "Etikettenschwindel" gehalten.

Wir schlugen stattdessen die Formulierung vor, daß es sich um eine Aktionseinheit von Gruppen und Organisationen mit kommunistischem Selbstverständnis handelte, die der Vereinheitlichung einer kommunistischen Strategie und Taktik für die MTR 71 dienen sollte. Schließlich kam die hier nochmals abgedruckte Resolution zustande, die von den Genossen des damaligen KB/ML Westberlin formuliert worden war und von den Teilnehmern der 2. Aktionseinheit-Konferenz einstimmig angenommen wurde. Lediglich die ABG München zogen einige Tage nach der Konferenz ihre Zustimmung schriftlich zurück.

In der Stellungnahme des ZK der ABG München heißt es jetzt einfach, die Aktionseinheit sei "ein Bündnis auf Zeit", "in diesem Fall also für die Zeit der Metalltarifrunde zur Festlegung eines gemeinsamen Vorgehens während der Tarifrunde." -

Nun, das hörten wir damals anders, denn ursprünglich hatten die ABG die MTR nur als eine Nebenseite der Aktionseinheit angesehen, während als Hauptseite der "Schritt zum Wiederaufbau" der KP herausgestellt wurde (s. o. Arbeitspapier der ABG zur MTR 71). - Jetzt verdrehen sie die Tatsachen, behaupten gar, sie hätten die Sache doch schon in ihrem Arbeitspapier "korrekt und klar" dargelegt, und bloß der trotzkistische KAB hätte diese so einfache Frage "auf hochintellektuelle Weise problematisiert".



40.000 Metaller in Stuttgart

Resolution der 2. Hamburger Konferenz

In der bisherigen Zusammenarbeit der Organisationen in der Aktionseinheit zur Metall-Tarifrunde 71 ist offenbar geworden, daß die Einschätzung des Charakters der Aktionseinheit, wie sie besonders im Vorspann der Plattform der Aktionseinheit zum Ausdruck kam, von vornherein falsch war. Dort wird als Ziel die immer weitergehende Vereinheitlichung dieser Zirkel angegeben, deren Kreis es nur noch zu erweitern gelte. Es werden Illusionen erweckt über das Niveau der kommunistischen Bewegung über die Gemeinsamkeit politischer Vorstellungen und die Einheitlichkeit des Vorgehens. Insgesamt wird eine falsche Konzeption des Wiederaufbaus der kommunistischen Partei suggeriert, als ginge es darum, unter dem Hauptprinzip der Einheit nur die Zentralisierung der gegenwärtigen kommunistischen Bewegung zu betreiben. Festzustellen ist dagegen, daß dieser Anspruch einer weitergehenden Vereinheitlichung nicht erfüllbar gewesen ist. Es haben ferner Fehler und Verletzungen der politischen Positionen der Plattform wie der Prinzipien der Aktionseinheit auf unterschiedlichem Niveau stattgefunden. So in der schwerwiegenden Verletzung der Prinzipien der Zusammenarbeit unter Kommunisten durch den provokatorischen Angriff des KBB und KBG auf das SALZ HH und auf die ganze Aktionseinheit. Der KBB und der KBG haben Selbstkritik an ihrem Vorgehen geübt und innerorganisatorischen Konsequenzen angekündigt. Auch im Vorgehen in der Metallrunde sind Widersprüche aufgetreten. Es muß betont werden, daß unter den Organisationen in grundlegenden politischen Fragen - der Frage des Wiederaufbaus der kommunistischen Partei, der Einschätzung des Verhältnisses von politischem und ökonomischem Kampf, der Gewerkschaftsfrage, der Frage des antifaschistischen Kampfes - noch tiefe Differenzen bestehen. Die Aktionseinheit muß als erster Versuch einer Zusammenarbeit von Organisationen angesehen werden, um die kommunistische Linie in der Metall-Tarifrunde zu erarbeiten und durchzusetzen. Das kann nur in der politischen Auseinandersetzung und im ideologischen Kampf geschehen. Dabei gilt es, jedem Opportunismus und jeder Vereinheitlichungseuphorie entgegenzutreten.

Hamburg, den 26. 9. 71

Die Organisationen der
Aktionseinheit zur Metall-Tarifrunde 1971

Was müssen wir aus der Geschichte der Arbeiterbewegung lernen ?

Die internationale Arbeiterbewegung hat seit der Abfassung des "Manifestes der Kommunistischen Partei" 1848 große Erfolge erkämpft. Auf einem großen Teil unseres Planeten herrscht heute die Arbeiterklasse, im Bündnis mit der Bauernschaft.

In den kapitalistischen Ländern hat das Proletariat seit 1848 seine wirtschaftliche Lage erheblich verbessern können und hat neue politische Rechte erworben.

Auf der anderen Seite ist nicht zu übersehen, daß die Arbeiterklasse eine Reihe schwerer Niederlagen erlitten hat, die sie um Jahrzehnte zurückgeworfen haben. Die schwersten dieser Niederlagen - neben den beiden imperialistischen Kriegen und dem Faschismus - ist die Verwandlung der 2. (sozialdemokratischen) und der 3. Internationale in sozialimperialistische und revisionistische Parteien.

Es ist notwendig, diese Fehler zu analysieren, um ihre Ursachen zu erkennen und Lehren für die Zukunft zu ziehen. Vor allem gilt es zu untersuchen, wie das erste sozialistische Land der Welt, die Sowjetunion, auf das Millionen von Proletariern und Unterdrückten in aller Welt ihre ganze Hoffnung setzten - und zum Teil doch wohl immer noch setzen? - auf den Weg der Restauration des Kapitalismus geraten konnte.

In Worten bekennen sich die Münchner Genossen zu der Notwendigkeit, aus der Geschichte der Arbeiterbewegung lernen zu wollen. Sie sagen sogar ausdrücklich, daß es bürgerliche Linie ist, nicht aus der Geschichte der Arbeiterbewegung lernen zu wollen.

Wie stellen sich die Genossen aber dieses Lernen vor ? Sie werfen dem ehemaligen KAB Hamburg vor, daß er sich kritisch zu einigen Punkten der Geschichte der KPD geäußert hat. Auf den konkreten Inhalt der Aussagen des KAB Hamburg gehen sie gar nicht erst ein. Es geht ihnen also nicht etwa darum zu zeigen, daß die Genossen des KAB Hamburg eine falsche Kritik geübt hätten. Die bloße Tatsache der Kritik erscheint ihnen bereits als höchst lästerlich.

Zu Dimitroff fällt ihnen bloß ein, daß in diesem Jahr sein 90. Geburtstag zu feiern ist. Zur KPD weichen sie aus auf den überhaupt nicht bestrittenen Mut und die Tatkraft, Entschlossenheit und Unerschrockenheit zehntausender Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus und später gegen das Adenauer-Regime.

Das ähnelt doch Leuten, die sich um die Analyse einer verlorenen Schlacht herumdrücken wollen, indem sie sagen : " 1. Hat der General große Verdienste und ist überhaupt ein fähiger Mann, und 2. haben sich die Soldaten ganz großartig geschlagen! " - Die Arbeiterklasse muß aber ihre verlorenen Schlachten analysieren, um nicht weitere zu erleiden.

Die Münchner Genossen müssen zur Untermauerung ihrer törichten Trozismus-Legende so tun, als wäre in der "KAB-Arbeiterzeitung" die Geschichte der Arbeiterbewegung nur schwarz in schwarz gemalt worden, als hätten "kleinbürgerliche Besserwisser" einen Totalverriß des ganzen historischen und aktuellen Kampfes des Proletariats vorgenommen. Aber warum haben wohl die Genossen des KAB Hamburg damals den Nachdruck zweier wichtiger historischer Schriften der deutschen Arbeiterbewegung besorgt, nämlich den Remmele-Text und "Thälmann über Gewerkschaften" ? Doch deshalb, weil sie den Kampferfahrungen der revolutionären KPD große Bedeutung gaben und dazu beitragen wollten, diese Erfahrungen verstärkt der noch jungen kommunistischen Bewegung unseres Landes zu vermitteln. Dasselbe trifft übrigens für die Zielsetzung der "KAB-Arbeiterzeitung" zu (ein Nachdruck der wichtigsten Artikel wird von uns vorbereitet).

Bemerkenswert eine offene Stellungnahme des KB Bremen in diesem Zusammenhang. Daß die "KPD"-Westberlin einige kritische Bemerkungen zur Politik der KPD nach 1945 gemacht hat, verurteilt die Bremer "Wahrheit" schnodderig als "Standpunkt des nörgelnden (!) kleinbürgerlichen Kommentators". Die Bremer Genossen behaupten weiter, "daß von westdeutschen Kommunisten heute die Kritik an Fehlern der KPD als Selbstkritik geübt werden muß und daß wir zur Selbstkritik an den Fehlern unserer zerschlagenen Partei nur in dem Maße in der Lage sind, wie wir die Aufgaben der Partei wahrnehmen und die Linie in den Kämpfen des westdeutschen Proletariats positiv entwickeln." (Wahrheit, Juni/Juli 1972)

Offensichtlich existiert von der revolutionären KPD zur heutigen kommunistischen Bewegung weder personelle noch politische Kontinuität. So ist es tatsächlich eine Annahme, in diesem Zusammenhang

von "Selbstkritik" an "unserer" Partei zu reden. Hier soll der Salto mit der "Selbstkritik" offenbar dazu dienen, einer Einschätzung der KPD-Politik in offener Form überhaupt aus dem Weg zu gehen. Dabei wird also übersehen, daß es ja gerade eine Voraussetzung dafür ist, um Parteaufgaben wahrzunehmen, daß die heutige junge und erfahrungslose kommunistische Bewegung ihr Verständnis der Geschichte der Arbeiterbewegung vertieft und sich mehr und mehr ihre Lehren aneignet.

Nun ist es ja auch nicht so, daß die Münchner (und Bremer) Genossen etwa gar keine Lehren aus der Geschichte der KPD zögen oder umgekehrt deren Politik in Bausch und Bogen zur Richtschnur ihrer eigenen Praxis nehmen würden. Natürlich haben sich mit dem Studium der Geschichte der Arbeiterbewegung auch bei diesen Genossen bestimmte Vorstellungen entwickelt, in welchen Fragen sie sich etwa eng an die Politik der revolutionären KPD anlehnen wollen und in welchen Fragen sie "distanzierter" sind. Im Gegensatz also zur "KPD/ML" (ZB), die es tatsächlich fertigbringt, die gesamte historische KPD in miniature kopieren zu wollen, allerdings nur eine Karikatur zustande bringt.

Die Münchner Genossen wollen jedoch anscheinend keinen offenen politisch-theoretischen Kampf um die Verwertung der Lehren aus der Geschichte der Arbeiterbewegung führen, sondern sie eignen sich stillschweigend dieses aus der Arbeiterbewegung an, während sie jenes verwerfen. Die Münchner Genossen stützen sich z.B. sehr auf den antifaschistischen Kampf nach 1933 (vor allem nach dem KOMINTERN-Kongreß 1935), während sie nicht daran denken, die RGO- und Sozialfaschismuspolitik der KPD vor 1933 zu übernehmen. Auch das ist doch wohl eine indirekte Kritik an der Politik der KPD? Nur hat eben diese indirekte Kritik den Nachteil, daß sie nicht öffentlich mit Tatsachen und Argumenten begründet wird, daher auch gar nicht diskutierbar ist.

Wenn die kommunistische Bewegung noch so wenig eigene Kampferfahrungen hat wie z.Z. in unserem Land, so besteht selbstverständlich die Gefahr, daß eine Auseinandersetzung mit der Politik der KPD, mit der Geschichte der Arbeiterbewegung, Züge von Besserwisseri etc. annimmt. Das kann nicht durch Diffamierung des offenen politisch-theoretischen Kampfes um die historischen Erfahrungen verhindert werden. Denn indem wir ein Zitat von Thälmann, Dimitroff usw. zur Veröffentlichung auswählen (während wir etwa bestimmte "weniger glückliche" Äusserungen Thälmanns über den Sozialfaschismus nicht aufnehmen), üben wir bereits eine gewisse Einschätzung der Geschichte der Arbeiterbewegung aus. Darum ist nicht herumzukommen.

Die Meinungsverschiedenheit zwischen uns und den Münchner Genossen liegt also nicht etwa darin, daß wir ein negatives Verhältnis zur Geschichte der Arbeiterbewegung hätten, sie aber ein positives usw. usf. - wie sie in ihrem Papier weiszumachen versuchen. Sondern die Meinungsverschiedenheit ist da, wo die Münchner Genossen die Notwendigkeit

leugnen, die Aneignung der historischen Erfahrungen als offenen politisch-theoretischen Kampf zu führen. (Dieser Standpunkt scheint bei den Bremer Genossen sogar noch krasser vertreten zu werden).

Entsprechendes gilt für die Haltung zur VR China. Auch die Münchner Genossen treten ja z.B. nicht in die "KPD/ML" (RM) ein, obwohl diese offensichtlich von den chinesischen und albanischen Genossen protegiert wird. Ist das nicht auch ein sehr bedenkliches Zeichen von - indirekter - Kritik an den chinesischen Genossen? Denn warum bilden sich die Münchner Genossen ein, sie könnten die Situation in der BRD richtiger einschätzen als die "ruhmreiche und korrekte (!) KP Chinas"? "Kleinbürgerliche Besserwisser", die ihr "selbstsüchtiges kleines Ich" der "ruhmreichen und korrekten" KP Chinas entgegenstellen - gell, Genossin S.? Warum sollte man nicht eure eigene "Argumentation" gegen den KAB Hamburg in diese Richtung weiterführen? Nein, liebe Genossen, ihr seid mit eurer Argumentation auf ein Niveau herabgestiegen, wo sich bisher nur die "Roter Morgen"-Vögel befanden.

Revisionismus oder 'Verrat'?

Ein chinesisches Sprichwort sagt: "Es dauert mehr als einen kalten Tag, bis der Fluß drei Fuß tief zufriert". - Die Kommunistische Bewegung ist ein sehr tiefer "Fluß". Sie friert nicht von einem Tag auf den anderen zu, wird nicht schlagartig revisionistisch, weil Chruschtschow eine üble Rede hielt und andere "große Führer" wie Ulbricht beifällig nickten.

Für die Münchner Genossen ist mit dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) eine materialistisch nicht mehr erklärbare Veränderung eingetreten: die Führer der KP's - natürlich alles ehemals "große Führer der Arbeiterklasse" - schlugen sich plötzlich auf die Seite der Bourgeoisie - bzw. in den sozialistischen Ländern auf die Seite einer "neuen Bourgeoisie", deren Entstehung im Dunkeln liegt -, mit anderen Worten: die "großen Führer" übten plötzlich "Verrat", und die Massen der Partei akzeptierten letzten Endes die neue Linie - die bürgerliche Linie -, ohne daß die revisionistischen Parteien allgemein an Mitgliedern und Wählern verloren hätten...

So versinken die Genossen tief in der Metaphysik und sind nicht in der Lage, den Revisionismus materialistisch zu erklären. Damit sind sie auch unfähig, die Ursachen des modernen Revisionismus zu erkennen, d.h. unfähig, den Revisionismus wirklich zu bekämpfen und zu vermeiden. Sie sind auf dem Wege, die Entwicklung der guten alten KPD zum modernen Revisionismus schrittweise nachzukriechen.

Für die ABG-Führer reduziert sich das Problem des Revisionismus weitgehend darauf, daß einige "große Führer" aus subjektiven Gründen den Kommunismus "verrieten". Sie selbst versichern, natürlich keinen "Verrat" üben zu wollen, sondern "immer treu zur Sache der Arbeiterklasse" stehen zu wollen. Wie schön! Aber welche Garantien hat das Proletariat, daß nicht auch die "großen Führer" der ABG eines schlechten Tages "umfallen" und "Verrat" begehen? Wahrscheinlich werden die Münchner Genossen auf ihren "demokratischen Zentralismus" verweisen. Aber hatte den nicht auch die gute alte KPD, bevor sie revisionistisch wurde? Wir meinen, die beste Garantie gegen den Revisionismus ist die systematische Erziehung der ganzen Organisation und der sie umgebenden Arbeiter zur revolutionären Wachsamkeit, zum selbstständigen Denken in jeder Situation, zum Gebrauch des eigenen Kopfes, wie Mao sagt. Denn sonst wird die Kommunistische Partei - mit noch so ausgefeiltem Statut und noch so schönem Programm - letzten Endes den gewaltigen Einflüssen der sie umgebenden kapitalistischen Verhältnisse erliegen.

Ist es nicht Demagogie, wenn in der Stellungnahme des ZK der ABG München immer wieder das Proletariat pathetisch beschworen wird? In Wahrheit haben diese ABG-Führer in den Köpfen immer noch die idealistische Einbildung von den "großen Männern, die die Geschichte machen". Alles hängt fürs Proletariat davon ab, welche subjektiven Entscheidungen diese "großen Führer" gerade treffen. Ob sie also dem Proletariat "treu" bleiben oder es "verraten". Der Kampf zwischen bürgerlicher und proletarischer Linie wird zum Kampf zwischen "besserem Ich" und "Innerem Schweinehund", der sich exklusiv in den Köpfen der "großen Führer" abspielt.

In der Stellungnahme des ZK der ABG scheint uns der zentrale Punkt die Frage der "Kritik" zu sein. Jedenfalls macht sich der "Trotzkismus"-Vorwurf gegen die Genossen des ehemaligen KAB Hamburg gerade an diesem Wort fest.

Die Verfasser der Stellungnahme haben mit Eichhörnchen-Fleiß einzelne Sätze aus alten Heften der KAB-"Arbeiterzeitung" zusammengetragen, in denen das Wort "Kritik" oder eine seiner grammatikalischen Ableitungen vorkommt. Diese Sätze gehören durchweg in den Zusammenhang von Artikeln, in denen sich die Genossen des ehemaligen KAB Hamburg mit der Ideologie des "sklavischen Gehorsams" und des "blinden Nachtrabs" auseinandersetzten, die sowohl von den Revisionisten wie auch von den Super-"Linken" verbreitet wird. Damals hatten wir in Hamburg die Erscheinung, daß die Leute vom "Roten Morgen" sich mit ihren "Begläubigungsschreiben" aus Albanien brüsteten. Sie druckten Beiträge von Radio Tirana nach, in denen die "KPD/ML" als "Partei der Arbeiterklasse" etc. lobend erwähnt worden war, und gingen mit dieser "offiziellen Anerkennung" auf Dummenfang. Andererseits stiftete die DKP Verwirrung, indem sie das Thälmann-Zitat herauskramte, wonach die Haltung eines Kommunisten an seiner Stellung zur Sowjet-Union abzulesen sei.

Das Wort "Kritik" wird von den Verfassern der Stellungnahme des ZK der ABG listig in Verbindung gebracht mit der "Freiheit der Kritik", mit der zu Anfang des 20. Jahrhunderts die russischen Opportunisten gegen den Marxismus zu Felde zogen. "Freiheit der Kritik" - darunter verstanden die Opportunisten ihre Freiheit, Prinzipien des Marxismus als lästigen "Ballast" über Bord zu werfen.

Lenin sagte diesen Leuten unerbittlich:

"Wir schreiten als eng geschlossenes Häuflein uns fest an den Händen haltend, auf steilem und mühevолlem Wege dahin. Wir sind von allen Seiten von Feinden umgeben und müssen fast stets unter ihrem Feuer marschieren. Wir haben uns, nach frei gefaßtem Beschluß, eben zu dem Zweck zusammengetan, um gegen die Feinde zu kämpfen und nicht in den benachbarten Sumpf zu geraten, dessen Bewohner uns von Anfang an dafür schalten, daß wir uns zu einer besonderen Gruppe vereinigt und den Weg des Kampfes und nicht den der Versöhnung gewählt haben. Und nun beginnen einige von uns zu rufen: Gehen wir in diesen Sumpf! Will man ihnen ins Gewissen reden, so erwidern sie: Was seid ihr doch für rückständige Leute! Und ihr schämt euch nicht, uns das freie Recht abzusprechen, euch auf einen besseren Weg zu rufen! - O ja, meine Herren, ihr habt die Freiheit, nicht nur zu rufen, sondern auch zu gehen, wohin ihr wollt, selbst in den Sumpf; wir sind sogar der Meinung, daß euer wahrer Platz gerade im Sumpf ist, und wir sind bereit, euch nach Kräften bei eurer Übersiedlung dorthin zu helfen. Aber laßt unsere Hände los, klammert euch nicht an uns und besudelt nicht das große Wort Freiheit, denn wir haben ja ebenfalls die "Freiheit", zu gehen, wohin wir wollen, die Freiheit, nicht nur gegen den Sumpf zu kämpfen, sondern auch gegen diejenigen, die sich dem Sumpfe zuwenden!" (Lenin, Was tun?)

Wenn wir als Kommunisten Kritik sagen, meinen wir jedoch etwas anderes. Nämlich das, was Mao Tse-tung mit den Worten sagte:

"Worauf auch der Kommunist stößt, er muß stets fragen: 'Warum?' Er muß es allseitig und selbständig durchdenken; er muß überlegen, ob es der Realität entspricht und wirklich wohlbegründet ist; man darf in keinem Fall blindlings mitlaufen und sklavischen Gehorsam fördern" (Mao, Den Arbeitsstil der Partei ausrichten, Februar 1942)

Es ist wohl bekannt, daß die KP Chinas während der Großen Proletarischen Kulturrevolution eine bedeutende Kampagne gegen den von Liu Schao-tsch'i & Co. propagierten "sklavischen Gehorsam" und für die Massenkritik führte. Warum wohl? Weil die Propagierung der schändlichen Theorie des "sklavischen Gehorsams" und der "gefügigen Werkzeuge", weil die Abtötung, die Erstickung der Massenkritik eine gefährliche Waffe des modernen Revisionismus ist.

Wir wollen noch an einen weiteren Punkt erinnern. Mao Tse-tung schreibt:

"Qualitativ verschiedene Widersprüche können nur mit qualitativ verschiedenen Methoden gelöst werden... Die Widersprüche innerhalb der Kommuni-

stischen Partei werden mit der Methode der Kritik und Selbstkritik gelöst..." (Mao, Über den Widerspruch, 1937)

Demnach ist es durchaus korrekt, die Entwicklung der Kommunistischen Parteien zum modernen Revisionismus gerade aus der Vernachlässigung des Prinzips von Kritik und Selbstkritik zu erklären. Das hat nun wirklich nichts mit der Anbetung der sogenannten "Freiheit der Kritik" durch die bürgerlichen Liberalen zu tun.

Die Kritik ist eine Waffe des Klassenkampfes; also gibt es keine Kritik "über den Klassen". Die Kritik der Bourgeoisie richtet sich gegen den Sozialismus und alles, was nur entfernt nach Sozialismus "riecht" (z. B. auch gegen die Jusos). Die Kritik des Proletariats richtet sich gegen den Kapitalismus und gegen jede bürgerliche Linie. Wir weisen die Kritik der Bourgeoisie zurück und bekämpfen sie, während uns die Kritik des Proletariats wertvoll ist, auch dann, wenn sie unserer Meinung nach nicht das Richtige trifft, an der Sache vorbeigeht etc.

Im Kapitalismus ist selbstverständlich, daß das Proletariat schon in der Kindheit auf blinde Akzeptierung falscher Autoritäten gedrillt wird; d. h. Autoritäten, die nicht aus dem Klasseninteresse des Proletariats begründet sind. Die Bourgeoisie unternimmt größte Anstrengungen, um im Proletariat die Mentalität der Verzweiflung und des Mißtrauens gegenüber der eigenen Kraft durchzusetzen ("Mit dem Sozialismus wird das nie was. Die da oben machen ja doch, was sie wollen. Wir Arbeiter haben da nichts zu melden. Und die verstehtns ja auch besser als wir...")

Das entspricht dem Klasseninteresse der Bourgeoisie. Aber auch für die kommunistischen Organisationen, für die kommunistische Partei - die ja in einer kapitalistischen Umgebung arbeiten müssen, die notwendig bürgerliche Denkweise sogar in den Köpfen der Revolutionäre hervorbringt, - ist die Versuchung akut, die Politik nicht auf Überzeugung der Massen, sondern auf eine Lähmung des Bewußtseins der Massen, der Einschläferung der Massenkritik aufzubauen. Das gilt verstärkt vor dem Hintergrund des Zirkelwesens.

'Stalin-Frage'

In der Stellungnahme des ZK der ABG München wird ein gewaltiges Geschrei um die sogenannte "Stalin-Frage" gemacht. Diese "Frage" ist bekanntlich in dieser Form von den Revisionisten aufgebracht worden (Hetzrede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU). In der Person Stalins sollte die gesamte Periode des sozialistischen Aufbaus in der SU durch den Dreck gezogen werden. Gleichzeitig wollte sich die Chruschtschow-Gruppe so bei den wildesten antikommunistischen Elementen der SU anbieten, die zu Lebzeiten Stalins bestraft und gezügelt worden waren, und die einen wütenden Haß gegen Stalin hegten. Konterrevolutionäre wurden als "Opfer des Stalinismus" aus den

Zuchthäusern geholt und auf die sowjetische Arbeiterklasse wieder losgelassen; den bürgerlichen Elementen wurde ein "Tauwetter" versprochen (d. h. eine Aufweichung der Diktatur des Proletariats).

Für uns geht es nicht um die "Stalin-Frage". Wie die chinesischen Genossen sagten: "Die Frage, wie man Stalin bewerten soll, ist nicht nur eine Frage der persönlichen Beurteilung Stalins, sondern, was noch wichtiger ist, eine Frage, wie man nach Lenins Tod die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats, die historischen Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung zusammenfassen soll." (Polemik, S. 134)

Stalin war eben nicht der "Allmächtige", der im Guten wie im Schlechten für alle Details der sowjetischen Politik verantwortlich gewesen wäre. Auch wenn Stalin vielleicht "nicht in vollem Maße den proletarischen demokratischen Zentralismus befolgte" (Polemik, S. 137), so bestand doch damals in der KPdSU im wesentlichen das Prinzip der Kollektiven Führung. Es erscheint uns deshalb richtiger, über die Politik der KPdSU zu reden, statt über "Verdienste" und "Fehler" Stalins, als hätte dieser etwa Politik im Alleingang gemacht.

Den Vorwurf einer "Verunglimpfung Stalins" an unsere Adresse halten wir für albern. Unter Führung Stalins stand die KPdSU vor einer Aufgabe, die vielleicht noch schwerer war als die Revolution von 1917 und der folgende Bürgerkrieg. Unter schwersten Bedingungen wurde die sozialistische Industrialisierung durchgeführt, stand die Sowjetunion im siegreichen Kampf gegen den faschistischen Überfall. Es ist doch gar keine Frage, daß diese Aufgaben nicht mit den Klugscheissereien zu lösen waren, die der Renegat Trotzki in seiner mexikanischen Villa von sich gab, sondern daß diese Aufgaben tatsächlich gelöst wurden durch die sowjetische Arbeiterklasse und ihre KPdSU mit Stalin an der Spitze. Warum sollte uns Stalin weniger teuer sein als den Münchner Genossen? Allerdings blasen wir nicht jedesmal beim Ertönen des Namens Stalins die Fanfaren. Vielleicht liegt das gerade daran, daß wir nicht wie einige ABG-Führer - das schlechte Gewissen einer trotzkistischen Vergangenheit zu übertönen haben?

Natürlich hat nicht das Proletariat der SU und der Welt Stalin "vergöttert". Zweierlei gilt es doch wohl klar auseinanderzuhalten: einerseits die Liebe und Achtung, die das internationale revolutionäre Proletariat Stalin als Führer der KPdSU und des ersten sozialistischen Staates entgegenbrachte - andererseits die Speichelleckerei und Liebedienerei gegenüber Stalin, mit der konterrevolutionäre Elemente ihre antiproletarische Politik zu tarnen trachteten. Wenn Chruschtschow Stalin lobhudelte als "das größte Genie, den größten Lehrer und Führer der Menschheit", als "hervorragenden, immer siegreichen Marschall" usw. (vgl. Polemik, S. 145), so ist das nicht die gute, ehrliche Sprache des Proletariats, sondern das schleimige Geschwätz eines Konterrevolutionärs.

Stalin selbst war in den ersten Jahren nach dem Tode Lenins sehr wachsam gegen übertriebenes Lob. So sagte er z. B. vor Arbeitern der Eisenbahnhauptwerkstätten in Tiflis:

"Ich muß Ihnen, Genossen, ganz ehrlich sagen, daß ich nicht einmal die Hälfte des Lobes ver-

dient habe, das mir hier gespendet wurde. Wie es sich herausstellt, bin ich "der Held des Oktober" und der Führer der KPdSU und der Führer der Komintern und ein sagenhafter Recke und wer weiß, was noch alles. All das ist Unsinn, Genossen, und eine absolut überflüssige Übertreibung. In einem solchen Ton spricht man gewöhnlich am Grabe eines verstorbenen Revolutionärs. Ich habe aber noch nicht die Absicht zu sterben" (Stalin, Juni 1926, Werke Bd. 8).

Leider hat Stalin in späteren Jahren nicht mehr immer dieselbe Wachsamkeit gegen "überflüssige Übertreibungen" an den Tag gelegt.

Die 'neue Bourgeoisie'

Es stellt sich doch wohl die Frage, wie es dazu kommen konnte, daß Millionen kommunistischer Arbeiter in aller Welt die niederträchtige Diffamierung Stalins durch die Chruschtschow-Gruppe und den revisionistischen Kurs dieser Gruppe letzten Endes hinnahmen, daß sich also in Parteien wie der KP Italiens, Frankreichs, Deutschlands usw. der moderne Revisionismus durchsetzte. Diese Frage ist von großer Bedeutung, um die gemachten Erfahrungen anzuwenden und bestimmte Fehler zu vermeiden. Wer diese Frage nicht diskutieren will, mit Metaphysik und dämlichen Unterstellungen reagiert, wer einfach zur KPD vorm XX. Parteitag der KPdSU zurückkehren will, der muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er die Arbeiterklasse erneut in den Sumpf führen möchte.

In der Stellungnahme des ZK der ABG München wird die folgende Passage aus "Unser Weg" 14, S. 11 angegriffen, die wir hier vollständig zitieren, weil sie in der Münchner Stellungnahme arg verstümmelt worden ist:

"Auf dem XX. Parteitag (der KPdSU), der im Frühjahr 1956 stattfand, wurde Stalin, der bis zu seinem Tod 1953 maßlos vergöttert worden war, in "Acht und Bann" getan. Die Periode des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion wurde dargestellt als eine einzige Kette von Verbrechen, deren Hauptverantwortlicher Stalin gewesen sein sollte. Es zeigte sich, daß die "Entstalinisierung" den Zweck hatte, die zu Lebzeiten Stalins eingeleitete bürgerliche Restauration in der Sowjetunion auf eine qualitativ neue Stufe zu heben ..." (Unterstreichung im Original)

Für die Verfasser der Stellungnahme ein weiteres Bausteinchen ihrer Legende von der "Trotzkisten-Clique KAB". Aber was sagen sie selbst? Sie reden von der "Usurpierung der

Macht in Partei und Staat durch die neue und alte Bourgeoisie nach dem Tode Stalins". Da gab es in der Sowjetunion also noch eine handlungsfähige "alte Bourgeoisie"? Wer war das und wie kam das? 1956, fast 40 Jahre nach der Oktober-Revolution? Da gab es außerdem eine "neue Bourgeoisie"? Woher kam denn die auf einmal? Und beide zusammen waren in der Lage, dem russischen Proletariat - jenes Proletariat wohlgemerkt, daß den ersten sozialistischen Staat mit unsagbarem Heldenmut, Pioniergeist und Opfern aufgebaut hatte - die Macht zu entreißen? Wie konnte das passieren? Muß man das nicht erklären?

Es reicht offenbar nicht, die Existenz einer alten und einer neuen Bourgeoisie in der SU als Grundlage der mit dem XX. Parteitag der KPdSU sozusagen offiziell eingeleiteten Entwicklung festzustellen. Erklärt werden müßte darüber hinaus, wie es zu dem für das russische Proletariat so ungünstigen Kräfteverhältnis kam, das eine schrittweise Restauration des **Kapitalismus** schließlich erlaubte.

Das russische Proletariat hat sich in einer bestimmten historischen Situation - in der Oktoberrevolution 1917 und in den folgenden Jahren des Bürgerkriegs - gegenüber der Bourgeoisie und den Feudalklassen als stärker erwiesen. Wodurch hat sich das Kräfteverhältnis so krass verändert, daß dem Proletariat die Macht wieder entzogen werden konnte? In der Stellungnahme des ZK der ABG wird ja ganz so getan, als wäre es die leichteste Sache von der Welt, daß eine Bande von Konterrevolutionären dem Proletariat die einmal eroberte Macht wieder entreißen kann. Genossen, die ihr euch darüber aufregt, daß der KAB Hamburg angeblich die Diktatur des Proletariats "verhöhnt hat" - was habt ihr selbst eigentlich für eine Meinung vom Proletariat?

Wir sagen, daß sich längere Zeit vor 1956 in der Sowjetunion eine neue Bourgeoisie im Staats- und Parteiapparat heranzubilden begann und eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses einsetzte, bevor schließlich die konterrevolutionären Kräfte jene Stärke erreichten, die notwendig war, um die Diktatur des Proletariats zu liquidieren und ihre eigene Diktatur aufzurichten. Die Ursache sehen wir in einer Vernachlässigung der Korrekten Beziehungen zwischen Partei und Massen nach dem Tode Lenins. Bevor das Proletariat von den bürgerlichen Kräften militärisch entworfen wurde (indem die Armee in eine Militärformation der Bourgeoisie verwandelt wurde), mußte es politisch entworfen worden sein, indem es in der Auseinandersetzung mit dem Block der Rechten und Trotzkisten weitgehend zu einer Statisten- und Zuschauerrolle degradiert wurde, indem dieser Kampf nicht in erster Linie als Klassenkampf, sondern gegen "ausländische Agenten" geführt wurde. -

In ihrer Broschüre "Sozialimperialismus - Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion" kommen die Münchner Genossen durchaus zu ähnlichen Schlußfolgerungen wie wir. So beschreiben sie die verbrecherischen Machenschaften bürgerlicher Elemente unter den Wirtschaftsfunktionären der SU zu Zeiten Stalins und kommentieren:

"Wenn leitende Funktionäre der bürgerlichen Ideologie und

damit einem bürgerlichen Arbeitsstil verfielen, sich von den Massen lösten und sich zu ihren Herren aufschwangen, waren die Eigentumsverhältnisse zwar sozialistische (!!!), aber die Beziehungen zwischen den Menschen hatten sich nicht grundlegend gewandelt (!!!). So stellte sich in jedem einzelnen Betrieb die Frage, wer wirklich die Macht in Händen hält, die Arbeiterklasse oder eine Handvoll bürgerlicher Elemente, ob es wirklich sozialistische Betriebe waren oder kapitalistische (!) mit einem sozialistischen Aushängeschild." (a. a. O., S. 18)

"Wir sahen : Trotz der grundlegenden Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse in der Sowjetunion, gab es weiterhin Klassenkampf in der Sowjetunion, kamen immer neue bürgerliche Elemente in der Sowjetunion auf. Sie konnten sich zwar durch theoretische und praktische Fehler der Partei weiterentwickeln (!), konnten aber nicht bestimmend im Leben der Sowjetgesellschaft werden, weil sie durch die Tätigkeit der Machtorgane der Diktatur des Proletariats stark eingeschränkt waren und beständig Angst haben mußten, entlarvt und bestraft zu werden." (a. a. O., S. 22)

Die Münchner Genossen gehen sogar noch einen Schritt weiter, indem sie darauf hinweisen, daß auf dem 19. Parteitag der KPdSU (1952) - also noch vor dem Tod Stalins ! - im Statut der KPdSU die Worte "Diktatur des Proletariats" ersetzt wurden durch "sozialistische Ordnung". Die Genossen zitieren die Äußerung Chruschtschows auf diesem Parteitag : "In unserem Lande sind im Ergebnis des Siegs des Sozialismus die Ausbeuterklassen liquidiert und es gibt keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die Sowjetgesellschaft besteht aus befreundeten Klassen." (a. a. O., S. 22/23)

Die ABG-Führer selbst können ihre Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß es mit der Restauration des Kapitalismus in der SU nicht erst 1956 losging, sondern daß diese e i n g e l e i t e t wurde, während Stalin noch lebte und Führer der KPdSU war. Entlarvt das nicht ihre Angriffe gegen den ehemaligen KAB Hamburg als pure Heuchelei und Demagogie ?

Die Münchner Genossen erwähnen in ihrer Broschüre weiterhin, daß nach dem Tode Stalins der sozialistische "Geheimdienst" zerschlagen wurde und daß dies eine wichtige Maßnahme der bürgerlichen Elemente war, um sich der Partei zu bemächtigen und die Diktatur des Proletariats zu liquidieren. Richtig. Nur geschah das im wesentlichen schon 1953, gleich in den ersten Monaten nach Stalins Tod. Welches gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnis lag diesen Maßnahmen zugrunde ? Muß man nicht sagen, daß die Voraussetzungen dafür schon zu Lebzeiten Stalins geschaffen wurden ? Und gilt dasselbe nicht für die umfangreichen "Parteisäuberungen", die von der Chruschtschow-Gruppe noch vor dem XX. Parteitag gegen "Stalinisten" (d. h. gegen standhafte Kommunisten) durchgeführt wurden ?

Bestand doch das Wesen der Restauration des Kapitalismus in der SU darin, daß sie nicht durch einen einmaligen putschistischen Akt von außen herbeigeführt wurde, sondern im Verlauf eines mehrjährigen Prozesses, der von Kräften i n n e r h a l b der Partei und der Staats- und Wirtschaftsbürokratie ausging.

Wir haben gesagt, daß die Kommunistischen Parteien schon vor 1956 in keinem sehr guten Zustand gewesen sein können, da sonst die folgende Entwicklung schwerlich erklärbar wäre. Wir wollen an dieser Stelle nicht auf die Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung eingehen, sondern nur einen Aspekt ansprechen, der mit dem bisher Gesagten in Zusammenhang steht.

Bestimmte Führer der Kommunistischen Parteien haben alles getan, um die Arbeiterklasse im Geiste völliger Kritiklosigkeit gegenüber allem zu erziehen, was mit der Sowjetunion zu tun hatte. Das waren genau jene Führer, die später zu "Pionieren" des modernen Revisionismus wurden: Ulbricht in der SED, Togliatti in der KPI, Thorez in der KPF u. a. m. Wir meinen nicht, daß diese Leute irgendwann alle auf einen Schlag "entartet" sind (aus persönlichen Motiven?), sondern ihre Politik vor und nach dem Tode Stalins bildet für uns eine dialektische Einheit. Die von ihnen betriebene ideologische Entwaffnung des Proletariats bereitete die spätere offene Durchsetzung des modernen Revisionismus vor. Daß die Haltung zur Sowjetunion das Kriterium für einen Kommunisten bildet, war solange richtig, wie die Sowjetunion den Weg der Revolution und des Sozialismus ging. Diese Aussage bot aber ihrerseits keinen Anhaltspunkt, um die Entwicklung in der Sowjetunion selbst einzuschätzen. Nicht umsonst beruft sich ja heute die DKP auf diesen Satz! Die Sowjetunion ist nicht unveränderlich -- das hat sich ja gezeigt -- und auch die VR China ist nicht unter allen Umständen unveränderlich -- wer das bestreitet, hat die Lehren der Kulturrevolution nicht kapiert. Deshalb halten wir es für verhängnisvoll, solchen Kriterien pathetisch den Charakter des "ewig Gültigen" zu verleihen.

Heute wollen manche Leute das aber mit der VR China wiederholen, was die Revisionisten mit der SU treiben. Sie erörtern nicht wissenschaftlich und verantwortungsvoll die Politik der chinesischen Genossen, sondern überschlagen sich in geradezu akrobatischen Interpretierkünsten.

Am offensten hat sich bisher die Bremer "Wahrheit" zu dieser Haltung bekannt :

"...In der Sozialimperialismusfrage ist es unsere Aufgabe, uns den Standpunkt der KP Chinas anzueignen und in seinen Konsequenzen für unseren Kampf in Westdeutschland uns klar zu machen. Erst wenn wir diesen Schritt tun, nehmen wir einen festen Platz in der kommunistischen Weltbewegung ein (!!). Die KP Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens haben in den letzten Jahren der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung und des anschließenden Übergangs der Sowjetunion ins imperialistische Lager am entschiedensten den Standpunkt der proletarischen Diktatur verteidigt. Bei diesen Parteien in die Lehre zu gehen und ihre Einschätzung der globalen Widersprüche uns anzueignen, ist darum die erste Aufgabe der westdeutschen Kommunisten".

(Wahrheit, Juni/Juli 1972)

Nun haben allerdings die chinesischen Genossen gar keine uns zugängliche Analyse der Widersprüche im Weltmaßstab vorgelegt, die z. B. zur Einschätzung der zwischenimperialistischen Widersprüche dienen könnte. Daß die

SU "sozialimperialistisch" ist, mag ja ganz interessant sein; aber es bleibt abstrakt, wenn nicht anzugeben ist, welche konkreten Schlußfolgerungen sich daraus ergeben für die Politik der Kommunisten der BRD gegenüber dem US-Imperialismus, der EWG, im Verhältnis SU- BRD-Imperialismus usw.

Gegenwärtig verbreitet die bürgerliche Presse die tollsten Spekulationen über die chinesische Außenpolitik. Da wird z. B. behauptet, US-Politikern sei bei einer Reise in die VR China von verantwortlicher Seite gesagt worden, die chinesische Regierung sei an einem Verbleib des US-Imperialismus im pazifischen Raum interessiert, um ein Gegengewicht gegen die SU zu halten.

Geradezu eine Woge von Spekulationen erlebten wir jetzt anlässlich des Besuchs von Schröder in der VR China. Da ist z. B. zu hören, China sei an einem starken imperialistischen Europa interessiert, um ein Gegengewicht gegen die "Supermächte" zu schaffen.

Die Revisionisten greifen jedes derartige Gerücht gierig auf - falls es nicht sowieso von ihnen selbst in die Welt gesetzt wurde - um der revolutionären Sache zu schaden. Auf der anderen Seite finden die tollsten Verleumdungen der Revisionisten ihr Echo - und ihre scheinbare Rechtfertigung - bei den Faschisten, die schon von einer anti-sowjetischen Achse Bonn-Peking träumen und Mao als "Retter Deutschlands" ein höchst zweifelhaftes Lob spenden.

Die Kommunisten müssen diesen Stimmen entschieden entgegenreten und die VR China auch gegen deren ungebetene neue "Freunde" von der CDU/CSU, der Springerpresse, der "National- und Soldatenzeitung" usw. usf. verteidigen. Diese Aufgabe würde erleichtert durch Kenntnis der Einschätzung der internationalen Lage durch die chinesischen Genossen.

Einige chinesische Stellungnahmen - u. a. auch in der PEKING RUNDSCHAU - lassen darauf schließen, daß die chinesische Regierung tatsächlich die Bildung eines von den "Supermächten" unabhängigen imperialistischen europäischen Blocks begrüßt. Unklar bleibt auch, ob die VR China nicht etwa tatsächlich gegenwärtig die Gefahr eines Überfalls vor allem durch die "Sozialimperialisten" der SU sieht (eine Einschätzung, für die die sowjetische Politik durchaus Anlaß gibt!) und von daher wirklich an einem Verbleib der US-Imperialisten im Pazifischen Raum interessiert ist.

Wir wollen unsererseits nicht den Fehler machen, ins Spekulieren zu verfallen. Hingewiesen sollte auf die unsinnige Aufforderung des KB Bremen, sich etwas "anzueignen", was gar nicht in Form einer konkreten und detaillierten Analyse zugänglich ist, nämlich die Einschätzung der globalen Widersprüche durch die KP Chinas (übrigens stammt die einzige - allgemein gehaltene - Einschätzung der Widersprüche in der Welt von Lin Biao).

Es ist in der jungen kommunistischen Bewegung eine Mode geworden, die aufgedonnerte Pose von "autorisierten Interpretatoren" der chinesischen Außenpolitik anzunehmen. Dabei stehen oft eigennützige Motive im Vordergrund.

Leider schaden diese Leute damit der VR China weit mehr, als daß sie ihr nutzen würden. Hierfür zwei Beispiele:

Das erste Beispiel stammt aus der Broschüre "VR China - Bollwerk des Friedens", herausgegeben im letzten Jahr von der "KPD/ML" (ZB). Sie äußern sich dort u. a. über die

Ereignisse im Sudan (Zerschlagung der Kommunistischen Partei und der sudanesischen Arbeiterbewegung, Liquidierung ihrer Führer durch die Numeiri-Clique). Die "KPD/AO" - die sich inzwischen ihrer hinteren zwei Buchstaben entledigt hat - hatte in dieser Frage überraschenderweise einen korrekten Standpunkt bezogen, indem sie General Numeiri als Militärdiktator bezeichnete, ihre Solidarität mit der sudanesischen (revisionistischen) KP zum Ausdruck brachte und den "Sturz der Numeiri-Diktatur" propagierte. Owei, das brachte natürlich die "autorisierten Interpretatoren" von der "KPD/ML" zum Schäumen! Schließlich hatte Tschou-En-Lai ein Glückwunschschreiben an Numeiri geschickt! Die Interpretatoren tobten: "Wenn die Genossen von der Aufbauorganisation für eine KPD und vom KAB (gemeint der Tübinger "KAB/ML") schon nicht die Verhältnisse im Sudan richtig einschätzen konnten,, so hätte ihnen doch wenigstens zu denken geben müssen, daß das chinesische Volk (?) doch wohl keinem blutbesudelten Militärdiktator zur Abschachtung der demokratischen Kräfte und zur erneuten Machtergreifung gratuliert!" - Na, logisch!

Da wollten allerdings die Führer der ABG und des "KAB/ML" noch nicht so recht mit ran. Schrieben sie doch dummerweise von einem "Massaker an fortschrittlichen und demokratischen Kräften" (Rote Fahne Tübingen) und vom "Kommunistenhasser Numeiri" (KAZ München). Hätten sie nicht lieber schreiben sollen, daß die Zerschlagung der revisionistischen KP des Sudans eine "Niederlage des Sozialimperialismus" und folglich ein "großer Sieg der Weltrevolution" gewesen sei?

Unser zweites Beispiel betrifft das Heidelberger "Neue Rote Forum". Bekanntlich unternimmt das NRF große Anstrengungen, um durch pseudo-wissenschaftliche Geschwätzigkeit die These zu verbreiten, daß es in der BRD keine Faschisierung, keine Gefahr eines neuen Faschismus gibt. In einem mit dem Namen Peter Lagarde gezeichneten Artikel im NRF 6/71 wurden alle Gruppen, die darüber andere Meinungen vertreten, in einem Abwasch als rechtsopportunistischer Haufen abgefertigt. Im NRF 2/72 gar werden diese Gruppen - zu denen auch die ABG München gehören - in einer redaktionellen Erklärung beschimpft, sie wollten "mit dem Schreckenswort Faschismus Politik machen".

Aber dieselben Herrschaften, deren Geschwätzigkeit unübertroffen ist, wenn es darum geht, die Faschisierung in der BRD zu leugnen, finden es ganz in der Ordnung, das Problem des "Sozialfaschismus" in der SU auf einer knappen Seite ihres NRF zu erledigen nach der feinen Devise: "Wenn die KP Chinas sagt, daß die SU sozialfaschistisch ist, dann muß wohl etwas dran sein!" - So tatsächlich einer der Führer des NRF, J. Schmierer, im NRF 1/72, Artikel "Zur Außenpolitik der Volksrepublik China".

Ungemein "wissenschaftlich": J. Schmierer beginnt seine "Beweisführung mit einem Mao-Zitat, wonach es in der SU eine Diktatur "von der Art des deutschen Faschismus", eine "Diktatur von der Art Hitlers" gebe. Mao soll das im Mai 1964 in einem Gespräch geäußert haben. Zitiert wurde diese Äußerung im Artikel "Leninismus oder Sozialimperialismus", der im April 1970 erschien.

J. Schmierer geht es überhaupt nur darum, diese "zunächst erschütternde" Behauptung irgendwie zu erhärten. Zunächst reduziert er den Faschismus darauf, er sei "die gewaltsame, von den Rechts- und Verfassungsnormen der bürgerlichen Demokratie befreite Herrschaftsform der Monopolbourgeoisie" (kein Wort mehr von der faschistischen Massenbewegung, die angeblich mit zur Definition gehört - vgl. Lagarde-Artikel! -, oder ist etwa die KPdSU auch schon eine "Partei von der Art der NSDAP"? Wohl bekomms!).

Daß es in der SU keine bürgerliche Demokratie gibt, ist glücklicherweise geklärt, denn damit hat das russische Proletariat schon 1917 Schluß gemacht.

So braucht Schmierer nur noch "nachzuweisen", daß es in der SU auch eine herrschende Monopolbourgeoisie gibt. Dazu braucht er ebenfalls nur einen einzigen Satz. Er behauptet nämlich, daß die herrschende Bürokratie der SU "zum Funktionär der Verwertungszwänge des Kapitals wird und über den produzierten Mehrwert im Sinne der Selbstverwertung des Kapitals verfügt." -

Dieser Satz ist typisch für eine gewisse Art akademischer "Wissenschaftlichkeit". Gleich potjomkinschen Fassaden verbirgt er die dahinter stehende Bruchbude. Denn der ganze glänzend ausformulierte Satz - an dem sich gewiß wieder einige hundert "linker" Studenten hochgezogen haben - besteht nur aus angenommenen Voraussetzungen. J. Schmierer zeigt gar nicht, inwieweit in der SU überhaupt von **K a p i t a l** geredet werden kann, von Verwertungszwängen, von Mehrwert, und inwieweit schließlich die Bürokratie über diesen verfügen kann. Seine Definition der Bourgeoisie als "Funktionär der Verwertungszwänge des Kapitals" erlaubt ihm, den Unterschied zu verwischen, der besteht zwischen dem Bourgeois einerseits als **B e s i t z e r** der Produktionsmittel und andererseits dem Manager, Staatsbürokraten etc. als bloßem Angestellten des Bourgeois, also den tatsächlichen Funktionären der Verwertungszwänge des Kapitals. Somit kann Schmierer auch davon absehen, daß die Bürokratie in der SU zwar das "sozialistische Eigentum" verwaltet (und dabei persönlich nicht schlecht fährt), aber doch weit entfernt ist vom **B e s i t z** an Produktionsmitteln (den sie z. B. vererben, veräußern, ins Ausland transferieren könnte).

J. Schmierer wendet in der Frage des "Sozialfaschismus" ein "Beweis"verfahren an, daß er selbst als "dürftig" bezeichnen würde, wenn etwa so jemand den Faschismus in der BRD beweisen wollte. Daß Schmierers Ausführungen wohl für das NRF die Konsequenz haben, daß die SU das e i n z i g e faschistische Land der Welt ist (vielleicht abgesehen von Südafrika) sei nur am Rande erwähnt.

VR CHINA

Unter der Hand schleichen sich sattsam bekannte Illusionen und Fehlpositionen des Revisionismus wieder ein. Daß z. B. Nixon die VR China besuchte, wird nicht aus dem Zusammenhang der Widersprüche in der heutigen Welt erklärt, sondern schematisch als "Canossa-Gang" bejubelt (Stellungnahme des ZK der ABG München)

Das Schema "Canossa-Gang", "Eingeständnis einer Niederlage" etc. läßt sich automatisch auf jedes derartige Ereignis anwenden. Jeder Besuch imperialistischer und reaktionärer Politiker in der VR China wird so mit Zwangsläufigkeit als gigantischer Erfolg der chinesischen Außenpolitik interpretiert. Werden wir nunmehr vom "Canossa-Gang" Gerhard Schröders hören? Und welchem Zirkel werden dafür die phantasievollsten Formulierungen einfallen?

Offensichtlich haben wir es hier mit derselben Grund-einstellung zu tun, die seinerzeit die Revisionisten über die "Gipfelgespräche" Chruschtschow-Kennedy "jubeln" ließ, die heute die DKP über die Ostverträge "jubeln" läßt usw. - Warum? Weil jedes Ereignis so interpretiert wird, daß es was zu "jubeln" gibt.

Verzichtet wird fast völlig darauf, die H i n t e r g r ü n d e der imperialistischen Außenpolitik zu entlarven. Also daß es für Nixon auch darum ging, seine innenpolitische Stellung zu verbessern (was ihm zweifellos gelungen ist), die sowjetischen Führer unter Druck zu setzen (mit Blick auf seine Moskau-Reise), die Spaltung der kommunistischen Weltbewegung auszunutzen und zu vertiefen, den Boden für einen verstärkten Handel des US-Imperialismus mit der VR China vorzubereiten usw. Weiterhin wurde nicht gezeigt, daß die Bewirtung imperialistischer Häuptlinge in sozialistischen Ländern durchaus nicht das Herzensanliegen der Friedlichen Koexistenz ist, sondern daß die chinesische Außenpolitik erst durch die Spaltung der kommunistischen Weltbewegung und die Entwicklung der SU zur bitteren Notwendigkeit einer Einladung an Nixon gezwungen wurde. Die Reise imperialistischer Politiker in die VR China wird n u r aus der Schwäche des Imperialismus erklärt, nicht aber auch aus der Schwäche des Sozialismus, die durch die Spaltung der Kommunistischen Weltbewegung entstanden ist und z. B. die Gefahr einer imperialistischen Einkreisung der VR China akut macht.

Da heißt es zu den unglaublich zynischen Friedensbeteuerungen des US-Imperialismus im Kommuniqué von Schanghai z. B. in der Bremer "Wahrheit", die VR China habe die US-Regierung zur Anerkennung der Prinzipien der Friedlichen Koexistenz gezwungen. So einfach ist das also. Aber solche Beteuerungen wie im Kommuniqué gehören zu den alltäglichsten Pflichtübungen der Imperialisten, die ja doch noch nie etwas anderes im Sinn hatten als "Frieden und Freiheit" usw. usf. Ob es den US-Imperialisten nicht etwa innen- und außenpolitisch ganz gelegen kam, ihre zynischen Beteuerungen diesmal sozusagen direkt vom Boden des sozialistischen China aus vortragen zu können?

Und als wollte die Bremer "Wahrheit" den ganzen revisionistischen Schwindel um die Ostverträge noch übertreffen, heißt es da weiter: "Der US-Imperialismus muß offen seine Niederlage gegenüber der VR China bekennen. Mit der Anerkennung Taiwans als einem Teil Chinas und dem Versprechen, alle US-Truppen aus China abzuziehen, muß er zugeben, daß seine Versuche, die sozialistische Volksrepublik zu beseitigen, gescheitert sind." -

Was aber steht wirklich im Kommuniqué :

1. Die US-Regierung stellt fest, daß "alle Chinesen auf beiden Seiten der Taiwan-Straße" (d.h. die VR China und die Tschiang Kai-tschek-Bande) den Standpunkt vertreten, daß es nur ein China gibt (die Tschiang-Kai-tschek-Bande wurde 1949 nach Taiwan vertrieben und erhebt einen "Alleinvertretungsanspruch" ähnlich wie der BRD-Imperialismus). Weiter wird erklärt, daß die US-Regierung gegen diesen Standpunkt (nur ein China) keine Einwände erhebt.

2. Die US-Regierung erklärt "nochmals" (!) ihr Interesse an einer "friedlichen Regelung der Taiwan-Frage durch die Chinesen selbst" und "bestätigt" (!) ihr "Endziel (!) des Abzugs aller US-Streitkräfte und Militäreinrichtungen aus Taiwan".

3. Die US-Regierung will "mit der Minderung der Spannungen in diesem Gebiet(!) schrittweise(!) ihre Streitkräfte und Militäreinrichtungen auf Taiwan reduzieren".

Tatsächlich also nicht das "Eingeständnis einer Niederlage", sondern der alte imperialistische Plunder. Solche "Zugeständnisse" gibt der US-Imperialismus z.B. zu Vietnam von Anfang seines Aggressionskriegs her von sich. Geht es den Imperialisten nicht stets um so uneigennützige Ziele wie "Selbstbestimmungsrecht" und "Freiheit". Ist ihr "militärisches Engagement" nicht stets nur "vorübergehend", bis zu einer "Normalisierung" etc. !? Solche "Eingeständnisse" und "Zugeständnisse" sind überhaupt nichts wert. Ganz verhängnisvoll ist es, wenn die Kommunisten begannen würden, die imperialistischen Dutzend-Phrasen zu ernsthaften Zugeständnissen hochzu"jubeln".

Aber es liegt freilich in der Logik der Dinge, daß diejenigen, die einseitig vom "Bankrott des US-Imperialismus" schwärmen, dann natürlich auch konkrete "Erfolge" des Nixon-Besuchs vorweisen müssen. Und dabei schrecken sie vor keiner Dummheit zurück.

Zusammenfassung



Die Gefahr des Abgleitens von Teilen der kommunistischen Bewegung in einen neuen Revisionismus (der sich teilweise als super-"links" drapiert) ergibt sich aus einem falschen Verständnis der Geschichte der Arbeiterbewegung und des Verhältnisses zur VR China. Am klarsten hat das der Bremer KB ausgedrückt, der jede Kritik an der KPD - und damit ein wissenschaftliches Verhältnis zur Geschichte der Arbeiterbewegung - zurückweist und das Verhältnis zur KP Chinas auf ein bloßes "Aneignen" von z. T. nicht einmal belegten Positionen reduziert.

Dabei wird "übersehen", daß die Entwicklung der KPD wie alles in der Welt in einem Kampf der Widersprüche vor sich ging und daß dabei politische "Kehrtwendungen" auftraten, wobei zeitweise die bürgerliche Linie die Oberhand behielt. Offensichtlich wäre es unsinnig, z.B. die bürgerliche Linie der Brandler-Thalheimer und der Fischer-Maslow damit zu rechtfertigen, daß ja zeitweise zehntausende ehrlicher und klassenbewußter Arbeiter dieser Linie folgten und für deren Durchsetzung größte Opfer brachten. Ebenso wenig läßt sich der großartige Einsatz des Proletariats als Rechtfertigung irgendeiner anderen politischen Linie, z.B. der 30er Jahre oder nach dem 2. imperialistischen Weltkrieg als Argument in die Diskussion um die Politik der KPD einführen. Ein solches "Argument" ist nichts weiter als demagogisch.

Entsprechend gilt für die Haltung zur VR China und ihrer Kommunistischen Partei. Gewiß wäre es vom Standpunkt der kommunistischen Bewegung wenig sinnvoll, sich etwa die Linie Liu Schao-tschis "anzueignen". Daran ist auch bei den Dogmatikern kein Zweifel, da ja Liu Schao-tschis schließlich von der KP Chinas kritisiert worden ist. Aber was ist z.B. mit Lin Biao...? Soll man sich die Einschätzung, die er u. a. in seinem Artikel "Es lebe der Sieg im Volkskrieg" (1965) und in seinem Bericht auf dem IX. Parteitag der KP Chinas (1969) dargelegt hat, "aneignen" oder....?

Wenn es richtig ist, daß es in den kommunistischen Parteien den Kampf zweier Linien als Widerspiegelung der Klassenwidersprüche gibt, so auch daß es in der Politik der Kommunistischen Parteien Wendungen gibt. Das schließt den Standpunkt eines dogmatischen "Aneignens" von vornherein aus. Denn die Dogmatiker eignen sich heute die Linie Liu Schao-tschis an (so hat z.B. ein Teil der belgischen "ML"-Bewegung, nämlich die Gruppe um deren Begründer und ersten Führer Jaques Grippa, die Verurteilung Liu's abgelehnt und daraus eine besondere Linie konstituiert), morgen vielleicht die Linie Lin Biao's und übermorgen die Kritik an diesem usw. usf. Mit anderen Worten: sie traben hinter den Wendungen der Politik der KP Chinas hinterher.

Ein solches Vorgehen erfordert und produziert indessen eine Organisation vom revisionistischen Typ, in der die Widersprüche nicht nach dem Prinzip von Kritik und Selbstkritik gelöst werden, sondern wo sich mehr und mehr die Mentalität des "sklavischen Gehorsams" und des Kopfnickens durchsetzen wird. In diesem Sinne haben die ABG-Führer vollstes Recht - und sind überhaupt die Ehrlichsten aller derartiger Zirkel-Führer - wenn sie lauthals darüber keifen, daß nicht nur die Genossen von der ehemaligen Gruppe KAB Hamburg sondern der Kommunistische Bund in seiner Gesamtheit die Prinzipien der Kritik und Selbstkritik und der Unterordnung unter die Interessen des Proletariats immer und immer wieder hervorhebt.

DIE OSTVERTRÄGE UND DIE KOMMUNISTEN

Zu einer "linken" Kinderkrankheit:
"strategische" Antworten auf taktische Fragen

* (Diskussionspapier W. D. für die KB-Gruppe Flensburg - 5. 6. 72) *

Die Diskussion um die Frage der Einschätzung der Verträge von Moskau und Warschau ging quer durch die kommunistische Bewegung, die unterschiedlichen Standpunkte gingen quer durch die einzelnen Gruppen. Die meisten kommunistischen Zirkel haben sich zu einer Ablehnung der Verträge entschlossen. Wir halten dies für einen "links"-opportunistischen Fehler. Die Ablehnung der Ostverträge ist unseres Erachtens ein typisches Kennzeichen für die Unreife der Bewegung. Eine Unreife, die angesichts der allgemeinen Aufrüstung der Bourgeoisie bereits selbstmörderische Züge trägt.

Wir wollen von den Stellungnahmen dreier Gruppen ausgehen: KPD/ML(ZB), KG/NRF Heidelberg, KB Bremen.

Zunächst die "ZB-Partei": "Diese Verträge waren von Anfang an ein Pakt der Kriegstreiber.... Wenn die Imperialisten unter sich die Welt aufteilen und um ihre Einflusssphären schachern, bringt es den Völkern nicht Frieden, sondern Krieg." Ihre Parole: "Nieder mit dem Kriegspakt Bonn - Moskau" (Rote Fahne-Extrablatt, 18. 5. 72)

Dieser Gruppe genügt es schon nicht mehr, auf abenteuerliche Weise den aggressiven Imperialismus mit dem sowjetischen Revisionismus gleichzusetzen - sie unterstellt beiden auch noch gleichartige Kriegspläne und -ziele. So wird ein Gewaltverzichtsabkommen flugs auf eine Stufe mit dem wirklichen Kriegspakt NATO gestellt. Das ist der Gipfel super"linker" Provokation!

Über solche Leute sagte bereits Hermann Remmele 1930 in seiner Schrift "Schritt halten!": "Radikaler zu sein als die Gesamtheit, das ist das Charakteristische aller Linksheit". Die einfache, schlichte Darstellung, das Bestreben, der Wirklichkeit am nächsten zu kommen, genügt nicht, man muß sich von der Wirklichkeit, der übrigen Welt abheben. Man muß aus der Masse hervorragen, man muß gesehen sein."

Die KG/NRF Heidelberg ist zwar nicht der Ansicht, daß es sich bei den Ostverträgen um einen "Kriegspakt" handelt. Sie lehnt die Verträge dennoch ab und begründet das so: die Ostverträge als Verträge "zwischen dem aufstrebenden BRD-Imperialismus und der Sowjetunion, die sich ins imperialistische Lager integrieren will, dienen a nicht dem Frieden." (Kommentar, 19. 5. 72)

In der grundsätzlichen Einschätzung des Verhältnisses von BRD-Imperialismus und sowjetischem Revisionismus machen die Heidelberger Genossen den gleichen Fehler wie die "ZB"-Partei: sie werfen beide in einen Topf. Ihre Logik ist: weil die Verträge zwischen zwei imperialistischen Mächten gleicher Art abgeschlossen sind, weil der Imperialismus seinem Wesen nach nicht friedlich ist, deshalb kann ein Gewaltverzicht nicht ehrlich gemeint sein, "nicht dem Frieden dienen." Bezogen auf den westdeutschen Imperialismus ist das allgemein richtig. Aber so steht die Frage gar nicht! Ist ein offizieller Gewaltverzicht des Imperialismus für die Arbeiterklasse gegenwärtig nützlich oder nicht - das ist die Frage, auf die wir den Massen eine Antwort zu geben haben! Die "allgemeine", "prinzipielle", wenn man so will "strategische" Antwort der Heidelberger Genossen geht "souverän" über die Notwendigkeit hinweg, eine auch auf die gegenwärtige Situation bezogene, konkrete, taktische, praktisch-politische Antwort zu geben. Aber darüber mehr weiter unten.

Der KB Bremen begründet in der "Wahrheit" (Nr. 3), weshalb sich "die Kommunisten, fortschrittlichen Arbeiter und Demokraten nicht an die Kampagne um die Ratifizierung der Verträge anschließen" können:

"In den Verträgen von Moskau und Warschau hat die Sowjetunion weder einen klaren Standpunkt zur Friedenspolitik vertreten noch die BRD öffentlich zum Bekenntnis einer Friedenspolitik gezwungen. Sie verzichtet darauf, die BRD zur völkerrechtlichen Anerkennung der DDR zu zwin-

gen. Sie hat stillschweigend auch die Forderung nach einem völkerrechtlich verbindlichen Friedensvertrag fallengelassen. Sie hat die militärische und wirtschaftliche Integration der BRD in das imperialistische Bündnissystem akzeptiert. Sie hat Westberlin praktisch an die BRD verschankt. Die Verträge von Moskau und Warschau bedeuten deshalb keinen Fortschritt, sondern unter dem Mantel der Entspannung und des Friedens eine Politik der Zugeständnisse an die westdeutsche Kapitalistenklasse, eine Unterstützung der SPD-Regierung und damit einen Sieg der "friedlichen" Expansionstaktik der westdeutschen Kapitalistenklasse."

Was unterscheidet die Ablehnung der Bremer Genossen von der Ablehnung durch die "ZB-Partei" und KG/NRF? Es fällt auf, daß der KBB den Unsinn der Gleichsetzung von Imperialismus und Sowjetrevisionismus nicht mitmacht. Ferner machen die Bremer Genossen im völligen Gegensatz zum "ZB" und zur KG/NRF den ernsthaften Versuch, die Ostverträge in ihrer taktischen Bedeutung, also konkret einzuschätzen. Wir stimmen bis dahin mit den Bremer Genossen überein, daß die Ostverträge statt bzw. vor der Anerkennung der DDR als taktischer Erfolg des BRD-Imperialismus anzusehen sind und die Kommunisten sich nicht der hysterischen und illusionsmacherischen Ratifizierungskampagne der DKP anschließen können.

Wenn die Bremer Genossen damit aber zugleich meinen sollten, die Ostverträge seien abzulehnen, dann ziehen sie eine falsche Schlußfolgerung.

Wir müssen zunächst festhalten, daß in der Ablehnung der Ostverträge durch den größten Teil der kommunistischen Bewegung ein durchaus richtiges Element steckt: die allgemeine Erkenntnis, daß alle Verträge, die die Imperialisten schließen, nicht dem Frieden dienen, daß die geschichtliche Tendenz des Imperialismus Aggression und Krieg ist.

Diese strategische Einschätzung der Tendenz des Imperialismus liegt offenbar der Ablehnung der Ostverträge zugrunde. Es liegt aber auf der Hand, daß die Kommunisten weder mit der Entlarvung der strategischen Ziele der Imperialisten noch mit der Propagierung der strategischen Ziele der Arbeiterklasse allein revolutionäre Realpolitik, wirkliche Massenpolitik machen können.

Wollten die Kommunisten sich darauf beschränken, auf alle, auch die alltäglichsten Fragen des Klassenkampfes bloß die Antwort "Diktatur des Proletariats" zu geben - sie würden sich hoffnungslos von der Arbeiterklasse isolieren!

Doch zu den Ostverträgen. Man kann nun einwenden: Wenn ihr selbst die Ostverträge als taktischen Erfolg der Imperialisten anseht, wie könnt ihr euch dann für die Verträge aussprechen?

Bevor wir hierauf antworten, wollen wir kurz sagen, worin der taktische Erfolg der Imperialisten besteht: darin, daß die sowjetischen Revisionisten dem westdeutschen Imperialismus entgegengekommen sind, die DDR zu isolieren, unter Ausschluß der DDR zu verhandeln und ihnen ein Alibi dafür zu geben, sich den Verhandlungen über eine Anerkennung der DDR zu entziehen.

Was nun die Verträge selbst angeht, so wurde bereits in "Arbeiterkampf" 16 die Begründung dafür gegeben, warum sie zu befürworten sind:

"Es kann uns nicht gleichgültig sein, ob die Kapitalisten die bestehenden Grenzen anerkennen oder aggressiv in Frage stellen." Wir befürworten die Verträge nicht als "Friedenswerk", sondern sagen, daß es nicht nur für die westdeutsche Arbeiterklasse, sondern auch für die Arbeiterklasse der DDR und der anderen osteuropäischen Länder nicht gleichgültig sein kann, den westdeutschen Imperialismus ohne jegliche vertragliche Bindung walten zu lassen und wenigstens zunächst einmal offiziell Gewaltverzicht und Anerkennung der Unverletzlichkeit der Grenzen schwarz auf weiß zu haben.

Es muß allerdings klar sein, daß die Imperialisten so oder so - mit "Friedensmäntelchen", mit den Methoden des kalten oder gar des heißen Krieges - ihre Expansion verstärken werden wollen. Aber wer will uns einreden, ein offizieller Gewaltverzicht sei nicht besser als offizielle Gewaltandrohung, eine offizielle Anerkennung der Unverletzlichkeit der Grenzen sei nicht besser als eine regierungsamtliche Mißachtung der Grenzen?

Wir befürworten die Ostverträge nicht als Schritt zur "Ausöhnung mit dem Osten", sondern wir sagen, daß diese Verträge dem Expansionsdrang des BRD-Imperialismus ein "friedliches" Mäntelchen umhängen. Und es ist völlig klar, daß ein Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Aufgabe des BRD-Alleinvertretungsanspruchs (also der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch den BRD-Imperialismus) bessere Bedingungen für die Verhinderung einer kriegerischen Entwicklung in Europa bedeuten würden - deshalb müssen wir entsprechende Forderungen weiterhin erheben. Ebenso klar ist jedoch, daß selbst eine Anerkennung der DDR oder gar ein Friedensvertrag den BRD-Imperialismus nicht daran hindern würde, diese Papiere zu zerreißen, sobald er sich stark genug fühlt.

Die Kräfteverhältnisse in Europa verändern sich aufgrund des Zurückweichens der revisionistischen Sowjetführer zunehmend zugunsten des Imperialismus. Und genau deshalb ist jeder Vertrag dem Volk nützlich, der den Spielraum des westdeutschen Revanchismus wenigstens gegenwärtig einengt.

Gerade die Tatsache, daß die Position der DDR durch die "Kompromiß"-Bereitschaft der Sowjetführer geschwächt wurde, drückt doch aus, daß die DDR ihre völkerrechtliche Anerkennung durch die BRD noch nicht erreichen konnte. Die Kräfteverhältnisse sind gegenwärtig eben nicht so, daß der BRD-Imperialismus hierzu gezwungen werden könnte. Nun, - weil eben manche Gruppen meinen, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, rufen sie auf, dagegen zu kämpfen, daß der BRD-Imperialismus offiziell auf Gewalt verzichtet und die Unverletzlichkeit der Grenzen anerkennt! Ein Standpunkt, der in seiner objektiven politischen Wirkung die Kräfte des Imperialismus und der Reaktion stärkt.

Wollten die Gruppen, die die Ostverträge ablehnen oder gar "bekämpfen", ihrer eigenen Logik folgend, "konsequent" sein, so müßten sie die Anerkennung der DDR, die Annulierung des Münchner Abkommens, ja selbst einen Friedens-

vertrag "bekämpfen", weil ja die langfristigen Ziele der Imperialisten in Richtung Expansion und Aggression damit nicht aufgegeben werden!

Alles läuft also darauf hinaus: die taktischen Zwerge (die westdeutschen "linken" Kommunisten) wollen den taktischen Riesen des westdeutschen Imperialismus mit der Waffe der "strategischen Enthüllung" schlagen. Nun ist aber bekannt, daß der Imperialismus nur durch die Massen zu schlagen ist. Die Massen aber sind nicht allein durch "strategische Enthüllungen" gegen den Imperialismus zu mobilisieren und schrittweise zur Schließung der Klassenfront zu führen, sondern in erster Linie durch das konkrete Eingehen der Kommunisten auf den realen Bewußtseinsstand der Massen, durch das konkrete politische Eingreifen der Kommunisten in die wirkliche Bewegung der Arbeiterklasse.

Die Friedenssehnsucht der Massen, durch die hysterische Ratifizierungskampagne ohnehin weitgehend auf die Mühen der Sozialdemokratie gelenkt, ist damit von den "prinzipienfesten" Vertragsgegnern vollständig mißachtet worden. Durch die einseitige Betonung der "strategischen Alternativen" Imperialismus oder Sozialismus, Krieg oder Frieden haben sich die Vertragsgegner elegant aus der Bewegung der Massen hinauskatapultiert - sofern sie je darin waren.

Wäre Lenin an die Frage des Friedens von Brest-Litowsk vom "reinen kommunistischen Standpunkt" herangegangen, so hätte er jegliche Zugeständnisse an die deutschen Imperialisten ablehnen müssen, und es wäre kein Waffenstillstand zustande gekommen. Aber gerade dieser "Schmachfrieden", dieses Zugeständnis auf kurze Sicht hat es den Bolschewiki ermöglicht, die Rote Armee zu organisieren, die Kräfte zu sammeln und zu konzentrieren, um auf längere Sicht die Imperialisten an allen Fronten zu schlagen.

Wäre Mao Tse-Tung so irrsinnig "rein und prinzipienfest" an die Frage des Bündnisses mit der Kuomintang herangegangen wie die heutigen Super-"Linken" an die Frage der Aktionseinheit mit den Revisionisten - die chinesische Revolution hätte nie siegen können.

Die Linksoportunisten wollen die Prinzipien des Kommunismus von der Wirklichkeit "rein"halten, sie haben den Blick starr auf das strategische Ziel geheftet (sofern sie über eins verfügen). Taktische Fragen, Probleme des genauen Abmessens für das gegenwärtig Mögliche, die Einsicht in die Notwendigkeit, immer breitere Teile der Massen Schritt für Schritt voranzubringen - all das geht den Linksoportunisten vollständig ab.

"Wir kämpfen auch gegen 'linke' Phrasendrescherei. Das Denken dieser 'Linken' überspringt bestimmte Entwicklungsstufen des objektiven Prozesses; die einen halten ihre Illusionen für Wahrheit, die anderen versuchen, verfrüht in der Gegenwart Ideale zu verwirklichen, die erst in der Zukunft verwirklicht werden können. Sie haben sich von der jeweiligen Praxis der Mehrheit der Menschen, von der aktuellen Wirklichkeit losgelöst und erweisen sich in ihren Handlungen als Abenteurer." (Mao Tse-Tung, Über die Praxis)

Die Rechtsopportunisten und Revisionisten dagegen verwässern und verfälschen die Grundlagen des Marxismus-Leninismus, das strategische Ziel ist ihnen nichts, die Bewegung, der tägliche Kampf, die kleinen Schritte sind ihnen alles. Für die DKP stellen die Ostverträge eine "historische Wende" zuungunsten der Imperialisten dar. Wollte man der DKP Glauben schenken, dann hat der BRD-Imperialismus mit Unterzeichnung der Ostverträge sein aggressives Wesen verloren, ist das imperialistische Klasseninteresse "nüchternem Realitätssinn" gewichen, erhalten Verträge plötzlich ewigen Gültigkeitswert. Der DKP war keine Lüge zu billig, der Arbeiterklasse die Verträge als Ausdruck des "Friedenswillens" der "realistischen Teile" des BRD-Imperialismus zu verkaufen.

Die Vermutung liegt nahe, daß ein Teil derjenigen Gruppen, die die Ostverträge ablehnen oder bekämpfen, dies nicht zuletzt deshalb tun, weil sie dem gefährlichen Trugschluß verfallen: "Was die Revisionisten gutheißen, kann nur den Kapitalisten nützen." Wer auf die Revisionisten wie das Kaninchen auf die Schlange starrt statt den Hauptfeind - die imperialistische Bourgeoisie - fest ins Visier zu nehmen, wird die Arbeiterklasse nie zu einer selbständigen Klassenpolitik führen können. Es ist an der Zeit, auch dem Spuk des "abstrakten Antirevisionismus" ein Ende zu bereiten.

Eine kommunistische Bewegung, die noch keine einheitliche Strategie erarbeitet hat, aber angesichts wichtiger taktischer Manöver der Bourgeoisie den Arbeitern lediglich einige dünne "strategische" Sätze bieten kann - eine solche Bewegung tut der Bourgeoisie den größten Gefallen: sie isoliert sich selbst von den Massen.

"Man muß von den realen Bedürfnissen der Massen ausgehen, nicht aber von solchen, die wir uns einbilden... Die Massen müssen es selbst wünschen, der Entschluß muß von den Massen selbst gefaßt werden, nicht aber von uns an ihrer Statt."

(Mao Tse-Tung, Die Einheitsfront in der Kulturarbeit)

Zwei traurige Briefe

Wir drucken hier drei Dokumente wegen ihrer politischen Bedeutung ab, nämlich

1. Brief des NRF Heidelberg an den KB
2. Brief des KB Bremen an den KB (Gruppe Hamburg)
3. Redaktionelle Stellungnahme aus NRF 2/72

Das Gemeinsame an beiden Briefen ist, daß -wenn auch unter verschieden gewählten Begründungen- unserem Kommunistischen Bund jede Zusammenarbeit verweigert bzw. aufgekündigt wird. Das erfordert eine Antwort.

Aus dem Bremer Brief geht hervor, daß die Genossen die bestehenden Zirkel bereits in zwei große Haufen unterteilt haben. Auf der einen Seite diejenigen, mit denen sich für sie schon "Einheitlichkeit in wichtigen politischen Fragen abzeichnet". Auf der anderen Seite diejenigen, zu denen sich aus der Sicht des KB Bremen "schwerwiegende politische Differenzen zeigen". Mit der einen Seite wollen sie die allseitige Zusammenarbeit stärken, gegen die andere Seite wollen sie "die politische Auseinandersetzung öffentlich führen".

Es ist sattem bekannt, daß es heute kaum noch eine kommunistische Gruppe gibt -falls sie ernst genommen werden will - die nicht ständig die Notwendigkeit des theoretischen und politischen Kampfes, der Auseinandersetzung um die Programmatik etc. beschwört. Die Bremer Genossen von der "Wahrheit" gehören zu den eifrigsten Beschwörern. Dann ist aber doch zu fragen, wie es kommt, daß die "Wahrheit" bisher überhaupt noch nicht klar gemacht hat, worin sie die "Einheitlichkeit" mit der einen Seite bzw. die Differenzen mit der anderen Seite sieht, d.h. die inhaltliche Auseinandersetzung ist von ihnen noch gar nicht geführt worden. Die "Wahrheit" hat sich weitgehend darauf beschränkt, die Frage der Überwindung des Zirkelwesens und des Parteaufbaus als technisches Problem breitzutreten, aber gerade die inhaltliche Füllung ihrer Vorstellungen bis hier ausgespart.

In amüsanten Form kommt das auch in einer Bemerkung des NRF 2/72, S. 15 unten, zum Ausdruck. Das NRF berichtet von einer Diskussion, die Ende Mai dieses Jahres in Bremen stattfand, und wo außer KBB und NRF noch einige andere Gruppen teilnahmen. Dazu schreibt das NRF: "In der Diskussion ging es im wesentlichen nicht um die Frage der Linie des Parteaufbaus, sondern darum, wie diese Linie national durchgesetzt werden kann". Mit anderen Worten: Zuerst wird nicht geklärt, was man eigentlich erreichen will, sondern wie man es "national (!) durchsetzen" kann. Daß sich jetzt zwischen den Teilnehmern der Bremer Diskussion Einheitlichkeit "abzeichnet", ist jedenfalls nicht das Ergebnis eines vorm Proletariat geführten politisch-theo-

retischen Vereinheitlichungsprozesses, sondern verdient nur das Wort Gemauschel. Es steht vor allem im Widerspruch zu allem, was die daran beteiligten Genossen bei allen Gelegenheiten über die Notwendigkeit des politisch-theoretischen Kampfes verlauten lassen.

Andererseits ist es grotesk, unter den Gründen (!) für die Absage eines Gespräches mit dem KB anzugeben, daß "schwerwiegende politische Differenzen" bestehen (Punkt 3 des Bremer Briefes), bevor überhaupt klargemacht worden ist, worin diese Differenzen nun eigentlich konkret bestehen. Der "Eingeweihte" ahnt sicher ungefähr, worum es geht, aber wäre die inhaltliche Klärung nicht vielleicht von allgemeinerem Interesse, z.B. für die Teile der Arbeiterklasse, die in den Auseinandersetzungen der kommunistischen Bewegung nach dem richtigen Weg suchen und die an dieser Auseinandersetzung teilnehmen wollen?

Für falsch, weil undialektisch, halten wir außerdem die "Zwei Haufen"-Theorie der Bremer Genossen (hier allseitige Zusammenarbeit - dort politisch-theoretischer Kampf). Wir meinen, daß auf der einen Seite eine öffentliche Auseinandersetzung auch zwischen Zirkeln notwendig ist, zwischen denen sich in Teilfragen schon Einheitlichkeit "abzeichnet", auf der anderen Seite schließen Differenzen eine Zusammenarbeit nicht unbedingt aus. Die Zusammenarbeit ist für uns vielmehr gerade ein Mittel, die politisch-theoretische Auseinandersetzung abzustützen und ein prinzipienloses Gemetzel der Kommunisten untereinander zu vermeiden.

Wenn der KB Bremen dabei bleibt, Zusammenarbeit mit dem Kommunistischen Bund -als dem zweiten großen Zirkel in Norddeutschland - abzulehnen, dann kann das nur bedeuten, daß die Bremer Führer wieder zu ihrem alten - im Herbst 71 offen verkündeten - Ziel zurückkehren wollen: Liquidierung des SALZ bzw. heute des KB.

Gehen wir auf die weiteren Begründungen bzw. Vorwände für die Aufkündigung der Zusammenarbeit ein. Die Bremer Genossen beschweren sich, daß wir eine falsche "Form(!!) der Auseinandersetzung" aufgenommen haben. Auch hier werden die Genossen nicht konkret. Im übrigen haben gerade die Führer des KBB es wohl sehr nötig, sich über bestimmte Formen der Auseinandersetzung zu beklagen! Schon zweimal -nämlich bei ihrem Angriff gegen das SALZ als "Agentur der Bourgeoisie (!) und bei ihrem späteren demagogischen Vorstoß gegen die Gründung des Kommunistischen Bundes haben die Bremer Führer alle Schranken der solidarischen Auseinandersetzung zerbrochen. Das war für uns kein Grund, eine Zusammenarbeit mit dem KB Bremen auszuschlagen, weil wir davon ausgehen, daß der KBB ein wichtiger Zirkel mit proletarischer Basis ist -unabhän-

gig von den jeweiligen Purzelbäumen und Amokläufen seiner Führer.

Auch das NRF beschwert sich über unsere "Formen der Auseinandersetzung" (vgl. Redaktionelle Stellungnahme aus NRF 2/72). Auch das NRF hat es nötig; einen Absatz weiter gibt die Redaktion dem Leser die lügenhafte "Information", der KB habe "prinzipienlos, schematisch und opportunistisch die Einschätzung der SPD als 'kleineres Übel' akzeptiert" (vgl. dazu Auseinandersetzung im "Arbeiterkampf").

Aber zum eigentlichen Kern der Frage. Wir haben im "Arbeiterkampf" einen namentlich gezeichneten Artikel des NRF zur Frage des Faschismus als antikommunistischen Beitrag des NRF insgesamt angegriffen. Nun schreibt die Redaktion aber ausdrücklich, sie distanzieren sich nicht von dem namentlich gezeichneten Artikel. Was heißt das? Entweder die Redaktion identifiziert sich mit den wesentlichen Gedankengängen des Artikels oder sie hat keine Meinung zum Artikel. Wesentlich ist, daß es sich um den ersten ausführlichen Artikel des NRF überhaupt zur Frage des Faschismus handelte; so daß dieser Beitrag weitgehend als "Beitrag des NRF" aufgefaßt worden ist und werden mußte. Wir haben es im übrigen in der Auseinandersetzung mit Gruppierungen der Hamburger Uni-Szene (vor allem der jetzigen SSG) oft genug erlebt, daß Schwachsinn zu zentralen Punkten der Auseinandersetzung seine Premiere in Form individueller Beiträge erlebte.

So wird der Beitrag zu einer Art "Test", ohne daß die hinter dem Beitrag stehende Gruppe schon selbst ins "Schußfeld" der Kritik gerät.

Natürlich geht es uns nicht darum, die offene Auseinandersetzung im NRF zu diskreditieren. Das NRF hat durchaus Recht, namentlich gezeichnete Artikel abzudrucken - was auch in UNSER WEG verstärkt geschehen soll. Der entscheidende Unterschied ist aber der, daß die UW-Redaktion als Teil des Kommunistischen Bundes zu solchen Artikeln in keinem Fall die Haltung des "neutralen Maklers" einnehmen wird ("wir drucken das Zeug bloß ab - ob es richtig ist oder nicht, kümmert uns nicht - wir distanzieren uns nicht von den abgedruckten Beiträgen aber wir stimmen ihnen auch nicht zu", wie die Redaktion des NRF offenbar meint). Weiterhin wird es immer so sein, daß zu den "brennenden Fragen der Arbeiterbewegung" z u e r s t die Organisation Stellung nehmen wird und d a n a c h individuelle Diskussions-Beiträge Platz erhalten. Denn sonst würde die Diskussion innerhalb der kommunistischen Bewegung zu einem unverbindlichen Plausch zwischen Individuen verkommen - nach dem Vorbild der berühmten Debatte zwischen Roth und Schmierer über den produktiven Gesamtarbeiter.

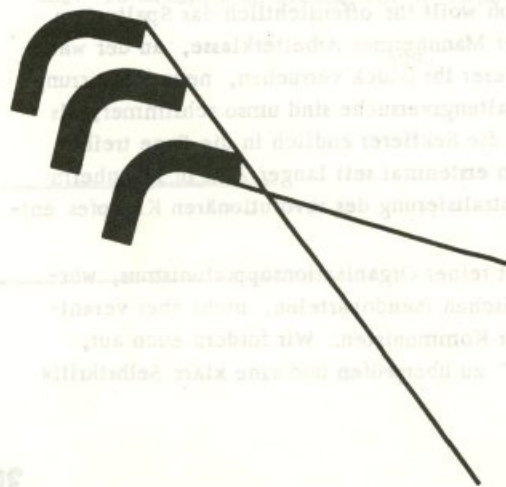
Zu einem weiteren Punkt des Heidelberger Briefes. Uns wird vorgeworfen, daß in zwei Fällen in Mannheim der "Arbeiterkampf" verkauft worden ist - nämlich am 1. Mai auf Beschluß der Leitung des KB und außerdem während einer Vietnam-Demonstration durch Privatinitiative der Genossen unserer Frankfurter Gruppe.

Die Genossen des NRF wollten uns tatsächlich verbieten, am 1. Mai während der gewerkschaftlichen Demonstration den "Arbeiterkampf" zu verkaufen; unsere Genossen Verkäufer wurden von aus Heidelberg angereisten Studenten angepöbelt und bedroht. Das demonstriert leider die Berech-

tigung unserer Befürchtungen, daß in manchen Köpfen die Idee einer Einteilung des westdeutschen Proletariats in "Einflußzonen" der "führenden Zirkel" herumspukt. Glauben die Heidelberger Studenten, sie hätten das Mannheimer Proletariat und den dortigen 1. Mai gepachtet?

Was wäre die Konsequenz? Es ist doch den Genossen nicht unbekannt, daß unter den Studenten der Hamburger Uni jeweils einige hundert Exemplare des NRF reißenden Absatz finden (aber das NRF ist beileibe keine Studentenzeitung, o nein!). Wir begrüßen das, weil es die Auseinandersetzung voranbringt. Was das NRF in seinem Brief an uns vertritt, läuft unausgesprochen doch darauf hinaus, daß die nationale politisch-theoretische Auseinandersetzung um die Grundfragen gefällt nur an den Unis stattzufinden hat, während die Arbeiter von bestimmten Zirkeln in Pacht genommen sind und nur deren Erzeugnisse zu konsumieren haben (wobei ja klar ist - und im NRF 2/72 noch ausdrücklich begründet wird - daß sich in einem Blatt wie der Heidelberger "Arbeiterzeitung" die nationale Auseinandersetzung fast gar nicht niederschlägt.) Dabei sind wir uns der Problematik durchaus bewußt, die sich aus dem Auftreten mehrerer Gruppen nebeneinander ergibt; nur ist dies eben die einzige Möglichkeit - auf der Ebene des Zirkelwesens - den politischen Kampf wirklich zu führen.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zum Bremer Brief. Die Genossen hatten seinerzeit beanstandet, im "Arbeiterkampf" sei ein Gespräch zwischen ihnen und dem KB nicht korrekt wiedergegeben worden. Sie hatten eine Gegendarstellung verfasst und verlangten deren Abdruck als Vorbedingung für die Fortsetzung der Gespräche. Die mit der Führung der Gespräche beauftragten KB-Genossen sagten den Abdruck zu. Die Leitung des KB, in Übereinstimmung mit der Redaktion des "Arbeiterkampf", sprach sich gegen einen Abdruck mit folgender Begründung aus: Prinzipiell wäre gegen den Abdruck einer Gegendarstellung nichts einzuwenden. Falsch wäre es aber, auf den erpresserischen Druck der Bremer Führer einzugehen, den Abdruck als ultimative Vorbedingung für die Fortsetzung der Gespräche überhaupt zu fordern. Weiter wurde eingeschätzt, daß es den KBB-Führern gar nicht um inhaltliche Unterschiede gehe, sondern daß sie überhaupt gegen die Offenlegung von Gesprächen seien. Diese Einschätzung wurde inzwischen dadurch bestätigt, daß der KBB nicht von der allernatürlichsten Möglichkeit Gebrauch machte, in seiner "Wahrheit" eine eigene Darstellung der Gespräche mit dem KB aus s e i n e r Sicht zu geben.



Mannheim-Heidelberg

c/o Dieter Reichert

68 Mannheim 1, B 5, 12

An den Kommunistischen Bund

c/o J. Reents

2 Hamburg 13

Rutschbahn 35

Genossen,

Ihr wollt einen Bericht über "Vorgänge zum 1. Mai" dieses Jahres. Wir möchten Euch mitteilen, daß wir eine organisierte Zusammenarbeit mit Euch solange für sehr erschwert betrachten, als Ihr folgende "Vorgänge" nicht zufriedenstellend erklärt:

Wie kommt Ihr dazu, einen namentlich gezeichneten Artikel im NRF, unserem theoretischen Organ, zum Anlaß zu nehmen, eine unverschämte Hetze gegen dieses Organ einzuleiten, es als "Studentenzeitung" diffamieren zu wollen und in der Kommunistischen Bewegung und in der norddeutschen Arbeiterklasse Verleumdungen über unsere Organisation zu verbreiten.

Wie kommt ihr dazu, diese Verleumdungen auch noch in der Mannheimer Arbeiterklasse verbreiten zu wollen? Ihr seid bei einer von uns organisierten Vietnamdemonstration und bei der Mai-Demonstration in Mannheim aufgetaucht und habt Eure Zeitung unter viel Reklameaufwand an die Demonstranten und in der Stadt zu verkaufen versucht, obwohl ihr genau wußtet, daß es in Mannheim eine kommunistische Organisation gibt und eine kommunistische Zeitung, die mit den Kämpfen der Arbeiter verbunden ist und in diesen den Marxismus-Leninismus propagiert. Euer Verhalten war deshalb nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv spalterisch. Es ist auch von DGB-Festredner Hauenschild noch während der Kundgebung entsprechend ausgenutzt worden, um die Zersplitterung der "Linkssektierer" gegen die Kommunisten in Mannheim zu wenden.

Eure Verkäufer, die eigens aus Eutin angereist waren, haben sich selbst nach Aufforderung durch unsere Genossen ausdrücklich geweigert, Eure Organisation wenigstens als regionale norddeutsche Organisation zu kennzeichnen, sondern sind beim Verkauf Eurer Zeitung mit einem organisatorischen Anspruch für Mannheim aufgetreten. Ihr wißt ganz genau, daß dieser Anspruch lächerlich ist und bloß Verwirrung stiftet. An die Stelle der Zusammenarbeit mit unserer Organisation wollt Ihr offensichtlich das Spaltertum setzen und in der Mannheimer Arbeiterklasse, an der wahrlich genug Sektierer ihr Glück versuchen, neue Verwirrung stiften. Eure Spaltungsversuche sind umso schlimmer, als wir gegenwärtig die Sektierer endlich in die Enge treiben konnten und zum erstenmal seit langer Zeit in Mannheim Ansätze zur Zentralisierung des revolutionären Kampfes entstanden sind.

Euer Vorgehen ist reiner Organisationsopportunismus, würdig der sektiererischen Pseudoparteien, nicht aber verantwortungsbewußter Kommunisten. Wir fordern Euch auf, diese "Vorgänge" zu überprüfen und eine klare Selbstkritik zu üben.

An die Genossen vom KB Hamburg

Das mit Euch für Freitag, den 23. Juni, vereinbarte Gespräch möchten wir absagen. Folgende Gründe haben uns zu dieser endgültigen Absage veranlaßt:

1. Trotz Eurer auf dem letzten Gespräch wiederholten Bereitschaft, unseren Brief, der eine Richtigstellung Eurer Darstellung über die zwischen beiden Organisationen geführte Diskussion und deren Ergebnisse im Arbeiterkampf Nr. 16 vom März beinhaltet, in der soeben erschienenen Ausgabe des Arbeiterkampfes zu veröffentlichen, seid Ihr dieser Vereinbarung nicht nachgekommen.

Von daher erscheint es uns grundsätzlich infrage gestellt, ob Diskussionen und Vereinbarungen auf der Ebene unkontrollierbarer nicht öffentlicher Gespräche für Euch überhaupt einen verbindlichen Charakter haben.

2. Die Form der Auseinandersetzung über wichtige Fragen der Taktik der kommunistischen Bewegung, wie Ihr sie insbesondere in der letzten Nummer des Arbeiterkampfes aufgenommen habt, macht deutlich, daß Euer Interesse nicht auf eine klare und ehrliche Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Standpunkten in der kommunistischen Bewegung und auf eine Klärung und Vereinheitlichung der Standpunkte gerichtet ist, sondern daß Ihr pauschal mit den diffamierenden Methoden der Demagogie und Unterstellung gegen die marxistisch-leninistischen Zirkel vorgeht. Von daher erscheint uns eine Zusammenarbeit unserer beiden Organisationen auf der Ebene von Kommissionen nicht nur nicht sinnvoll, sondern unmöglich.

3. Die Zusammenarbeit der kommunistischen Zirkel ist nur möglich auf der Grundlage der Einheit. Wir werden mit den Gruppen, mit denen sich Einheitlichkeit in wichtigen politischen Fragen abzeichnet, die organisatorische und theoretische Zusammenarbeit verstärken. Mit den Organisationen, bei denen sich schwerwiegende politische Differenzen zeigen, wie es bei Euch zunehmend deutlich wird, werden wir die politische Auseinandersetzung öffentlich führen, um den Kampf um die Einheit der kommunistischen Bewegung voranzutreiben.

Mit kommunistischem Gruß

i. A. des ZK Werner

P. S.: Beide Briefe werden wir folgenden Organisationen zuschicken: KB Göttingen, KB Osnabrück, NRF Mannheim, ABG München, KAB Freiburg

Die Polemik des KB (Nord) in seiner Zeitung "Arbeiterkampf" gegen den Artikel von Peter Lagarde "Bemerkungen zur Faschismuskritik" in NRF 6/71 veranlaßt uns zu einigen Bemerkungen über unsere Publikationspraxis. Der KB (Nord) versucht anhand des Artikels von Peter Lagarde eine Generalabrechnung mit dem NRF vorzunehmen.

Unter der erbärmlichen Überschrift: "Sind die Arbeiter am Faschismus schuld?" wird versucht, den Artikel von Peter Lagarde zu zerreißen und anhand dieses namentlich gezeichneten und von der Redaktion ausdrücklich als Diskussionsbeitrag gekennzeichneten Artikel dem NRF "schwere Schläge" zu versetzen.

Das Ganze geht so: der Artikel wird bis zur Unkenntlichkeit verballhornt und zur Meinung des NRF erklärt. Das Ganze läuft dann ungefähr darauf hinaus: "Heidelberger Studentenzeitung diffamiert deutsche Arbeiterklasse". Warum haben wir den Artikel von Peter Lagarde abgedruckt? Nach Meinung der Redaktion stellt dieser Artikel wenigstens die Fragen richtig, wenn er den Faschismus aus den Verwertungsbedingungen des Kapitals und aus den Bewegungen aller Klassen der bürgerlichen Gesellschaft erklären will. Daß diese richtige Fragestellung diejenigen schon auf die Palme treibt, die einfach mit dem Schreckenswort Faschismus Politik machen wollen, erstaunt uns nicht. Das zeigt, daß die Veröffentlichung des Artikels sinnvoll war, obgleich die Mitglieder der Redaktion keineswegs mit allen Meinungen des Verfassers übereinstimmen und sich die Kommunistische Gruppe (NRF) Mannheim/Heidelberg und ihre Massenorganisationen noch keineswegs eine einheitliche Meinung in der Faschismusfrage gebildet haben. Die Methode, einen solchen Artikel, wenn man ihn für fehlerhaft hält, einfach der Redaktion und der sie tragenden Organisation anzurechnen, läuft letztlich darauf hinaus, den offenen Meinungskampf im "Neuen Roten Forum" verhindern zu wollen. Wir aber halten das NRF nicht nur für eine Tribüne des Meinungskampfes der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland, sondern auch unserer eigenen Organisation und ihrer Massenorganisationen. Deshalb werden alle Artikel grundsätzlich namentlich oder mit Pseudonymen gekennzeichnet, es sei denn, es handelt sich um eine Stellungnahme der Redaktion oder um Stellungnahmen eines Organs unserer Gruppe oder ihrer Massenorganisationen, die dann ebenfalls entsprechend gekennzeichnet werden. Es ist eine gute alte Sitte kommunistischer Zeitungen und Zeitschriften, so zu verfahren, und nicht jedem Artikel eines Genossen den Charakter eines "offiziösen" Dokumentes zu geben, indem über seinen Entstehungsprozeß als individueller Beitrag hinweggetäuscht wird. Individuelle Beiträge in den Auseinandersetzungen von Kommunisten sind schließlich nichts Schlechtes. Nur sollten sie auch als solche behandelt werden. Leider ist in der westdeutschen und

westberliner kommunistischen Bewegung die Unsitte eingerissen, Artikel grundsätzlich ungezeichnet erscheinen zu lassen und so zu tun als stünde hinter jedem geschriebenen Wort die ganze betreffende Organisation. Das erschwert natürlich sowohl die Auseinandersetzung zwischen den Organisationen als auch in den Organisationen. Wir machen diese Unsitte nicht mit. Da wir das aus gutem Grund schon immer so gehalten haben, ist es eine schlichte Unverschämtheit und ein schwerer Verstoß gegen die Formen der Auseinandersetzung unter Genossen, wenn der Arbeiterkampf den Artikel von Peter Lagarde einfach immer als Artikel des NRF attackiert. Diese Feststellung bedeutet keine Distanzierung von dem Artikel Peter Lagardes, sondern einfach die Abwehr des Versuchs, uns den offenen Meinungskampf in unserer Zeitschrift unmöglich zu machen. Über die als Diffamierung gedachte Kennzeichnung unserer Zeitschrift als "Heidelberger Studentenzeitung" gehen wir besser mit Nachsicht hinweg, denn sonst müßten wir einige Unfreundlichkeiten an die Adresse der KB-Genossen losschicken.

Nun zu den inhaltlichen Fragen, die der Artikel von Peter Lagarde behandelt und zu der weiteren Behandlung dieser Fragen in dieser Zeitschrift. Niemand, der die Stellungnahmen und Artikel der verschiedenen Organisationen zum Faschismus durchliest, wird deren äußerste Dürftigkeit verleugnen können. Diese Dürftigkeit hat der Lagarde-Artikel offengelegt; mehr hat er auch nicht beansprucht. Nun ist es offensichtlich, daß diese Frage für die kommunistische Politik in der gegenwärtigen Etappe von größter Bedeutung ist. Deshalb werden wir die Faschismusfrage in den nächsten Wochen ins Zentrum der theoretischen Arbeit unserer Gruppe und ihrer Massenorganisationen stellen und den Meinungskampf über diese Frage in unserer Gruppe breit entfalten. Diese Auseinandersetzung hat aufgrund des Lagardeartikels auch schon begonnen. In diese Auseinandersetzung werden selbstverständlich die Positionen der anderen Organisationen miteinbezogen. Wir würden es begrüßen, wenn andere Organisationen oder einzelne Genossen ihre Auffassungen zur Faschismusfrage formulieren und uns zusenden würden. Die nächste Nummer des NRF wird also der Faschismusfrage gewidmet sein. Auf Grundlage dieser Nummer des NRF wird die KG dann eine offizielle Stellungnahme dieser brennenden Frage des Klassenkampfes erstellen. Zweifellos bedarf sie einer gründlicheren Stellungnahme als die des KB-Nord, zumal diese den KB in der Haltung gegenüber den bürgerlichen Parteien in zwischen dazu geführt hat, prinzipienlos, schematisch und opportunistisch die Einschätzung der SPD als "kleineres Übel" zu akzeptieren (Maiartikel in "Arbeiterkampf Nr. 17)

Red.

Die Bonner Parteien und die Arbeiterklasse

Am 27. April versuchte die CDU/CSU im deutschen Bundestag durch ein konstruktives Mißtrauensvotum die Bundesregierung zu stürzen und sich selbst unter Führung von Barzel und Strauß an die Macht zu bringen. Nachdem dieses Vorhaben scheiterte, bestehen uns nun im Herbst Neuwahlen bevor. Wir nehmen dies zum Anlaß, uns mit der Situation in der BRD und der Politik der Bonner Parteien auseinanderzusetzen. Wir versuchen, daraus Schlußfolgerungen für den Kampf der Arbeiterklasse zu ziehen und setzen uns ferner mit einigen Positionen des Kommunistischen Bundes Göttingen auseinander.

"DIE INTERESSEN DES VOLKES"

Dem Versuch des Regierungsturzes war im Bundestag der Streit um die Ostverträge vorausgegangen. "Argumentiert" wurde auf beiden Seiten mit dem Interesse des deutschen Volkes. Die SPD/FDP-Koalition behauptete, die Ostverträge würden dem Frieden und der Entspannung dienen, die CDU/CSU sprach von "Ausverkauf Deutschlands", "nationalem Verrat", "Verewigung der Spaltung Deutschlands", usw.

Was steht nun wirklich dahinter?

20 Jahre lang hat die westdeutsche Regierung, die von der CDU/CSU gestellt wurde, Ansprüche auf die DDR und das westliche Polen erhoben. Gekennzeichnet war diese Politik durch "kalte Kriegs"-hetze und Ignorierung jeglicher Verhandlungsangebote seitens der DDR. Diese Politik, die ständig Spannungen in Europa hervorrief, war natürlich nicht im Interesse des deutschen Volkes, sondern im Interesse der Kapitalistenklasse, die durch den vorläufigen Sieg des Sozialismus in der DDR entscheiden eingeengt war.

Aber sie kam mit dieser Politik auch nicht mehr weiter. Die aussenpolitischen Erfolge blieben aus. Stattdessen stabilisierte sich die DDR. Durch die "Auflockerungspolitik" anderer westlicher Länder, vor allem USA und Frankreich, gegenüber den sozialistischen Ländern, drohte die BRD als "Störenfried" angesehen zu werden. Auch mußten die westdeutschen Kapitalisten fürchten, beim Konkurrenzkampf um den "sozialistische Markt" zu kurz zu kommen. Die Lage erforderte also eine Änderung der Politik gegenüber den sozialistischen Ländern. Die CDU/CSU, die durch die erste große Wirtschaftskrise 66/67 auch mit ihrer Wirtschaftspolitik am Ende war, ging mit der SPD in die Große Koalition.

Außen- und Wirtschaftsministerium wurden von Sozialdemokraten besetzt. Als Wirtschaftsminister sollte Schiller mit seinem Konzept großer staatlicher Investitionen und "konzentrierter Aktion" sowie "Lohnleitlinien" die Wirtschaft wieder ankurbeln (sprich: den Kapitalisten dicke Gelder zufließen zu lassen aus den Steuereinnahmen, aus unserer Tasche, damit diese wieder produzieren lassen). Und prompt verzeichneten Kapitalisten eine Gewinnexplosion, wovon die Arbeiterklasse durch die Künkelei der konzertierten Ak-

tion jedoch nichts hatte, ihre Löhne stiegen nicht. Und Willy Brandt als Außenminister leitete die "neue" Ostpolitik ein, das heißt die Taktik gegenüber den sozialistischen Ländern wurde geändert.

Einerseits garantieren die Ostverträge den bundesdeutschen Kapitalisten die Absatzmärkte im Ostesp, (das wird den Konzernen schöne Profite bringen) andererseits sind sie keineswegs so formuliert, daß das alte Ziel der westdeutschen Imperialisten, sich die DDR und Westpolen einzuverleiben, damit unmöglich gemacht wird. Weder die DDR, noch irgendwelche Grenzen sind anerkannt, es wird lediglich beteuert, daß auf das Mittel der Gewalt verzichtet wird. Die deutschen Kapitalisten, die ihre Zustimmung zu den Ostverträgen durchaus zu verstehen gegeben haben, erhoffen sich eine allmähliche Aufweichung der sozialistischen Länder von innen. Darüberhinaus werden die Verträge nichts anderes sein, als ein Fetzen Papier, wenn für die Kapitalistenklasse der günstige Moment gekommen ist, sie zu brechen.

Also die Politik der SPD ist im Interesse des Großkapitals.

Wenn aber CDU und SPD beide die Interessen des Kapitals vertreten, warum haben sie dann das Gemetzel im Bundestag veranstaltet? Nun, die CDU hat bei ihrer Werbung um die Gunst der Kapitalisten, die sie als Werbung um die Gunst des Volkes abzieht, die SPD zu diffamieren, denn sie war ja nicht grundsätzlich gegen die Ostverträge, sondern behauptete lediglich, man hätte noch mehr (für die Kapitalisten) herausholen können. Als dann der Regierungsturz gescheitert war und die SPD die Barzels und CO, in vertraulichen Gesprächen, Briefen usw. endlich davon überzeugt hatte, daß nicht mehr herausholen war, stimmten die Unionsparteien faktisch den Ostverträgen durch Stimmenthaltung zu. Das ist eben das Besondere an den Schauspielen im Parlament, daß selbst das Gezeifere gegen eine Politik im Interesse der Kapitalisten noch im Interesse der Kapitalisten ist.

Die SPD, die vorgibt, die Interessen der werktätigen Bevölkerung zu vertreten, ist vorwiegend von Arbeitern gewählt worden. Sie trat ihre Regierungsperiode mit Reformversprechungen und sozialem Gerede an. Was hat sie getan? Zunächst mal hat sie uns in der großen Koalition mit der CDU/CSU die Notstandsgesetze beschert und damit die gesetzliche Möglichkeit von gewaltsamer Zerschlagung von Streiks geschaffen. Dann hat sie, wie oben geschildert, die konzertierte Aktion und Lohnleitlinien ausgebrütet, um die Löhne bei steigenden Profiten und steigenden Preisen konstant zu halten bzw. sogar zu drücken. Das ließ sich die Arbeiterklasse allerdings nicht bieten, es kam zu den "wilden" Streiks im September 69. Doch diese wachsende Unzufriedenheit konnte die Sozialdemokratie durch soziale Versprechungen und "kämpferisches" Geschrei ihrer Gewerkschaftsführer für sich ausnützen. So endlich an die Regierung gekommen, setzte auch die "sozialliberale" Koalition die 1945 durch die CDU/CSU begonnene Kette der

Angriffe auf die Arbeiterklasse fort. Hat die Sozialdemokratie, verknüpft mit der Gewerkschaftsführung, als Opposition und Organisation der Arbeiterklasse die Kämpfe gegen das Betriebsverfassungsgesetz von 1952, gegen die Wiederbewaffnung der BRD und Eingliederung in die NATO immer in eine Sackgasse geführt, unwirksam gemacht durch Verlagerung auf die Tribüne des Parlaments und so Resignation und sinkende Kampfbereitschaft in der Arbeiterklasse erzeugt. So hat sie als Regierungspartei selbst am Abbau der Demokratie und des Lebensstandards der werktätigen Bevölkerung mitgewirkt.

Das 1952 von der SPD "bekämpfte" BetrVG wurde 1971 von ihr neu aufgelegt. Obwohl es keine nennenswerte Verbesserung enthält, versucht die Sozialdemokratie es als große Reform hinzustellen, auch sozialdemokratische Gewerkschaftsführer (Krüger am 1. Mai 1972 in Göttingen, Siehe agl-Extra). Dann beschied uns die SPD das Berufsverbot für "verfassungsfeindliche" Kräfte im öffentlichen Dienst. Wir wissen, daß es auf alle fortschrittlichen, unbequemen Kräfte angewendet werden kann. In Niedersachsen steht uns der Wehrkundeerlaß bevor, mit dem die militaristische Propaganda in den Schulen garantiert und vereinheitlicht werden soll. (Die SPD war in den fünfziger Jahren gegen die Wiederbewaffnung). Das alles bedeutet einen schrittweisen Abbau der Demokratie, immer wenn die Demokratie abgebaut wird, geben die Herrschenden vor, sie zu schützen. Das ist nichts anderes, als ein schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft. Faschisierung bedeutet noch nicht Faschismus, auch in der Weimarer Republik begann die Faschisierung viel eher, als durch die Machtübernahme der Nazis. Auch damals wurde sie von der SPD mitgetragen, die z.B. 1929 durch den Berliner Polizeipräsidenten Zörgiebel (SPD) am 1. Mai massenhaft Arbeiter abschlichten ließ. Sowas muß man wissen, um sich keine Illusionen über die SPD-Regierung zu machen.

Warum betreibt die SPD einen solchen Abbau der Demokratie? Weil es im Interesse der Kapitalisten ist, die nichts mehr fürchte, als eine aufkeimende, erstarkende Arbeiterbewegung. Mit jedem Abbau demokratischer Rechte werden die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse verschlechtert. Mit jedem Schritt der Militarisierung (Bundesgrenzschutz, Bewaffnung der Polizei usw.) werden die Kampfbedingungen für die Kapitalistenklasse verbessert. Wer dieses heute nicht begreift, wird morgen zusehen müssen, wie streikende Arbeiter erschossen werden, wie 1929. Diese schrittweise Faschisierung, die die Voraussetzungen für einen wirklichen Faschismus ständig vergrößert, wird von der SPD-Regierung deshalb vorangetrieben, weil die Kapitalistenklasse sie braucht und nicht weil die Sozialdemokraten Faschisten sind. Die Mehrheit der Mitglieder der SPD sind ganz bestimmt ehrliche Antifaschisten, sie fallen leider nur auf das Geschwätz herein, daß die "Demokratie" geschützt werden müsse vor Staatsfeinden, die heute die Anarchisten sind, morgen die Kommunisten und Sozialisten und übermorgen die Sozialdemokraten und Gewerkschafter. So "schützen" die Sozialdemokraten im Interesse der Kapitalisten die Demokratie zu Tode. Doch zu diesem Prozess sind die Sozialdemokraten nur bis zu einem bestimmten Punkt in der Lage. Da, wo sich die Faschisierung mit dem Image der "Arbeiterpartei" für große Teile der Bevölkerung nicht mehr vereinbaren läßt, muß die SPD abtreten, da muß eine noch reaktionärere Partei heran. Dieser Punkt wird heute schon vorbereitet. Die wilden Beschimpfungen

der Regierung durch die CDU/CSU haben kein anderes Ziel, als die wachsende Unzufriedenheit auf die SPD zu lenken. Das sollen die Stimmen werden, die die CDU zum Regierungswechsel braucht. Und da wird die CDU/CSU kräftig von der Kapitalistenklasse unterstützt. Die Springerpresse tut seit Jahr und Tag nichts anderes, als gegen SPD und Gewerkschaften zu hetzen. Die CDU wird von den Kapitalisten schon heute finanzkräftig unterstützt. Wenn faschistische Provokateure oder wildgewordene anarchistische Spinner Bomben schmeißen, und der Ruf nach Ruhe und Ordnung erschallt, dann wird vor allem der SPD/FDP-Regierung vorgeworfen, sie sei unfähig, den Terror zu unterbinden, sei zu liberal, dann wird der Boden für einen Regierungswechsel bereitet und für verschärfte Faschisierung. (siehe Debatte über innere Sicherheit im Bundestag).

Der Regierungswechsel ist für die Kapitalisten noch aus einem anderen Grunde wichtig: Wenn der Kampf der Arbeiterklasse und eine demokratische Opposition in der Bevölkerung sich ausweiten, dann wird die SPD dazu gezwungen, sich zum Sprecher der Bewegung aufzuspielen und Illusionen über sich zu verbreiten. Und wenn es der SPD nicht gelingt, die ganze Bewegung an sich zu binden und somit an eine Politik im Interesse der Kapitalisten, so wird sie es bei Teilen schaffen und die Bewegung spalten.

Es ergeben sich vorwiegend 2 Konsequenzen: 1. Aufbau einer breiten Abwehrfront gegen die Faschisierungstendenzen, Kampf allen Versuchen unsere demokratischen Rechte abzubauen. 2. Indem die Kommunisten uneingeschränkt die Interessen des Proletariats vertreten und konsequent dafür kämpfen, weisen sie die einzige Alternative zur Politik der bürgerlichen Parteien. Diese Politik muß einhergehen mit dem Aufbau der Partei der Arbeiterklasse.

Zum ersten: Wenn der KB-Göttingen sagt, CDU und SPD betreiben beide eine Politik im Interesse des Kapitals, dann hat er damit recht. Wenn der KBG sagt, es sei demnach gleichgültig, welche Partei regiert, dann hat er damit Unrecht.

Wir gehen klar davon aus, daß die SPD die Faschisierung noch weiter treiben wird. Aber wir haben in diesem Artikel gesagt, warum sie dies tun wird, und daß sie es nur bis zu einem gewissen Punkt, bis zu einem gewissen Maß tun wird, um sich nicht ihrer Basis zu berauben. Des halb braucht das Kapital für noch stärkere Angriffe die CDU/CSU mit Männern wie Strauß und Co und seiner ganz offen faschistischen Gefolgschaft. Die CDU/CSU hat in den letzten Jahren viele faschistische Splittergruppen in sich aufgesogen, sich Illusionen über diese Partei zu machen kann Selbstmord bedeuten. Deshalb müssen wir die Regierungsübernahme der CDU/CSU verhindern. Der KBG sagt, gegen die CDU vorgehen, hieße sich zum Anhängsel der SPD machen. Das tut die DKP. Denn die DKP sagt der Arbeiterklasse nicht, welche Politik die SPD betreibt. Die DKP hat die Ostpolitik Brandts als Friedenspolitik bezeichnet, ohne zu sagen, daß es die Interessen der Kapitalisten sind, die dahinterstehen, ohne zu sagen, daß allein mit den Ostverträgen der Frieden noch lange nicht gesichert ist. Wirkliche Kommunisten müssen die Politik der SPD als kapitalistische Politik entlarven. Das versuchen wir und deshalb führen wir die Arbeiterklasse nicht auf den Weg der SPD.

Aber das darf nicht dazu führen, daß wir den Hauptkampf

gegen die SPD führen. Das schwächt den notwendigen Kampf gegen die Reaktion, der gemeinsam mit sozialdemokratischen Kollegen geführt werden muß.

Es kommt uns nicht darauf an, eine SPD-Regierung zu haben, es kommt uns darauf an eine CDU-Regierung zu verhindern.

Als die CDU versuchte die SPD/FDP-Regierung zu stürzen, um damit die Ostverträge zu verhindern, streikten und demonstrierten spontan zehntausende Arbeiter in der BRD. Seit langen die ersten politischen Streiks in der Arbeiterklasse gegen Reaktion für den Frieden.

Auch in Göttingen fand eine Demonstration statt; zu der verschiedene Organisationen aufgerufen hatten. (Wir allerdings nicht). Der KBG dagegen rief zum Boykott dieser Demonstration auf. Om seonem Boykottaufruf führte der KBG aus: Die SPD vertrete gleichermaßen wie die CDU die Interessen des Monopolkapitals und kam zu dem Schluß: "CDU oder SPD - keine Alternative für das Volk!" Richtig, aber was der KBG nicht begriffen hat, ist, daß die Demonstrationen gegen die Politik der CDU gerichtet waren, für den Frieden waren. Zwar bescheinigt der KBG der Arbeiterklasse großzügig, daß sie es ernst meint mit dem Kampf für Frieden, aber ihren Kampf sabotiert er trotzdem. Ob der KBG meint, mit einem Boykottaufruf den Kampf der Arbeiterklasse voranzutreiben? Meinen die Strategen vom KBG, sie können die Arbeiterklasse vom Einfluß der Sozialdemokratie lösen, indem sie den Kampf der Arbeiterklasse sabotieren, nur weil er noch unter dem Einfluß der SPD geführt wird? Warum haben die KBG-Führer eigentlich nicht zum Boykott des 1. Mai aufgerufen, denn auch dort haben sozialdemokratische Arbeiter demonstriert?

Wir müssen an dieser Stelle ernsthafte Selbstkritik üben, denn wir haben uns an der Demonstration nicht beteiligt, wir haben nicht dazu aufgerufen. Wir haben nicht durch Flugblätter versucht klar zu machen, daß die SPD die Arbeiterinteressen nicht vertritt, daß die SPD selbst am Abbau demokratischer Rechte mitgewirkt hat. Wir hätten die Rechtsentwicklung aufzeigen müssen und die Notwendigkeit, dagegen zu kämpfen. Wir hätten klar sagen müssen, daß wir den Kampf für Frieden und gegen die Reaktion unterstützen, und daß er konsequent weitergeführt werden muß. Wir hätten den teilweise blinden "Vertrauensparolen" richtige und kämpferische Parolen entgegensetzen müssen. So hätten wir den Kampf der Arbeiterklasse vorangetrieben, das wäre eine klassenmäßige Politik gewesen. Wir waren unsicher und unfähig zu handeln. Die kommunistische Bewegung ist noch sehr schwach und oft nicht in der Lage, eine richtige Politik zu machen. Wir versuchen aus den Fehlern zu lernen und werden das nächste Mal wacher sein.

Der KBG aber betreibt durch solche Sabotage des Kampfes eine "links"sektiererische Politik, mit der er die Klassenkämpfe nicht vorwärts bringt, sondern auf dem jetzigen unentwickelten Stand läßt.

Das notwendige Ziel, die kommunistische Partei aufzubauen, die als einzige die Klasseninteressen des Proletariats vertritt, die das zersplitterte Zirkelwesen aufhebt und den Klassenkampf auf nationaler Ebene vorantreibt, wird natürlich erschwert und hinausgeschoben, wenn die Kommunisten noch solche kindischen Kinkerlitzchen betreiben wie der Kommunistische Bund Göttingen.

**Iwan
Popow**

**Als die
Nacht
verging**

Teil 1 u. Teil 2 je 6,-



Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion“, dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte. Wie immer in Zeiten, in denen die Arbeiterklasse den härtesten Schlägen der Reaktion ausgesetzt ist, machen sich auch in ihren Reihen Tendenzen der Resignation und der Schwankungen geltend, für die besonders die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Elemente anfällig sind, die sich in Zeiten des Aufschwungs auf die Seite der Arbeiterklasse gestellt haben. Der Kampf gegen die Liquidatoren und Menschewiki, der Wiederaufbau des weitgehend zerschlagenen Parteiapparates unter den schwierigsten Bedingungen der Illegalität, das Wiedergewinnen der revolutionären Arbeiter durch die Bolschewiki, all das – und daher auch der Titel: „Als die Nacht verging“ – wird in diesem Roman eindringlich dargestellt. Wir geben diesen Roman sowohl wegen seines hohen politischen Niveaus heraus, als auch um der Lehrer willen, die aus ihm für die zukünftige Arbeit gezogen werden können.

arbeiterbuch

KG Politische Buchhandlung GmbH & Co

2 Hamburg 13 · Grindelhof 45 · Telefon 45 38 01

Lieber Leser !

Leider sind uns bei der Herstellung dieses Heftes die Seiten durcheinandergeraten. Wir bitten dafür um Entschuldigung.

Der Artikel "Stellungnahme der Leitung des KB" ist in nachstehender Seitenfolge zu lesen:

Seite: 16-17-19-20-22-18-21-23-fortlaufend.

Der Verlag